

MATTHIAS WINKLER

Noth, Thränen und Excesse aller Art.

Bamberg in der Epoche der Koalitionskriege, 1792–1815*

1. Einleitung

Im Herbst des Jahres 1800 war Bamberg eine geteilte Stadt. In den Gassen der Bergstadt mit Dom und Neuer Residenz, dem Sandgebiet und den sieben Hügeln patrouillierten französische und holländische Soldaten der gallo-batavischen Armee unter dem Kommando des Divisionsgenerals Joseph Souham, der sein Hauptquartier in Ebrach aufgeschlagen hatte.¹ Am anderen Regnitzufer, jenseits von Oberer und Unterer Brücke, standen Truppen der kaiserlich-habsburgischen Armee unter dem Kommando des Feldmarschall-Lieutenants Joseph Anton von Simbschen und hielten Wache.²

Über der Stadt lag eine gespannte Ruhe.

Diese unwirklich anmutende Situation inmitten der militärischen Auseinander-

* Dieser Beitrag ist das Ergebnis eines vom Stadtarchiv Bamberg in Auftrag gegebenen und großzügig geförderten Forschungsprojekts zur Geschichte Bambergs in der Zeit der Koalitionskriege, das mir im Zeitraum von April bis Juni 2010 umfangreiche Recherchen in den Bamberger Archiven ermöglichte. Hierfür gilt dem damaligen Direktor des Stadtarchivs, Dr. Robert Zink, mein ausdrücklicher Dank.

1 Joseph Souham (1760–1837), Divisionsgeneral, diente im 1. Koalitionskrieg unter Charles Pichegru, im 2. Koalitionskrieg unter Jean Moreau. Nach 1809 kämpfte er auf dem spanischen Kriegsschauplatz, 1813 nahm er an der „Völkerschlacht“ bei Leipzig teil.

2 Joseph Anton Freiherr von Simbschen (1746–1820) diente als General-Quartiermeister während des 1. Koalitionskriegs zuerst in Italien, ab 1796 unter Erzherzog Karl in Deutschland. Im 2. Koalitionskrieg Beförderung zum Feldmarschall-Lieutenant, im 3. Koalitionskrieg 1805 wieder in Italien.

setzungen des 2. Koalitionskriegs, der im März 1799 ausgebrochen war und bis zur Rückkehr Napoleons aus Ägypten im Oktober desselben Jahres für keine der beiden Seiten eine Entscheidung gebracht hatte, war ein Resultat des Waffenstillstands von Parsdorf.³ Nach den Erfolgen Napoleons im ersten Halbjahr 1800 und dem scheinbar unaufhaltsamen Vordringen der französischen Truppen unter General Moreau in Süddeutschland verschaffte die Verkündung eines formal unbefristeten Waffenstillstands den Krieg führenden Parteien eine vorläufige Atempause.

Die Parsdorfer Vereinbarung sah vor, dass der Raum südlich des Mains zwischen französischer und kaiserlicher Armee aufgeteilt werden sollte. Die Demarkation verlief entlang einer Linie,

*die von der Gränze von Tyrol, zwischen der Isar und dem Inn, bey Vilshofen sich an die Donau anschließt, dann das rechte Ufer dieses Strohmeh bis Kehlheim verfolget, wo sie selben durchschneidet, um längst dem rechten Ufer der Altmühl bis Pappenheim zu gelangen, von wo aus sie längst der Chaussée von Weißenburg zum Ursprung der Regnitz fortschreitet, das linke Ufer dieses Flusses bis an seine Mündung in den Mayn, und das linke Ufer des Mayns bis gegen seine Mündung in den Rhein verfolget.*⁴

Orographisch links dieser Linie standen die französischen, rechts die kaiserlichen Armeen. Durch diesen Grenzverlauf war nicht nur das Hochstift Bamberg in zwei Teile gespalten, sondern auch die Residenzstadt des Fürstbischofs selbst.

Das Waffenstillstandsabkommen bestimmte, dass keine Brücken über die Flüsse, welche die Demarkationslinie bildeten, führen sollten.⁵ Kaum zwei Wochen nach Abschluss der Vereinbarung veranlasste daher der kommandierende Offizier des in Bamberg stationierten kaiserlichen Blankensteiner Husarenregiments, Oberst Joseph von Prohaska, alle Regnitzbrücken in der Stadt abtragen lassen. Diese geplante Kappung der wichtigsten Verbindungs- und Transportwege zwischen beiden Stadthälften, die eine Zementierung der militärischen und politischen Lage

3 Der Waffenstillstand zwischen Frankreich und Österreich wurde am 15. Juli 1800 in Parsdorf bei München unterzeichnet. In Publikationen zum Thema wird er oftmals fälschlicherweise als Waffenstillstand von Parsberg bezeichnet, vgl. bspw. Rudolf ENDRES, Territoriale Veränderungen, Neugestaltung und Eingliederung Frankens in Bayern, in: Handbuch der Bayerischen Geschichte Band 3/I: Geschichte Frankens bis zum Ausgang 18. Jahrhunderts, hrsg. von Andreas KRAUS. München 1997, S. 518–533, hier S. 520.

4 StadtABA, D 3001 Rep. 3, Nr. 1019/IX, Bekanntmachung der fürstbischöflichen Regierung vom 23. Juli 1800.

5 Ebenda.

bedeutet und die Teilung der Stadt infrastrukturell besiegelt hätte, rief die Bamberger Regierung auf den Plan. Schleunigst drängte sie auf eine Intervention des nach Saalfeld geflüchteten Fürstbischofs Christoph Franz von Buseck bei Generalfeldzeugmeister Kray, dem Oberkommandierenden der kaiserlichen Armee, damit dieser dem zerstörerischen Vorhaben Einhalt gebieten würde.⁶ Aus Sicht der Regierung würden durch einen Abbruch der Brücken nicht nur den Einwohnern, sondern auch der Armee selbst nur Nachteile entstehen. Die angeführten Gründe dafür waren vielfältig: Da die Regnitz in Bamberg sehr seicht sei, könne sie leicht mit dem Pferd durchritten werden. Mit der Zerstörung der Brücken wäre also kein taktischer Vorteil im Angriffsfall verbunden. Zum anderen sei ein Abbruch insbesondere für die kaiserliche Armee nachteilig, weil sich die Felsenkeller mit den Biervorräten auf der Bergseite befänden und folglich die Versorgungssicherheit mit diesem unverzichtbaren Gut gefährdet wäre. *Vice versa* würde die Belieferung der Bergstadt mit Gemüse, Fleisch und anderen Nahrungsmitteln, die vor allem in den Magazinen auf der rechten Stadtseite vorrätig seien, unmöglich werden.⁷ Offenbar wirkte diese Argumentation der Regierung überzeugend, sodass die Brücken unversehrt erhalten blieben. Das Beispiel führt jedoch anschaulich vor Augen, wie hektisch und nervös die handelnden Parteien in dieser außergewöhnlich fragilen Lage agierten.

Der Waffenstillstand wurde schließlich von den Franzosen, im Übrigen vertragsgemäß mit einer zwölfzügigen Vorlauffrist, Mitte November 1800 in der Gewissheit, den kaiserlichen Armeen in allen militärischen Belangen überlegen zu sein, aufgekündigt. Die Schlacht von Hohenlinden am 3. Dezember 1800, der bedeutendste Sieg Moreaus, entschied den 2. Koalitionskrieg zugunsten Frankreichs, das sich im Frieden von Lunéville die Abtretung des linken Rheinufers (erneut) zusichern ließ.

In Bamberg stellte sich die Situation nach der Aufkündigung des Waffenstillstands wie folgt dar: Die kaiserlichen Truppen begannen mit dem Rückzug in Richtung Forchheim, während die Franzosen unter General Augereau,⁸ dem Komman-

6 Paul Kray von Krajowa (1735–1804), Generalfeldzeugmeister, schlug 1796 General Kléber bei Wetzlar, kämpfte während des 2. Koalitionskriegs vor allem in Italien, später in Süddeutschland. Er ebnete den Weg zum Parsdorfer Waffenstillstand.

7 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 1105, Bambergensia 1800, Conclusum Regiminis vom 27. Juli 1800.

8 Charles Pierre Augereau (1757–1816), Oberbefehlshaber in Holland und General der französisch-batavischen Armee, Begleiter Napoleons auf dessen Italienfeldzug 1796/97, zentrale

danten der französischen Truppen im Fränkischen Kreis und im Urteil Berbig's „ein jähzorniger, aber interessanter Franzose mit weitem Horizont“, Vorstöße ins Obermaingebiet unternahmen und schließlich am 5. Dezember 1800 die Stadt Bamberg vollständig einnahmen.⁹ Unterdessen kam es zu heftigen Gefechten um Scheßlitz, Burgebrach und entlang des Regnitztals in Richtung Forchheim, bis im Waffenstillstand zu Steyr vom 25. Dezember 1800 den Franzosen das Besatzungsrecht auch rechts der Parsdorfer Demarkationslinie eingeräumt wurde.¹⁰ Bis in den April 1801 hinein blieb der nördliche Teil des Hochstifts Bamberg inklusive der Residenzstadt in der Hand der Franzosen.

Diese französische Episode in Bamberg war nicht die erste im Verlauf der Koalitionskriege und sollte auch nicht die letzte bleiben. Bis zum endgültigen Sieg über Napoleon im Juni 1815 war Franken und damit auch Bamberg vom Kriegsgeschehen, etwa in Form von Truppendurchzügen – nicht nur von Franzosen, sondern auch von österreichischen, bayerischen, sächsischen und schließlich sogar russischen Einheiten –, als Etappenstadt oder als Schauplatz militärischer Auseinandersetzungen, unmittelbar betroffen. Die Herausarbeitung der Auswirkungen dieser mehr als zwei Dekaden anhaltenden Konfliktperiode auf die politische, administrative, soziale und ökonomische Situation in Bamberg ist Gegenstand dieser Untersuchung.

Rolle während des 2. Koalitionskriegs, später auf dem spanischen Kriegsschauplatz und Teilnehmer an der „Völkerschlacht“ bei Leipzig.

9 Hans Joachim BERBIG, *Das kaiserliche Hochstift Bamberg und das Heilige Römische Reich vom Westfälischen Frieden bis zur Säkularisation* (Beiträge zur Geschichte der Reichskirche in der Neuzeit, Heft 5/6), 2 Bde., Wiesbaden 1976, S. 426.

10 Stefan KESTLER, *Franzosen einfall und „Franzosenzeit“ in Franken 1796–1815*. Ein Überblick unter Berücksichtigung des Hochstifts Bamberg (Heimatbeilage zum Amtlichen Schulanzeiger des Regierungsbezirks Oberfranken), Bayreuth 1996, S. 13–15. Bei KESTLER fälschlicherweise Waffenstillstand von Speyer, vgl. ebenda, S. 15.

1.1 Forschung

In der Bamberger Lokalhistoriographie stellen die Episoden der Koalitionskriege im fränkischen Raum im Allgemeinen und die Präsenz fremder Truppen in Bamberg im Besonderen ein bisher nur am Rande behandeltes Thema dar. Eine größere Arbeit, die die Kriegsepoche mit ihren Auswirkungen auf das Leben in Stadt und Region in den Fokus nimmt, fehlt.

Die frühe Stadtgeschichtsschreibung behandelt die hier betrachteten Zusammenhänge lediglich punktuell. Schuster etwa schenkte den Koalitionskriegen in der Reihe „Alt-Bamberg. Rückblicke auf Bambergs Vergangenheit“, die seit 1897 als Beilage zum „Bamberger Tagblatt“ erschien, in den Ausgaben des Jahres 1900 anlässlich des 100. Jahrestags der zweiten französischen Besetzung Bambergs größere Aufmerksamkeit.¹¹ In der Abhandlung „Bamberg's Fürstbischöfe“ referiert Schuster unter Zuhilfenahme ausführlicher Quellenzitate die Entwicklungen in der Stadt im Verlauf des 1. und 2. Koalitionskriegs sowie die zweimalige Eroberung des Hochstifts durch die französische Armee im Sommer 1796 und im Winter 1800/01. Die Darstellung selbst hat eher den Charakter einer kurzweiligen heimatgeschichtlichen Erzählung für gebildete Leser als den einer wissenschaftlichen Analyse, ist jedoch für jede weitere Beschäftigung mit der Materie unverzichtbar, da sehr detailliert, zum Teil geradezu minutiös, über die Geschehnisse berichtet wird.

Die französischen Besetzungen, die Truppenaufenthalte und die daraus erwachsenden Belastungen für die Bevölkerung der fürstbischöflichen Residenzstadt und der Region finden in einer Reihe von wissenschaftlichen Studien Erwähnung: In der großen Monographie Berbig's „Das kaiserliche Hochstift Bamberg“, die in Kapitel IV einen Schwerpunkt auf die politischen Auseinandersetzungen nach 1789 bis zur Säkularisation des Hochstifts legt, werden die Besetzungen im Rahmen des Kriegsgeschehens kursorisch behandelt.¹²

Zuletzt sind die kriegerischen Ereignisse um die Jahrhundertwende in dem Aufsatz „Franzosenfall und ‚Franzosenzeit‘ in Franken 1796–1815“ von Kestler und in einigen Beiträgen des Sammelbandes „Bamberg wird bayerisch. Zur Säkularisation des Hochstifts Bamberg 1802/03“ von Baumgärtel-Fleischmann aus

11 Anton SCHUSTER, *Alt-Bamberg, Rückblicke auf Bambergs Vergangenheit* (Beilage zum *Bamberger Tagblatt*), Bamberg 1900.

12 Wie Anm. 9.

regionalhistorischer Perspektive thematisiert worden.¹³ Kestler liefert einen chronologischen Abriss über die episodische Präsenz der Franzosen im fränkischen Raum, stützt sich jedoch vornehmlich auf die ältere lokalhistorische Literatur (z.B. Schuster und Looshorn) und verzichtet auf eine ausgiebige Auswertung und Diskussion der Primärquellen.¹⁴

Der Aufsatz von Theurerer und Zink im o.g. Sammelband behandelt die Auswirkungen des 2. Koalitionskrieges 1800/01 auf die Stadt Bamberg am Rande und nimmt unter anderem Bezug auf die Einrichtung von Lazaretten für die Verwundeten der französischen Armee.¹⁵ Die damalige Kranken- und Verwundetenversorgung, die in diesem Beitrag von besonderem Interesse sein wird, machen neben einigen medizinhistorischen Arbeiten¹⁶ auch Renner in dem Beitrag „Zur wirtschaftlichen Grundlage und Leistung des Bamberger allgemeinen Krankenhauses“ und der Ausstellungsband „Das Allgemeine Krankenhaus Fürstbischof Franz Ludwigs von Erthal in Bamberg von 1789“ zum Gegenstand der Betrachtung.¹⁷ Die beiden letztgenannten Publikationen stützen sich auf Quellenbestände vor allem des Stadtarchivs Bamberg – Renner zitiert manche zentralen Dokumente vollständig – und bieten auch einige Krankenstatistiken. Trotzdem bleiben beide Darstellungen im Hinblick auf die konkrete Organisation der Kranken- und Verwundetenversorgung in der Kriegsepoche zu oberflächlich und unsystematisch. Einen wichtigen Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit der Krankenhaus-

13 KESTLER, Franzoseneinfall; Renate BAUMGÄRTEL-FLEISCHMANN (Hrsg.), Bamberg wird bayerisch. Die Säkularisation des Hochstifts Bamberg 1802/03 (Handbuch zur gleichnamigen Ausstellung im Historischen Museum der Stadt Bamberg), Bamberg 2003.

14 Johann LOOSHORN, Die Geschichte des Bisthums Bamberg, 8 Bde., München / Bamberg 1886–1910.

15 Winfried THEUERER/Robert ZINK, Bambergs Wandel von der fürstbischöflichen Residenzstadt zur bayerischen Provinzialstadt, in: BAUMGÄRTEL-FLEISCHMANN (Hrsg.), Bamberg wird bayerisch, S. 325–366, bes. Abschnitt „Medizinische Versorgung“, S. 333.

16 Carlos LEHMANN-STRUVE, Über die Medizin an der Academia Ottoniana und der Universitas Ottoniano-Fridericiana Bambergensis 1735–1803, Med. Diss. Erlangen 1967; Wolfgang GRÜNBECK, Der Bamberger Arzt Adalbert Friedrich Markus, Med. Diss. Erlangen 1971.

17 Michael RENNER, Zur wirtschaftlichen Grundlage und Leistung des Bamberger Allgemeinen Krankenhauses. Von seiner Gründung bis zum Beginn der bayerischen Herrschaft 1789–1803, in: Bayerisches Ärzteblatt 22 (1967), S. 46–70; Bernhard SCHEMMEL (Hrsg.), Das Allgemeine Krankenhaus Fürstbischof Franz Ludwigs von Erthal in Bamberg von 1789. Ausstellung der Staatsbibliothek Bamberg, Bamberg 21989.

geschichte in Bamberg stellt nach wie vor die Festschrift zum 100-jährigen Bestehen des Krankenhauses von 1889 dar.¹⁸

Für die napoleonische Zeit, insbesondere für den französischen Feldzug gegen Preußen 1806/07, liefert Schlesingers Studie „Napoleon in Kronach“, die mit vielen ausführlichen Zeitzeugenberichten aufwartet, wertvolle Informationen.¹⁹

1.2 Quellen

Die vorliegende Untersuchung fußt auf der Auswertung von Quellenbeständen des Stadtarchivs Bamberg (StadtABA), des Staatsarchivs Bamberg (StABA) sowie des Archivs des Historischen Vereins Bamberg.

Da ein Fokus auf die Präsenz ausländischer Truppen in der Stadt und deren Versorgung gerichtet ist, wurden aus dem Bereich des Stadtarchivs zuerst die Akten der Stiftungsverwaltung (Bestand C 26) im Hinblick auf die Kranken- und Verwundetenversorgung herangezogen. Für die fünf zeitlichen Schwerpunkte 1796, 1800/01, 1806/07, 1808/09 und 1812/13–1815, die in diesem Beitrag kapitelweise behandelt werden, ist innerhalb des Bestandes eine breite Dokumentation sehr unterschiedlicher Schriftquellen zu konstatieren: Korrespondenzen zwischen den in die Organisation der Lazarette involvierten Kommissionen und Institutionen, die dazu gehörigen Sitzungsprotokolle, Rechnungen, Listen über Requisitionen, Namensverzeichnisse, Denkschriften und dergleichen mehr.²⁰

Ferner wurden einzelne Akten der Bestände B 4 (Bürgermeister und Rat), B 9 (Krankenanstalten), B 10 (Seel- und Fremdenhäuser), C 30 (Polizeiverwaltung) und des Historischen Vereins Bamberg (u.a. die Sammlungen „Bambergensia“) herangezogen und im Hinblick auf die Anwesenheit französischer und anderer Truppen in der Stadt und weitere mit dem Krieg verknüpfte Aspekte ausgewertet.

Aus dem Staatsarchiv Bamberg wurden für die ersten zwei Abschnitte zur Situ-

18 Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum des Allgemeinen Krankenhauses zu Bamberg, Bamberg 1889.

19 Gerhard SCHLESINGER, Napoleon in Kronach. Versuch einer Dokumentation, Kulmbach 1979.

20 Einige Akten weisen erhebliche Feuchtigkeitsschäden auf. Bspw. ist der Akt StadtABA, C 26, Nr. 676, welcher eine Reihe wichtiger Dokumente des Medizinaldirektors Marcus über die Finanzsituation der Spitäler enthält, so stark beschädigt, dass viele Schriftstücke nicht mehr zu entziffern sind.

ation um 1796 bzw. um 1800/01 Akten aus dem Bestand Geheime Kanzlei, insbesondere Regierungsakten, Hofkammer- und Obereinnahmeakten ausgewertet. Für das Verwaltungsschriftgut der Zeitabschnitte nach dem Übergang des Hochstifts an Bayern im Jahr 1802 wurden Akten der Regierung von Oberfranken, vor allem Militärwesen (K 3 B) und Kammer der Finanzen (K 200 II), herangezogen und primär auf Verzeichnisse und Berichte zu Kriegslasten und -kosten hin untersucht.

Mit Hilfe dieser Aktenbestände lässt sich zum einen eine recht genaue Chronologie der Koalitionskriegsepoche in Bamberg rekonstruieren und zum anderen der mit der Organisation der Kranken- und Verwundetenversorgung verbundene personelle, administrative und finanzielle Aufwand nachvollziehen.

1.3 Fragestellungen

Die knappe Übersicht über die einschlägige Literatur macht deutlich, dass eine vertiefte Untersuchung der Auswirkungen der Koalitionskriege und deren Nachwehen auf Stadt und Region bis dato ebenso fehlt wie eine systematische Auswertung der überlieferten Akten zur lokalen Kranken- und Verwundetenversorgung im Zeitraum von 1792 bis 1815.

Auch die Einquartierungen fremder Soldaten und die Requisitionen zu deren Unterhalt sind zentrale Gegenstände der Koalitionskriegszeit in Bamberg. Beide Aspekte sind in dem überlieferten Schriftgut ausführlich dokumentiert. Ihnen soll hier ebenso nachgegangen werden wie dem Aspekt der Kriegskontributionen, deren Einforderung vor allem während der letzten Jahre des Hochstifts vor dessen Übergang an Bayern die finanzielle und ökonomische Leistungsfähigkeit Bambergs in erheblichem Maße schwächte. Nach dem Vordringen der Franzosen in den Jahren 1796 und 1800/01 waren dem Hochstift Bamberg als Stand des Fränkischen Kreises von Seiten der französischen Militäradministration beträchtliche Summen Geldes und Naturalien abgepresst worden, die der Finanzierung und Verpflegung der Soldaten dienen sollten. Neben den vielfältigen Requisitionen war für das chronisch finanzschwache Hochstift die Frage der Kontributionen von geradezu existenzieller Bedeutung, sodass dieser Punkt im hier betrachteten Zusammenhang nicht ausgespart werden darf. Nach 1802 übernahmen dann zentrale Stellen in der Hauptstadt München, unter anderem das Staatsministerium unter Graf Montgelas sowie zahlreiche Sonderbehörden, die Eintreibung der Kontributionen.

Ein Desiderat stellt bisher eine Untersuchung der Folgen der Kriege für die konkrete politische und administrative Praxis in der Stadt dar, die bei der Anwesenheit fremden, insbesondere feindlichen Militärs an veränderte Gegebenheiten angepasst werden musste, etwa weil während der Besetzungen 1796 und 1800/01 der Souverän des Hochstifts, Fürstbischof Christoph Franz von Buseck, seinen Herrschaftsbereich verlassen und sich nach Prag bzw. Saalfeld geflüchtet hatte. Die Analyse der in Zeiten des Krieges und der Notsituation neu- oder reorganisierten Behörden, deren Zuständigkeiten und Verwaltungsgang kann an dieser Stelle allerdings nur in Ansätzen vorgenommen werden, da sich mit dem Beginn der bayerischen Zeit und der Einordnung Bambergs in die Verwaltungshierarchie des Kurfürstentums bzw. Königreiches ein grundlegender Wandel vollzieht, der hier kaum in gebührender Ausführlichkeit nachgezeichnet werden kann. Lediglich im Zusammenhang mit der Finanzierung von kriegsbedingten Sonderposten, gemeint sind etwa die Militärspitäler und Naturalrequisitionen, kann auf diesen Gesichtspunkt eingegangen werden, nicht zuletzt weil hier die durch die anhaltende Kriegszeit bedingte Restrukturierung und Zentralisierung der Verwaltungsabläufe sehr deutlich hervortritt.

Diese fünf skizzierten Elemente, im Einzelnen also Kontributionen, Requisitionen, Einquartierungen, Verwundetenversorgung sowie administrative Praxis, sind nur einige Steine im facettenreichen Mosaik der Geschichte Bambergs in der Zeit der Koalitionskriege. Angesichts der bisher recht lückenhaften Aufarbeitung der Kriegsepoche von 1792 bis 1815 im lokalen und regionalen Rahmen dokumentiert die folgende Darstellung auf breiter Quellengrundlage zahlreiche Detailspekte, deren Zusammenschau im Hinblick auf die fünf thematischen Schwerpunkte ein Panorama der Zeitumstände im Raum Bamberg ergeben soll und somit zu weiterer stadt- und regionalhistorischer Forschung anregen möchte.

2. Der Krieg kommt nach Bamberg: Die erste französische Besetzung 1796

2.1 Ausgangslage

Am 20. April 1792 erklärte das revolutionäre Frankreich dem König von Böhmen und Ungarn, Kaiser Franz II. (I.), den Krieg. Die beiden Großmächte im Reich, Österreich und Preußen, hatten in den Monaten zuvor ihre vielfältigen Differenzen vorübergehend zurückgestellt und ein Defensivbündnis geschlossen.²¹ Binnen eines Jahres entschlossen sich die Bündnispartner jedoch zur Offensive. Unter dem Kommando des Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig-Wolfenbüttel, der preußischer Feldmarschall war, stellten sie eine gemeinsame Streitmacht auf, die gegen Frankreich vorrücken sollte. Die „Kampagne in Frankreich“ im Sommer 1792 endete in einem Fiasko.²² Bei Valmy erlitten die preußisch-österreichischen Truppen eine schwere Niederlage, die der französischen Armee eine groß angelegte Offensive ermöglichen und sie in der Folgezeit bis auf rechtsrheinisches Gebiet vorstoßen lassen sollte.

Unter dem Eindruck der Hinrichtung König Ludwigs XVI. im Januar 1793 wurde nach langwierigen Verhandlungen im Reichstag am 22. März 1793 der Reichtkrieg gegen Frankreich beschlossen. In der Zwischenzeit hatte die Revolutionsarmee Vorstöße in die Österreichischen Niederlande und entlang des Rheins bis nach Frankfurt unternommen. Durchschlagende Erfolge der antifranzösischen Koalition, der sich Großbritannien, Spanien und Neapel angeschlossen hatten, blieben in den folgenden Jahren rar. Mit dem Frieden von Basel vom 5. April 1795 schied Preußen aus dem Kriegsgeschehen aus. Die französische Frühjahrsoffensive von 1796, auf dem italienischen Kriegsschauplatz unter dem Kommando Napoleon Bo-

21 Karl Ottmar VON ARETIN, *Das Alte Reich 1648–1806*, Bd. 3: *Das Reich und der österreichisch-preußische Dualismus (1745–1806)*, Stuttgart 1997, S. 382 [künftig nur: ARETIN, *Altes Reich* 3].

22 Den berühmtesten Augenzeugenbericht liefert Johann Wolfgang von Goethe, der auf Wunsch des Herzogs von Sachsen-Weimar-Eisenach an dem Feldzug teilnahm. J. W. v. GOETHE, *Sämtliche Werke. Briefe, Tagebücher, und Gespräche*. 1. Abt., Bd. 16: *Campagne in Frankreich, Belagerung von Mainz, Reiseschriften*, hrsg. von Klaus-Detlef MÜLLER, Frankfurt am Main 1994, S. 386-572. Für eine ausführliche Darstellung und Analyse von Augenzeugenberichten während der „Kampagne“ siehe einführend Erich SCHNEIDER, *Revolutionserlebnis und Frankreichbild zur Zeit des ersten Koalitionskrieges (1792–1795)*. Ein Kapitel deutsch-französischer Begegnung im Zeitalter der französischen Revolution, in: *Francia* 8 (1980), S. 277–394, bes. S. 289–299.

napartes, auf dem deutschen unter den Generälen Moreau und Jourdan, drängte die kaiserlichen und Reichstruppen weit zurück und trug somit die militärischen Auseinandersetzungen in bisher vom Krieg verschonte Regionen des Reichs hinein. Betroffen war davon auch das Hochstift Bamberg.²³

Ende Juli 1796 war die Gefahr für das Hochstift durch den Vormarsch der Franzosen so unmittelbar geworden, dass Fürstbischof Christoph Franz von Buseck (1795–1802) beschloss, zusammen mit seinem Würzburger Standesgenossen, Fürstbischof Georg Karl von Fechenbach (der sein Neffe war), nach Böhmen zu fliehen.²⁴ Am 25. Juli erreichten erste französische Truppen das hochstiftische Amt Zeil am Main. Die Armee Erzherzog Karls, der den Oberbefehl über die kaiserlichen und die Reichstruppen innehatte, war an allen Fronten auf dem Rückzug und bot den Franzosen lediglich Nachhutgefechte.²⁵ Am 4. August 1796 wurde die Residenzstadt Bamberg von den Franzosen besetzt.²⁶

Als Stadtkommandant wurde Oberstleutnant Mercadé eingesetzt, der mit einer Garnison in der Stadt blieb, während der Hauptteil der französischen Streitmacht durch das Regnitztal in Richtung Forchheim und Erlangen vordrang. Die ersten Tage der Besetzung waren chaotisch, es kam zu Plünderungen und Übergriffen auf die Bevölkerung. Am 7. August wurde ein Waffenstillstand zwischen der französischen Armee und dem Fränkischen Kreis geschlossen, der trotz vereinzelter Scharmützel im südlichen Teil des Hochstifts die Lage insgesamt beruhigte.

Diese erste französische Besetzung Bambergs währte knapp vier Wochen. Die Truppen Erzherzog Karls sammelten sich im August 1796 bei Amberg, wo sie den Franzosen am 24. August eine schwere Niederlage beibrachten und sie in Richtung Würzburg zurücktrieben.²⁷ Die Bamberger Garnison der französischen Armee wurde am 30. August abgezogen. Am 3. September folgte bei Altenkirchen der zweite Streich Karls, der mit diesem Doppelschlag eine lange Serie von Niederlagen der

23 ARETIN, *Altes Reich* 3, S. 454–456.

24 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 979, *Französischer Einfall 1796, Proklamation der Abreise Fürstbischof Busecks vom 22. Juli 1796*.

25 Karl Ludwig (1771–1847), Erzherzog von Österreich, dritter Sohn Kaiser Leopolds II., 1793/94 Generalgouverneur in den Österreichischen Niederlanden, 1796 Reichsgeneralfeldmarschall mit Kommando über die Rheinarmee, verschiedene Oberkommandos im Verlauf der Koalitionskriege, 1801 Kriegsminister, 1806 Generalissimus, 1809 Sieger bei Aspern über Napoleon.

26 KESTLER, *Franzoseneneinfall*, S. 7f.

27 Stefan HELML, *Franzosen gegen Österreicher in Bayern 1796, Sulzbach-Rosenberg 1996*, S. 216–230.

Koalition vorerst beendete. Die Kriegshandlungen zwischen Frankreich und Österreich wurden durch den Friedensschluss von Campo Formio im Oktober 1797 beigelegt.²⁸ Man verständigte sich darauf, auf einem großen Kongress in Rastatt über einen Frieden zwischen Frankreich und dem Reich als Ganzem zu verhandeln.

2.2 Das Kriegsjahr 1796 im Hochstift Bamberg

Bevor die französische Armee im August 1796 in die Stadt einrückte, waren Bamberg und die umliegenden Landstriche Aufmarsch- und Durchzugsgebiet für militärische Einheiten unterschiedlichster Provenienz gewesen. Am 30. Juli 1796, wenige Tage vor dem französischen Vorstoß in die Hauptstadt, wird im Staatskonferenzprotokoll auf 50.000 kaiserliche Soldaten verwiesen, die sich zu diesem Zeitpunkt in der näheren Umgebung von Bamberg aufhielten.²⁹ In den Monaten zuvor war in den Protokollen mehrfach von einzelnen Regimentern aus Kursachsen, Sachsen-Gotha-Altenburg und Preußen die Rede, welche sich in der ersten Jahreshälfte 1796 auf dem Weg zu den Kriegsschauplätzen am Rhein befanden und auf hochstäftischem Gebiet grundversorgt werden mussten.

Vierorts wurden Kaiserliche einquartiert, auch in der Stadt Bamberg, wo beispielsweise 35 Soldaten nebst zwei gefangenen französischen Offizieren im Studentenhaus, dem *Hospitium Marianum*, unterkamen.³⁰ Die Beherbergung fremder Soldaten verlief nicht immer frei von Spannungen. Nach verschiedenen Berichten war es im Januar 1796 zu Übergriffen von Angehörigen des kaiserlichen Lazarettkommandos auf die Bewohner der Gemeinde Theres bei Haßfurt gekommen.³¹ Im Juli gingen bei Bamberger Regierungsstellen Beschwerden über zahlreiche *Ausschweifungen und Gewaltthätigkeiten* kaiserlicher Truppen ein, die man an das Oberkommando weiterzuleiten gedachte.³² Die Statthalterei veröffentlichte vor dem

28 ARETIN, Altes Reich 3, S. 460f.

29 StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 1056, Staatskonferenzprotokolle, Protokoll vom 30. Juli 1796.

30 StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 942, Statthaltereiprotokolle, Anzeige des Theologieprofessors Geuß vom 30. Juli 1796.

31 StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 1227, Regierungsresolutionen, Resolution vom 12. Januar 1796.

32 StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 942, Statthaltereiprotokolle, Protokoll vom 28. Juli 1796.

Hintergrund dieser Vorkommnisse eine Druckschrift, die Erpressungen, Misshandlungen von Bauern und willkürliche Verwüstung von Feldern anprangerte. Sie rief dazu auf, den Truppen zwar die nötige Achtung entgegenzubringen; bei *Excessen* der Soldaten sollten die betroffenen Einwohner jedoch unter *Aufbietung und Vereinigung mehrerer angränzender Dörfer [...] die Frevler festhalten, binden, bewachen, [und] sodann dem Amte anzeigen*.³³

Umfangreiche Koordinierungsmaßnahmen seitens der Bamberger Behörden erforderten die französischen Kriegsgefangenen, die seit Beginn des Krieges über die Staaten des Reiches verteilt wurden und dort versorgt werden mussten. Schon Fürstbischof Franz Ludwig von Erthal (1779–1795) hatte sich diesem Reglement nicht entziehen können und ab November 1794 Kriegsgefangene in den zwei hochstädtischen Festungsstädten Kronach und Forchheim unterbringen lassen. Mehrere hundert Franzosen wurden dort über viele Monate hinweg inhaftiert. Sie erhielten geistlichen Beistand durch vor der Revolution nach Bamberg geflüchtete französische Priester, die das Vikariat eigens zu diesem Zweck nach Forchheim und Kronach entsandte.³⁴ Eskortiert von zumeist kaiserlichen Einheiten passierten in diesen ersten Kriegsjahren Tausende weitere Kriegsgefangene das Hochstift, um in anderen Territorien interniert zu werden.

2.3 Die erste französische Besetzung Bambergs im August 1796

Nach der Besetzung durch die französischen Truppen war die Lage in der Stadt Bamberg in der ersten Augustwoche diffus. In der Gegend südlich der Residenzstadt, um Hirschaid und Forchheim, wurde noch heftig gekämpft, während die Franzosen in der Residenzstadt selbst bereits ihre Stadtgarnison einrichteten. Um den anhaltenden Übergriffen französischer Soldaten auf Stadtbürger Herr zu werden, wurde am 9. August eine Proklamation ausgegeben, der zufolge sich alle Militärangehörigen, die nicht zur Garnison gehörten, aus der Stadt zu begeben hat-

33 StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 942, Statthaltereiprotokolle, Druckschrift der Statthalterei vom 28. Juli 1796.

34 Matthias WINKLER, Die Emigranten der Französischen Revolution in Hochstift und Diözese Bamberg (Bamberger Historische Studien, Bd. 5/Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bamberg 13), Bamberg 2010, S. 134–137.

ten. Personen, die entgegen dieser Order in Bamberg blieben, sollten von der Bevölkerung namhaft gemacht werden.³⁵

Im Nürnberger Kreiskonvent wurden derweil Verhandlungen über die Kriegskontributionen der einzelnen Kreisstände geführt. Am 16. August *Abends zwischen 8 und 9 Uhr* wurde ein Ergebnis erzielt, das dem Hochstift beträchtliche Geldleistungen und Sachabgaben aufbürdete: Demnach setzten die französischen Oberkommandierenden für das Hochstift Bamberg eine Geldsumme von vier Millionen Livres an. Hinzu kamen Sachleistungen in Form von 100.000 Hemden, 100.000 Paar Schuhen, 10.000 Paar Stiefeln, 50.000 Paar Gamaschen sowie 400 Pferden, wovon 200 Zug- und 200 Reitpferde sein mussten. Eine Million Livres sollte innerhalb von 48 Stunden entrichtet, die übrigen fünf Posten binnen fünf Tagen ohne Verzug geliefert werden.³⁶ Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, nahmen die Franzosen zwanzig Geiseln aus der Bamberger Bürgerschaft, unter ihnen den Weihbischof, einige Domkapitulare und den Vizedom. Von diesen zwanzig wurden allerdings sechs wegen ihres hohen Alters wieder freigelassen.³⁷ Die übrigen vierzehn reisten am 17. August 1796 über Frankfurt in die französische Festungsstadt Givet in den Ardennen, in deren Außenfort Charlemont sie fast ein ganzes Jahr verbringen mussten, ehe sie am 31. Juli 1797 nach Bamberg zurückkehren konnten.³⁸ An die Vaterlandsliebe der Untertanen appellierend forderte das Landesdirektorium, das die Regierungsgeschäfte während der Abwesenheit des Fürstbischofs führte,

35 StadtABA, D 3001 Rep. 3, Nr. 979, Französischer Einfall 1796, Proklamation vom 9. August 1796.

36 StadtABA, D 3001 NL Ditterich, Nr. 68, Proklamation des Landesdirektoriums zur Kriegskontribution vom 17. August 1796.

37 SCHUSTER, Fürstbischöfe, S. 107. Die Geiseln waren im Einzelnen: Caramé, Schubert, Schmidt, Dietz, Faber, Render (Dechant von Forchheim), von Horneck, von Reding, von Wiesenthau, Kratzer, Reichold, Paul, Wierrer, Stirnkorb (aus Scheßlitz).

38 Bernhard WERNSDÖRFER, Die Bamberger Geiseln im Franzoseneinfall 1796, in: Bamberger Blätter für fränkische Kunst und Geschichte Nr. 4 (März 1929). Es liegt ein ausführlicher Briefwechsel zwischen den in Givet festgehaltenen Geiseln und der Bamberger Regierung vor: StABA, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 942, Statthaltereiprotokolle. Die Rückkehr der Geiseln Ende Juli 1797 war Ausgangspunkt eines Streits zwischen Fürstbischof und Stadtrat. Während Letzterer aus Anlass der Wiederkehr der Geiseln eine Dankesbekundung, buchstäblich mit Pauken und Trompeten und vielen weiteren Ehrenbezeugungen organisieren wollte, lehnte Fürstbischof Buseck dieses Ansinnen mit der Begründung ab, dass so umfangreiche Willkommensfeierlichkeiten nur dem Landesherrn zustehen würden, vgl. StABA, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 1838, Bürgermeister und Rat zu Bamberg 1765–1802, Korrespondenz zwischen dem Stadtrat, vertreten durch den Bürgermeister, und dem Fürstbischof vom 30. Juli 1797.

die Bevölkerung auf, *ihren Vorrath an baarem Gelde schleunigst zur hochfürstlichen Obereinnahme dahier abzuliefern*.³⁹ Das Geld sollte als eine Art Staatsobligation behandelt werden, die ab dem Tag ihrer Zeichnung mit 4 % verzinst wurde, wobei der Staat mit seinem ganzen Vermögen in Haftung trat.⁴⁰ Die Bewohner der Residenzstadt wurden ferner *zur Abgabe von 2 noch guten und nicht abgetragenen Hemden* angehalten, während auf dem Land jeder Bürger lediglich ein einzelnes Hemd abzuliefern hatte. Alle im Hochstift ansässigen Schuster sollten schnellstens Kommisssschuhe herstellen und diese der jeweils zuständigen Amtsstelle gegen Bezahlung übergeben. Die Beamten wurden aufgefordert, alle tauglichen Pferde – *mit Ausnahme der Pferde so Posthaltern und Waffenmeistern gehören* – in Listen zu erfassen.⁴¹

Laut einem Bericht der „Bamberger Zeitung“ eröffnete der französische Kriegskommissar Lachaussee in Begleitung des Stadtkommandanten Mercadé die Einzelheiten der Kontributionsforderung dem Stadtrat im Rathaus.⁴² Anscheinend gelang es in den darauf folgenden Tagen durch das Verhandlungsgeschick Einzelner, die Kontribution zu mindern. So berichtet Roth, dass es dem Direktor des Allgemeinen Krankenhauses, Adalbert Friedrich Marcus, glückte, „einen beträchtlichen Nachlass der Kriegscontribution zu erwirken“.⁴³ In welchem Ausmaß die Summen verringert wurden, wird aus dem Quellenbefund nicht deutlich.

Neben der Kontribution, die dem Hochstift als Stand des Fränkischen Kreises auferlegt worden war, gab es davon unabhängige Sachleistungen, die von höheren

39 Nach dem Zeugnis des Geistlichen Rats und Pfarreiverwesers der Oberen Pfarre Augustin Schellenberger wurde nach dem französischen Einmarsch ein Direktorium gebildet, das die Amtsgeschäfte der Regierung weiterführte. Mitglieder waren von Gross (als Vorsitzender), Pabstmann (als Kanzler), Caramé, Schott, Gönner, Fracassini and Dangel; vgl. Der Franzoseneinfall vom August 1796 in Bamberg nach einem Tagebuch des Augustin Andreas Schellenberger. Aus dem Lateinischen übersetzt von Hans HOLLFELDER, eingeleitet, kommentiert und ergänzt von Bernhard PFÄNDTNER, in: BHVB 117 (1981), S. 205–232, hier S. 210. [Künftig nur: SCHELLENBERGER, Tagebuch 1796]

40 StadtABa, D 3001 NL Ditterich, Nr. 68, Proklamation des Landesdirektoriums zur Kriegs-kontribution vom 17. August 1796.

41 Ebenda.

42 Bamberger Zeitung Nr. 131, 19. August 1796. Eine deutsche Übersetzung der Rede Lachaussees findet sich in StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 942, Statthaltereiprotokolle.

43 Friedrich ROTH, Dr. Adalbert Marcus, der erste dirigierende Arzt des allgemeinen Krankenhauses zu Bamberg, in: Festschrift zum 100-jährigen Jubiläum des allgemeinen Krankenhauses zu Bamberg 1889, Bamberg 1889, S. 59.

Offizieren einzelner französischer Armeeabteilungen, die das Hochstift passierten, eingefordert wurden und meist der Ausstattung ihrer Soldaten dienten. Bereits am 5. August 1796 hatte Generaladjutant Bouquet den Bamberger Stadtrat darüber informiert, dass alle blauen, grünen, weißen und scharlachroten Tücher requiriert würden und folglich auch den Kaufleuten verboten werden sollte, diese weiterhin feilzubieten.⁴⁴

Die Lage in der Residenzstadt selbst war zu diesem Zeitpunkt höchst fragil und die Zahl der Übergriffe auf die Einwohner bedrückend hoch. Wohl aus diesem Grund ermächtigte auf vorausgegangene eindringliche Anfragen hin der Sekretär des französischen Platzkommandanten, Poriquet, den Bamberger Magistrat,

*eine Wache von dem Municipalitäts-Posten zu fordern um jeden Soldaten zu arrestiren der sich untersteht Ausschweifungen, Unordnungen oder Erpressungen in dasigen Bürgerhäusern zu verüben [...]. Der Officier dieses Postens wird aufgefordert Ihnen Schutz und Hilfe zu leisten als nur in seinem Vermögen ist.*⁴⁵

Ein schwerwiegendes Problem, das in den Bestimmungen Poriquets anklingt, ergab sich aus den Einquartierungen der Garnisonssoldaten. Obwohl diese durch die Militäradministration streng reglementiert worden waren, erwies sich die Beziehung zwischen Soldaten und Quartierstellern nicht selten als spannungsreich. Den Verlautbarungen des Garnisonskommandos zufolge war vorgesehen, dass die Stadtbewohner nicht genötigt werden dürften, den einquartierten Soldaten mehr zu geben als mittags Suppe, Rindfleisch, Gemüse und eine Maß Bier, abends Eingemachtes oder Gebratenes und Salat nebst einer Maß Bier; zum Frühstück schließlich entweder Tee, Kaffee oder Bier sowie Brot. Dass es trotz dieser relativ genauen Spezifikationen zu Unstimmigkeiten zwischen Bürgern und einquartierten Soldaten kam, zeigt eine weitere Präzisierung der Richtlinien durch den Stadtkommandanten:

44 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 979, Französischer Einfall 1796, Brief des Generaladjutanten Bouquet an die Stadträte Bamberg vom 5. August 1796. Inwieweit diese Maßnahme dem *modus operandi* der französischen Armee entsprach, kann nur schwer eingeschätzt werden. Da am 5. August noch kein Waffenstillstand ausgehandelt war, sind derlei Requisitionen eher als Kriegsfolgeschäden anzusehen. Auch Schellenberger berichtet von Requisitionen, die am 5. August begannen, vgl. SCHELLENBERGER, Tagebuch 1796, S. 211.

45 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 979, Französischer Einfall 1796, Brief des Sekretärs des französischen Platzkommandanten an den Bamberger Magistrat vom 9. August 1796.

*Sobald der Garnisonssoldat seine Lebensmittel bestehend in Brod oder anderem aus dem Magazin erhält, so ist er angehalten, solche zu seinem Bürger mitzubringen, jene aber, welche sie empfangen haben, um solche zu verkaufen, sollen mit der größten Schärfe bestraft werden. [...] der Soldat, der mehr als das oben Verordnete zu verlangen sich erlaubt, [wird] gestraft werden.*⁴⁶

Obwohl in den Akten immer wieder von Verwicklungen und Auseinandersetzungen wegen der Einquartierungen die Rede ist, gibt es auch anderslautende Zeugnisse. Der Geistliche Rat Augustin Schellenberger beispielsweise nahm in seinem Pfarrhaus bis zu 30 Personen auf, äußerte sich jedoch ausnehmend positiv über *die unerhörte Achtung und Wertschätzung*, die ihm von den Soldaten entgegengebracht wurde. Er sah in ihrer Anwesenheit offenbar keinen Grund zu bitteren Klagen.⁴⁷

Nach dem Abzug der Franzosen wurde die Frage nach finanzieller Entschädigung der verschiedenen Aufwendungen seitens der Bürgerhaushalte, bei denen Einquartierungen vorgenommen worden waren, virulent und zog weitere Belastungen der Staatskasse nach sich.⁴⁸

Die militärische Lage hatte sich nach der Schlacht bei Amberg am 24. August 1796 grundlegend verändert. Der Hauptteil der französischen Armee war im fränkischen Raum auf dem Rückzug und passierte das Regnitztal nun in umgekehrter Richtung. Auch dabei kam es zu einer Reihe von Übergriffen. In den Quellen ist oftmals einfach von *Excessen* die Rede, von denen auch Schellenberger in seinem Tagebuch berichtet.⁴⁹ Poxdorf wurde geplündert, kleinere Ortschaften wie Kleingesee, Ottendorf und Wülflingen wurden niedergebrannt, in Ebermannstadt fielen 30 Häuser Brandschatzungen zum Opfer, in Bamberg gingen einzelne Gärtnerhäuser in Flammen auf.⁵⁰

Symbol für die ausufernden Gewalttaten der französischen Soldateska ist die Zerstörung Strullendorfs, einer Gemeinde wenige Kilometer südöstlich von Bamberg, am 30. August 1796. Nach dem Bericht Schusters kam der Pfarrer von

46 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 979, Französischer Einfall 1796, Proklamation des Stadtkommandanten vom 13. August 1796.

47 SCHELLENBERGER, Tagebuch 1796, S. 211.

48 Als Beispiel sei ein Schreiben eines Ungenannten erwähnt, der während der Besetzung einen französischen Offizier beherbergen musste. Dieser Bürger forderte nun eine Entschädigung von der Obereinnahme: StadtABa, B 4, Nr. 454, Bürgermeister und Rat.

49 SCHELLENBERGER, Tagebuch 1796, S. 222f.

50 KESTLER, Franzoseneinfall, S. 10.

Strullendorf, Georg Rickert, bei der Verteidigung der Kirche zu Tode. Auch sie wurde ein Opfer der Flammen.⁵¹

Ein Augenzeugenbericht über die lokalen Verheerungen ist im Tagebuch der aus dem Lothringischen stammenden Gräfin Elisabeth von Mandell-Ficquelmont (1749–1818) überliefert, deren Gatte in der Armee Erzherzog Karls als Stabsoffizier diente, nachdem er im Zuge der Revolution Frankreich verlassen hatte und mit seinem Regiment in österreichische Dienste eingetreten war.⁵² In der Nachhut des vorrückenden Militärverbands Karls durchquerte Elisabeth die Region um Bamberg, führte jeden Tag akribisch Buch über die Marschrouten und notierte in lakonischer Diktion ihre Eindrücke.

*Nous avons passé par le vilage de Strulendorff presque entierement reduit en cendre par les francois. On y voit a peine les vestiges de l'Eglise, le malheureux curé a été trouvé mort dans la cade ou il étoit réfugié – le 8 [septembre] nous avons passé le mein [recte: Main] a Hailstatt et avons été coucher a Stettfeld, ou nous avons eu sejour le 9 [septembre]. Ce vilage a été entierement pillé par les francois, et les malheureux habitants qui ne ce sont pas soustroits a la furreur de les barbares ont Eprouvés les troitements les plus cruels, ils [sc. les Français] n'ont rien respectée, ils ont forcis [sic!] le Tabernacle, et prophané les S^{tes} osties [sc. les sacro-saints hosties] [...]. Le curé et la plupart de les parresieurs [recte: paroissiens] ont habités les Bois, pendant qu'ils avoient les hotes destructeurs [...]. La terreur est encore empreinte sur toutes les figures de les malheureuses victimes.*⁵³

Die intensive Gewalterfahrung während des Rückzugs der Franzosen rief wiederum den angestauten Zorn der Bevölkerung hervor. Vereinzelt wurden französische Armeemitglieder von Einwohnern attackiert. In einer Proklamation drückte das Landesdirektorium sein größtes Missfallen darüber aus,

daß von einigen Bürgern und Einwohnern den französischen Soldaten Viehe, Wägen, Kleidungsstücke und anderes abgekauft, und sogar Gewaltthätigkeiten gegen dieselben ausgeübt worden seyen. Um die traurigen Folgen abzuwenden, welche aus solchen an sich schon unerlaubten Handlungen entstehen würden,

51 SCHUSTER, Fürstbischöfe, S. 114–116.

52 Zur Geschichte der Familie Mandell-Ficquelmont siehe Robert BARAVALLE, Die Freiherren von Mandell. Eine genealogische Studie, in: Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark 58 (1967), S. 81–107.

53 Text wie im Original. Steiermärkisches Landesarchiv Graz, Familienarchiv Berg-Mandell, Schubert 2 H8, Journal de mon Emigration 1793–1799, fol. 8.

*erhalten alle Untertanen und Einwohner des Landes und der Stadt Bamberg die strengste Weisung, sich aller Beleidigungen oder Gewaltthätigkeiten zu enthalten, auch von dem Viehe oder andern Sachen nichts zu erkaufen, unter der Verwarnung, daß die Uebertreter dem französischen Kommando zur Bestrafung extradirt werden sollen.*⁵⁴

Die Plünderungen der Ortschaften gingen unvermindert weiter, während sich die Franzosen in Richtung Schweinfurt zurückzogen und Erzherzog Karl am 31. August Bamberg erreichte.

Obwohl wegen des eiligen Abzugs der Franzosen ein großer Teil der Kriegskontribution nicht mehr eingetrieben werden konnte, war der Schaden, der dem Hochstift entstanden war, immens. Abgesehen von den vielen zerstörten Ortschaften war besonders die grassierende Viehseuche verheerend. Nach zeitgenössischen Schätzungen verendeten innerhalb dreier Monate nach dem Einfall nicht weniger als 20.000 Stück Vieh.⁵⁵ Schon am 6. September wurde eine Regierungsdruckschrift publiziert, in der erschüttert Bilanz gezogen wurde:

Die rauchenden Trümmer abgebrannter Ortschaften und einzelner Gebäude, das Jammern geplündelter Unterthanen und ganzer Gemeinden, ausgeraubte Kirchen, zertrümmerte Heiligthümer, verwüstete Felder und die allenthalben im Lande ertönenden wehemüthigsten Klagen über jede Art von Gewaltthaten, worüber sich die Menschheit empöret, sind die schrecklichen Denkmäler des nichts verschonenden Feindes, welcher unser geliebtes Vaterland unlängst wie ein reissender Strom überfiel, und wäre er so lange, als er des Vorhabens war, in demselben verblieben, durch alle nur denkbaren Uebel des Krieges, unter welchen die dermalige Hornviehseuche noch bey weitem nicht eines der größten ist, der Wohlstand des Staates vernichtet, und selbst die Quellen der Erholung abgegraben haben würde. Den gesegneten Waffen der Kayserlich Königlichen Heere unter der göttlichen Beschützung der guten Sache des Erzherzogs Karl Königlichen Hoheit, und der äußersten Anstrengung, mit welcher die Heerführer, die Offiziers und Gemeinen eilten, Bamberg zu befreyen, hat es nun aber das Hochstift zu verdanken, daß noch ein Theil desselben von den Verheerun-

54 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 979, Französischer Einfall 1796, Proklamation des Landesdirektoriums vom 27. August 1796.

55 SCHUSTER, Fürstbischöfe, S. 123. Zur Viehseuche im Hochstift Bamberg siehe Jochen HOFMANN, Bekämpfung der Rinderpest 1796 im Hochstift Bamberg, in: BHVB 146 (2010), S. 191–228.

*gen der Neufranken verschont, und dem bedruckten oder verarmten Theil derselben noch ein Rest seines häuslichen Wohlstandes [...] geblieben ist.*⁵⁶

Obwohl die Befreiung der Stadt frenetisch bejubelt wurde, hatten die Bürger nun die Einquartierung der kaiserlichen Armee zu erdulden. Die örtlichen Magazine und Vorräte zur Versorgung der Truppen reichten längst nicht aus. Die Regierung rief daher die Bevölkerung auf, zum Unterhalt der Österreicher beizutragen. Anders als bei den Naturalrequisitionen der Franzosen sollte ein geordnetes Verfahren Anwendung finden: Für die eingelieferten Mengen vor allem an Mehl und Hafer sowie Heu wurden von der Generalität feste Einkaufspreise festgelegt, sodass sich die Einbußen der Bauern in der prekären Lage nach dem Franzoseneinfall wenigstens nicht weiter vergrößerten.⁵⁷ Als eine der letzten österreichischen Einheiten zog die Feldapotheke, bestehend aus 26 Personen, Ende November 1796 ab.⁵⁸

Der Wiederaufbau hatte derweil begonnen; Fürstbischof Buseck war im September 1796 nach Bamberg zurückgekehrt. Durch hochstiftweite Kollekten, für die vor allem die Gemeinden der nördlichen Teile des Fürstbistums, die vom Einfall und den Kämpfen nicht direkt betroffen gewesen waren, großzügig spendeten, sollte den am schwersten Geschädigten im Süden geholfen werden. Neben den Geldern aus der Staatskasse minderte diese Form der Solidarität wohl die unmittelbare Bedürftigkeit vor Ort, konnte aber die wirtschaftlichen Langzeitfolgen, etwa im Fall des stark in Mitleidenschaft gezogenen Strullendorf, nicht kompensieren. Diese wurden im Rahmen der Verhandlungen über eine eventuelle Kriegskostenentschädigung nach dem Sieg über Napoleon, also mehr als zwei Jahrzehnte später, wieder auf die politische Agenda gesetzt (s. Kapitel 7).

56 StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 942, Statthaltereiprotokolle, Druckschrift der Regierung vom 6. September 1796.

57 Für einen Zentner eingeliefertes Mehl wurden 5 fl. 40 xr. rh., für einen Zentner Heu 54 xr. rh. und für eine niederösterreichische Metze Hafer 1 fl. 30 xr. rh. berechnet, vgl. StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 942, Statthaltereiprotokolle, Druckschrift der Regierung vom 6. September 1796. Insgesamt wurden bis Ende Oktober 1796 2.339 Zentner Mehl, 7.903 Zentner Heu, 13.553 Metzen Hafer, 2.813 Bund Stroh, sieben Maß hartes und 46 Maß weiches Holz sowie 92.366 Portionen Brot an das k. k. Magazin geliefert, vgl. StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 1226, Regierungsakten, Conclusum Regiminis vom 31. Oktober 1796.

58 StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 1576, Obereinnahmeprotokolle, Protokoll vom 22. November 1796.

2.4 Die Versorgung der Kranken und Verwundeten

Die Mehrheit der im Zuge der Kampfhandlungen im Bamberger Gebiet verwundeten Soldaten und kranken Militärangehörigen wurde, sofern transportabel, in das Bamberger Allgemeine Krankenhaus eingeliefert. Zwar richtete ein Armeeverband üblicherweise ein eigenes Militärlazarett oder Feldspital an seinem jeweiligen Kantonnierungsort ein, doch griff man im Fall der Überlastung, also besonders nach Gefechten, oder des weiteren Vormarsches des Verbandes auf lokale Sanitätseinrichtungen zurück, z.B. wenn nicht transportfähige Verwehrte über einen längeren Zeitraum versorgt werden mussten.

Nicht erst seit dem französischen Einfall im Juli und August 1796 wurden im Allgemeinen Krankenhaus zu Bamberg fremde Soldaten medizinisch betreut. Im Verlauf der Truppendurchmärsche der kursächsischen, preußischen und österreichischen Armeen seit 1793 ließen einzelne Abteilungen immer wieder einige ihrer erkrankten Angehörigen in Bamberg zurück, während sie selbst ihren Marsch fortsetzten.

Im April und Oktober 1794 wurden beispielsweise sechzehn bzw. zwölf Soldaten verschiedener österreichischer Regimenter während eines Durchmarsches in die Niederlande in das Krankenhaus eingeliefert. Für jeden kranken Soldaten wurde ein Tagessatz von 30 Kreuzern berechnet. Die Endsumme von mehreren hundert Gulden sollte nach einer ausdrücklichen Anweisung Fürstbischof Erthals von der Krankenhausstiftung übernommen werden, obwohl sich Erthal der geringen Dotation der Stiftung durchaus bewusst war. Das Motiv hierfür war offenbar, dass der Fürstbischof demonstrativ guten Willen gegenüber den militärischen Operationen der Österreicher beweisen wollte; immerhin war im März 1793 der Reichskrieg beschlossen worden, an dem auch ein Bamberger Kontingent teilnahm. Ungeachtet dessen ließ die Krankenhauskommission vorsichtig beim Fürstbischof anfragen, ob bei ähnlichen Fällen, die in Zukunft öfter zu erwarten seien, stets die Krankenhausstiftung für die Unkosten aufkommen sollte oder ob diese Summen zur Schonung ihrer Kasse nicht auf die Soldaten umgelegt werden könnten.⁵⁹

Von zwei kaiserlichen Offizieren ist bekannt, dass sie während ihres Aufenthaltes im Bamberger Krankenhaus verstarben. Matthias Franz Joseph Kucharz, Leutnant

⁵⁹ StadtABa, C 26, Nr. 694, Stiftungsverwaltung, Conclusa der Krankenhauskommission vom 13. Juni und 27. November 1794. Sofern nicht anders angegeben handelt es sich bei den im Folgenden angegebenen Geldbeträgen um fränkische Währung.

des k. k. Zweiten Feldartillerie-Regiments, gebürtig in Prag, war am 6. Juli 1793 in das Krankenhaus eingeliefert worden. Die Ursache hierfür ist unbekannt. Erst in der Nacht vom 3. auf den 4. Februar 1794 verstarb Kucharz im Krankenhaus. Für die 208 Tage seines Aufenthaltes inklusive der Fourage für sein Pferd waren Aufwendungen in Höhe von 283 Gulden und 30 Kreuzer rh. aufgelaufen.⁶⁰ In einer Entschließung setzte Erthal fest, dass die gesamten Kosten von der Krankenhausstiftung übernommen werden sollten, um die Erben des Verstorbenen zu entlasten.⁶¹ Kucharz hatte am 28. Dezember 1793 dem Geistlichen Rat Augustin Schellenberger sein Testament diktiert. Darin vermachte er dem Spital zwanzig Gulden und bedachte aus Dankbarkeit einzelne Krankenhausmitarbeiter, Ärzte und Krankenwärter, die er im Verlauf seines Aufenthaltes kennen gelernt hatte, mit kleinen Geldbeträgen oder Kleidungsstücken. Als Haupterbin wurde Kucharz' in Prag wohnende Mutter eingesetzt.⁶² Nach seinem Tod wurde auf Betreiben der Krankenhauskommission ein Inventar seiner Habseligkeiten erstellt und eine Versteigerung dieser Effekten organisiert, welche 162 Gulden 38 Kreuzer fr. erbrachte. Diese Summe wurde schließlich der Mutter des Verstorbenen übersandt. Darüber hinaus trug die Krankenhauskommission dafür Sorge, dass der Bevollmächtigte des Kaisers beim Fränkischen Kreis, Graf von Schlick, über das Ableben des Leutnants informiert wurde.⁶³

Die augenfällige Sorgfalt der Krankenhauskommission bei der Abwicklung dieses Falles ist wohl der Tatsache geschuldet, dass dieser Vorgang während des Krieges bis dato einmalig war. Bedeutend weniger Aufwand wurde knapp zwei Jahre später beim Ableben des k. k. Unterleutnants Ernst von Lamprecht aus Laibach betrieben, der im November 1795 im Bamberger Krankenhaus verstarb. Lediglich sein Regiment wurde über den Tod des Kameraden informiert. Das Testament setzte den

60 StadtABa, C 26, Nr. 695, Stiftungsverwaltung, Brief der Krankenhauskommission an Fürstbischof Erthal vom 4. Februar 1794.

61 StadtABa, C 26, Nr. 695, Stiftungsverwaltung, Entschließung des Fürstbischofs vom 9. Februar 1794.

62 StadtABa, C 26, Nr. 695, Stiftungsverwaltung, Testament des Leutnants Kucharz vom 28. Dezember 1793.

63 StadtABa, C 26, Nr. 695, Stiftungsverwaltung, Brief der Krankenhauskommission an den Grafen von Schlick vom 6. Februar 1794 mit Antwort vom 10. Februar 1794.

Vater des Unterleutnants als Erben ein, während seine Effekten einem Regimentsoffizier übergeben wurden. Die Beerdigung fand in der Oberen Pfarre statt.⁶⁴

Im unmittelbaren Vorfeld des französischen Vorstoßes entlang des Mains waren an mehreren Orten im Hochstift österreichische Feldspitäler errichtet worden. Gegen einen Plan von Anfang 1796, weitere Lazarette ins Bamberger Gebiet zu verlagern, sprach sich vehement die Obereinnahme aus. Erläuternd verwies sie darauf, dass man sich zur ferneren Unterstützung schon bereit erklärt hatte, weitere französische Kriegsgefangene und ein hessen-darmstädtisches Artilleriedepot in der Jägersburg südlich von Eggolsheim aufzunehmen.⁶⁵ Im Juli 1796 hatten österreichische Feldspitäler in den Klöstern Langheim und Marienweiher sowie in Kupferberg, Gosberg bei Forchheim und im Schloss Seehof ihre Arbeit aufgenommen. Als dann die französische Armee bedrohlich nahe an das Hochstiftsterritorium heranrückte, wurde die Order ausgegeben, die im Osten und Nordosten des Hochstifts gelegenen Spitäler nach Eger in Böhmen zu evakuieren. Hierfür wurde die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Wagen und Tragen aus der Gegend um Memmelsdorf und Hollfeld veranlasst.⁶⁶

Rückblickend auf die Zeit der französischen Besetzung Bambergs Anfang August 1796 berichtet Schellenberger, dass die Stadt wegen des unter der Regentschaft Erthals errichteten Allgemeinen Krankenhauses um die Einrichtung von Feldlazaretten etwa in Kirchen und der fürstlichen Residenz, wie es unter anderem bei der französischen Besetzung von Mainz geschehen sei, herumgekommen ist:

*So groß war die Menge der Kranken und Verwundeten, hauptsächlich Franzosen, daß die größeren Räume [des Krankenhauses] (hinreichend geräumig) mit weiteren Zimmern nicht zur Aufnahme der Verwundeten ausreichten. Selbst die Eingangshalle des Krankenhauses und alle Gänge waren angefüllt.*⁶⁷

Aus der archivalischen Überlieferung sind viele Detailinformationen zur Kranken- und Verwundetenversorgung während und nach der Präsenz französischer Truppen in Bamberg zu gewinnen. Unter anderem ist eine vollständige Tagesstatistik

64 StadtABa, C 26, Nr. 696, Stiftungsverwaltung, Verlassenschaft des im Spital verstorbenen k. k. Unterleutnants Ernst von Lamprecht aus Laibach (Krain).

65 StABa, Geheime Kanzlei, Nr. 1577, Obereinnahmereskripte und -resolute, Resolut vom 13. Juli 1796.

66 StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 1576, Obereinnahmeprotokolle, Protokoll vom 31. Juli 1796.

67 SCHELLENBERGER, Tagebuch 1796, S. 222.

für den Zeitraum vom 2. August bis zum 6. September 1796 überliefert.⁶⁸ Sie führt die Aufnahmen und Entlassungen pro Tag auf, verzeichnet die Zahl der Verstorbenen und gibt Auskunft über die Art der Krankheit oder der Verletzungen. Unterschieden wird hierbei zwischen vier Krankheitsbildern: *fiévreux* (fiebrig), *blessé* (verwundet), *vénérien* (geschlechtskrank) und *galeux* (krätzig). Insgesamt starben zwischen dem 2. August und dem 6. September sechzehn Soldaten im Spital.

Unter dem Dach des Krankenhauses richtete man ein französisches Militärlazarett mit der gewöhnlichen militärärztlichen Hierarchie ein. Durch das überlieferte Verwaltungsschriftgut belegt sind ein französischer Lazarettdirektor, ein Ober-Chirurg und ein Chirurgie-Major, die gemeinsam das Lazarett leiteten.⁶⁹

Die einzelnen Soldaten wurden je nach Grad der Verwundung oder Krankheit unterschiedlich lange im Krankenhaus behalten. Während des Monats August 1796 wurden im Tagesmittel etwa 100 Franzosen im Spital versorgt, an manchen Tagen auch bedeutend mehr. Ein Spitzenwert wurde am 29. August erreicht, als im Zuge der französischen Retirade nach der Schlacht bei Amberg über 300 Verwundete aus den Kampfgebieten im südlichen Hochstift in das Bamberger Lazarett evakuiert wurden. Um diese Zugänge unterzubringen, mussten sogar die Wohnungen des Spitalpersonals geräumt werden, damit diese als Krankenzimmer verwendet werden konnten.⁷⁰ Die leicht und mittelschwer Verwundeten verblieben dort lediglich eine Nacht und wurden am Folgetag per Schiff über Regnitz und Main nach Schweinfurt und später bis nach Würzburg transportiert. Zusammen mit den Mannschaften waren, wenn auch räumlich getrennt, im Durchschnitt knapp zwanzig verwundete Offiziere im Lazarett untergebracht.

Schellenberger berichtet, dass insgesamt 4.000 Verwundete während der Besatzungszeit im Krankenhaus aufgenommen worden seien.⁷¹ Kurz vor dem Rückzug der Franzosen zeigte Hofkanzler Pabstmann dem Direktor des Allgemeinen Krankenhauses, Adalbert Friedrich Marcus, an, dass dieser alle noch im Lazarett befindlichen schwer verwundeten Soldaten in seine Obhut zu nehmen hätte. Pabst-

68 StadtABa, C 26, Nr. 628, Stiftungsverwaltung, Krankenstatistik des französischen Spitals vom 2. August bis zum 6. September 1796.

69 StadtABa, C 26, Nr. 631, Stiftungsverwaltung, Brief des Krankenhausverwalters Burgis an den Fürstbischof vom 20. Januar 1797.

70 SCHUSTER, Fürstbischöfe, S. 123.

71 SCHELLENBERGER, Tagebuch 1796, S. 222.

mann ermahnte ihn bei dieser Gelegenheit zu großer Ausgabendisziplin.⁷² Nach der Vertreibung der französischen Armee am 31. August 1796 blieben über 100 schwer verwundete Franzosen im Krankenhaus zurück. Anders als von Pabstmann intendiert, zog dort ein österreichisches Militärlazarett ein. Die nicht transportablen französischen Soldaten wurden zu Kriegsgefangenen erklärt und standen folglich bis zum Abzug der Österreicher unter der Aufsicht des k. k. Militärlazaretts.⁷³

Für die Zeit zwischen dem 2. August und dem 6. September 1796 liegt ein Plan über die für die Versorgung der Kranken notwendigen Viktualien bei. Die größten Posten hierbei waren Wein, Brot und Rindfleisch. Rechnungen über die abgelieferten Güter finden sich häufig gesammelt in den Akten.⁷⁴

Im Laufe des August 1796 war vom Krankenhaus eine Reihe von Gegenständen an das Lazarett für dessen Ausstattung übergeben worden: Dutzende Matratzen, Wolldecken, Betttücher und Hemden im Gesamtwert von fast 4.000 Gulden.⁷⁵ Diese Effekten waren entweder durch Gebrauch ruiniert oder von den abziehenden Franzosen einfach mitgenommen worden. Bei der abschließenden Berechnung der Schäden, die der Krankenhausstiftung durch die französische Besetzung entstanden waren, trat die dadurch verursachte desolate Finanzlage offen zutage. In dieser Notsituation wandte sich die Krankenhauskommission mit dringenden Bitten an die Obereinnahme, diese außerordentlichen Auslagen zu refinanzieren.⁷⁶

Die finanziellen Belastungen, die mit dem Betrieb von Lazaretten einhergingen, wogen so schwer, dass die Regierung viel daran setzte, die Einrichtung weiterer Militärspitäler in der Stadt zu verhindern. Das Ansinnen der k. k. Spitaldirektion vom September, ein Lazarett mit 700 Blessierten nach Bamberg zu verlegen, wurde mit Verweis auf den zu erwartenden Anstieg der Fleischpreise, die aufgrund einer Viehseuche ohnehin schon horrend hoch waren, zurückgewiesen. Der Plan, in

72 StadtABa, C 26, Nr. 628, Stiftungsverwaltung, Brief Pabstmanns an Marcus vom 26. August 1796.

73 StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 1576, Obereinnahmeprotokolle, Exzerpt aus dem Hofkriegsratsprotokoll vom 1. Oktober 1796.

74 StadtABa, C 26, Nr. 629, Stiftungsverwaltung, Lebensmittellieferungen fürs franz. Spital.

75 Ebenda.

76 StadtABa, C 26, Nr. 630, Stiftungsverwaltung, Briefe der Krankenhauskommission an die Obereinnahme vom 9. November und 9. Dezember 1796.

den Trieb- und Glashäusern im Schloss Seehof ein zusätzliches Lazarett zu errichten, wurde daraufhin fallengelassen.⁷⁷

Nachdem das k. k. Militärlazarett Anfang Oktober 1796 mit dem sich verändernden Frontverlauf in Richtung Westen nach Miltenberg verlegt worden war, war es nun an den Verantwortlichen in Bamberg, die Aufsicht über das Krankenhaus, in dem noch immer sowohl französische als auch kaiserliche Soldaten lagen, zu übernehmen. Aus Sicht der Regierung sollten die auflaufenden Kosten nicht von der Stadt oder der Krankenhausstiftung, sondern zunächst vom Staatsärar übernommen werden.⁷⁸ Hofkanzler Pabstmann ging von 50 bis 60 Soldaten aus, die die Lazarettleitung in Bamberg zurückgelassen hatte.⁷⁹ Die Frage, wie mit ihnen umzugehen sei, gab Anlass zu Streit zwischen verschiedenen zuständigen Regierungsinstanzen, nicht zuletzt weil finanzielle Rücksichten zu nehmen waren.

Nach dem Willen der Regierung wären diese kranken Militärangehörigen in das Bamberger Militärlazarett in der Infanteriekaserne an der Langen Straße überwiesen worden, weil das Allgemeine Krankenhaus schon von seinem Stiftungszweck her nicht für Kriegsgefangene zuständig war. Unter Verweis auf die zu erwartenden Belastungen seines Budgets verwehrte sich jedoch Hofkriegsrat von Reider gegen eine Verlegung der Verwundeten. Da überdies das Militärlazarett nicht über das nötige Personal verfüge, so argumentierte er, seien die Soldaten im Krankenhaus ungleich besser aufgehoben, zumal am Ende die k. k. Spitaldirektion für deren Unterhalt aufkommen würde.⁸⁰

Die Regierung zeigte sich ob dieser rigorosen Ablehnung Reiders irritiert, weil die finanziellen Ressourcen des Krankenhauses fast aufgebraucht waren und die weitere Behandlung der Verwundeten nur mit der vollständigen Kostenübernahme durch die Obereinnahme gewährleistet werden konnte. Man nahm offenbar an, dass trotz einer generellen Zusage die Erstattung der Auslagen durch die k. k. Spitaldirektion einige Zeit auf sich warten lassen würde, sodass erneut der Staatshaushalt die finanziellen Belastungen zu tragen hatte.

77 StABa, Geheime Kanzlei, Nr. 1226, Regierungsakten, Conclusum Regiminis vom 22. September 1796.

78 StABa, Geheime Kanzlei, Nr. 1576, Obereinnahmeprotokolle, Exzerpt aus dem Hofkriegsratsprotokoll vom 1. Oktober 1796.

79 StadtABa, C 26, Nr. 698, Stiftungsverwaltung, Bericht des Hofkanzlers Pabstmann vom 18. Oktober 1796.

80 StadtABa, C 26, Nr. 698, Stiftungsverwaltung, Erklärung des Hofkriegsrats Reider vom 28. September 1796.

Die Krankenhauskommission berichtete inzwischen der Regierung, dass von dem k. k. Militärlazarett insgesamt 47 nicht transportfähige Verwundete mit Hieb- und Stichwunden dem Krankenhaus übergeben worden waren. Als Tagessatz waren 36 Kreuzer pro Person vorgesehen. Diese Soldaten benötigten chirurgische Behandlungen, vor allem Amputationen, die von Adalbert Friedrich Gotthard, ordentlicher Professor der praktischen Wundarznei an der medizinischen Fakultät der Universität Bamberg, vorgenommen werden sollten.⁸¹ Für die vielen Operationen brauchte Gotthard allerdings fachliche Unterstützung und forderte daher weitere städtische Wundärzte an.⁸² Die materielle Ausstattung des Krankenhauses hatte in den vergangenen drei Monaten so gelitten, dass Gotthard in einer Eingabe an die Regierung dringend um die nötige Ausstattung mit Tüchern, Binden, Kompressen, Charpien und Arzneien nachsuchte, da ohne diese die medizinische Behandlung nicht sichergestellt werden konnte. Für die Herstellung der Charpien wollte man schließlich eine Kollekte unter den Stadtbürgern abhalten, deren Durchführung vom Fürstbischof auch genehmigt wurde.⁸³

Erst Ende Juni 1797 konnten die letzten verwundeten Soldaten aus dem Krankenhaus entlassen werden. Seit dem 28. September 1796 waren für sie Kosten in Höhe von 3.104 Gulden und 28 Kreuzer angelaufen. Nach intensiven Briefwechseln zwischen dem Vorsitzenden der Krankenhauskommission, Graf Stauffenberg, der k. k. Haupt-Feldspital-Direktion, die in Wertheim angesiedelt war und als zentrale Koordinations- und Überwachungsstelle in militärmedizinischen Fragen fungierte, und dem Hauptquartier Erzherzog Karls in Schwetzingen, die von Februar bis Juli 1797 andauerten, konnte die vollständige Kostenübernahme durch die k. k. Spitaldirektion erreicht werden.⁸⁴ Die letzten acht französischen Soldaten, unter ihnen ein Offizier, wurden auf Anweisung aus dem Hauptquartier Karls nach Würzburg verschifft, wo sie dem kaiserlichen Festungskommandanten zur Auslieferung an

81 Vgl. zu ihm Bernhard SPÖRLEIN, *Die ältere Universität Bamberg (1648–1803). Studien zur Institutionen- und Sozialgeschichte (Spektrum Kulturwissenschaften 7), 2 Bde.*, Berlin 2004, S. 1267–1272.

82 StadtABa, C 26, Nr. 698, Stiftungsverwaltung, Bericht der Krankenhauskommission an die Regierung vom 1. Oktober 1796.

83 StadtABa, C 26, Nr. 698, Stiftungsverwaltung, Entschließung des Fürstbischofs vom 5. Oktober 1796.

84 Johann Franz Schenk von Stauffenberg, Oberhofmarschall und Vorsitzender der Krankenhauskommission, starb am 12. Juni 1797. Am 13. Juni wurde sein Sohn von Fürstbischof Buseck zum Nachfolger ernannt. Dieser brachte die Verhandlungen schließlich zum Abschluss.

die französische Armee übergeben wurden.⁸⁵ Mit ihnen hatten die letzten fremden Soldaten des 1. Koalitionskriegs Bamberg verlassen.

3. Die Teilung Bambergs als Menetekel: Der Waffenstillstand von Parsdorf und die zweite französische Besetzung 1800/01

3.1 Ausgangslage

Nachdem die beiden Großmächte des Reiches, Österreich und Preußen, Separatfriedensverträge mit Frankreich geschlossen hatten (Preußen 1795, Österreich 1797), tagte seit September 1797 der Rastatter Kongress, auf dem über die Schaffung einer Friedensregelung zwischen Frankreich auf der einen und dem Heiligen Römischen Reich auf der anderen Seite verhandelt werden sollte.

Im Kern drehten sich die Verhandlungen um die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich. Von Seiten Österreichs war dies durch einen geheimen Zusatzartikel im Friedensvertrag von Campo Formio im Prinzip schon anerkannt und dadurch der Grundsatz der territorialen und politischen Integrität des Reiches endgültig verlassen worden.⁸⁶ Da die weltlichen Reichsstände für den Verzicht auf ihre linksrheinischen Ansprüche territoriale Entschädigungen erwarteten, erhöhte sich der ohnehin schon beträchtliche Säkularisationsdruck auf die geistlichen Stände nochmals erheblich. Fürstbischof Buseck suchte demonstrativ die Nähe zu Österreich und beschwor eindringlich die Erhaltung der Reichsverfassung mit dem Kaiser als Oberhaupt, musste aber zur Kenntnis nehmen, dass auch der Wiener Hof inzwischen offen mit Säkularisationen liebäugelte.⁸⁷

Am 4. April 1798 stimmte die Reichstagsdeputation beim Friedenskongress der Abtretung des linken Rheinufers zu und akzeptierte damit faktisch das Entschädigungssystem zuungunsten der geistlichen Stände mit Ausnahme der drei

85 StadtABA, C 26, Nr. 701, Stiftungsverwaltung, Korrespondenz zwischen der Krankenhauskommission und dem Hauptquartier Erzherzog Karls in Schwetzingen.

86 Zusätzlich zu dem berühmten Geheimartikel des Friedensvertrags von Campo Formio schloss Österreich am 1. Dezember 1797 einen Geheimvertrag mit Napoleon, welcher die Preisgabe von Mainz an die Franzosen und den Rückzug der kaiserlichen Armee bis hinter den Lech vorsah, vgl. ARETIN, *Altes Reich* 3, S. 463f.

87 Dieter J. WEISS, *Die Vorzeichen der Säkularisation. Auf dem Weg vom Hochstift zur Diözese Bamberg*, in: BAUMGÄRTEL-FLEISCHMANN (Hrsg.), *Bamberg wird bayerisch*, S. 9–20, hier S. 14.

Kurfürstentümer Mainz, Trier und Köln. Für den Fortbestand des Hochstifts Bamberg waren in diesem Zusammenhang insbesondere die territorialen Interessen Pfalzbayerns gefährlich.⁸⁸

Eine neuerliche Wende vollzog Österreich. Da Napoleon mit großen Truppenkontingenten in Ägypten festsaß und Russland zum Krieg gegen Frankreich fest entschlossen schien, eröffnete der österreichische Feldherr des vorangegangenen ersten Krieges gegen Frankreich, Erzherzog Karl, mit dem Sieg bei Ostrach am 21. März 1799 den 2. Koalitionskrieg. Fürstbischof Buseck suchte das Heil für sein Hochstift in unbedingter Treue zu Österreich, steuerte beträchtliche Summen zur Reichsoperationskasse bei und stellte ein vergleichsweise großes Bamberger Kontingent auf.⁸⁹

Die Fortsetzung des Reichskrieges, der mit der Auflösung des Rastatter Kongresses im April 1799 ohne formalen Friedensschluss andauerte, brachte trotz anfänglicher Erfolge der Koalition keine einschneidende Veränderung der Mächtekonstellation in Mitteleuropa. Die Operationen der Franzosen im süddeutschen Raum unter Augereau und Moreau, der im Frühjahr 1800 bis nach München vorstoßen konnte, bedrohten vier Jahre nach der ersten französischen Eroberung abermals das Bamberger Fürstbistum. Der eingangs erwähnte, in Parsdorf geschlossene Waffenstillstand vom 15. Juli 1800 froh das wechselhafte Kriegsgeschehen nur für wenige Monate ein. In Bamberg drohte eine Wiederholung der Kriegs- und Besetzungswirren sowie die Teilung entlang der Regnitz von 1796 unmittelbar bevorzustehen.

3.2 Zwischen Waffenstillstand und Krieg – Bamberg im Sommer und Herbst 1800

Abgesehen von den Geldbeiträgen an die Reichsoperationskasse und der kostspieligen Unterhaltung eigener militärischer Verbände steuerte das Hochstift Bamberg im neuerlichen Krieg auch direkte Unterstützungsleistungen an die kaiserliche Armee Erzherzog Karls bei. Im April 1799 wurden im Rahmen dieser eher unfreiwilligen Beihilfen 20.000 Zentner Mehl und 90.000 Metzen Hafer von den Öster-

88 BERBIG, Hochstift Bamberg, S. 396–403.

89 Ebenda.

reichern aus den Bamberger Magazinen requiriert.⁹⁰ Um für weitere Requisitionen in der ersten Jahreshälfte 1800 gewappnet zu sein, wurde von der Regierung ein Ausfuhrverbot für Hafer erlassen. Angesichts zunehmenden Unmuts ob dieser Naturalienlieferungen entschloss man sich schließlich, bei weiteren Forderungen seitens der Österreicher die Auffassung zu vertreten, dass hierfür keine Rechtsgrundlage im Sinne der genehmigten Reichsrömermonate bestehen würde. Möglicherweise hegte man in Bamberg die Hoffnung, mit solch formaljuristischen Argumenten zusätzliche Auslagen zur Unterhaltung der kaiserlichen Armee abwenden zu können – wie sich in der Folge zeigen sollte mit nur bescheidenem Erfolg.

Belastungen großen Umfangs drohten Bamberg nach dem Abschluss des Parsdorfer Abkommens auch von französischer Seite. Hochstift und Stadt waren seit dem 15. Juli 1800 geteilt; rechts der Demarkationslinie standen die Kaiserlichen, links die Franzosen. Im Juli 1800 hatte eine Abteilung Blankensteiner Husaren auf der kaiserlichen Seite der Stadt Stellungen bezogen. Am 9. September traf Feldmarschall-Lieutenant von Simbschen mit seinem Stab in Bamberg ein und übernahm das Kommando über die Truppen.

Fürstbischof Buseck hatte in mittlerweile bewährter Manier das Hochstift verlassen und war über Kronach in Richtung Saalfeld geflüchtet. Auch der neue Koadjutor von Bamberg, der Würzburger Fürstbischof Fechenbach, der am 26. Mai 1800 vom Bamberger Domkapitel gewählt worden war, hatte sich in die neutralen Thüringer Staaten begeben.⁹¹ Auf Weisung Busecks übernahm die fürstbischöfliche Regierung als Kollektivorgan die politische Führung des Hochstifts. Sie firmierte ab dato unter dem umständlichen Titel *Der zur Administrirung der Staatsgewalt autorisirte außerordentliche Senat*.⁹² Aus Furcht vor willkürlichen Beschlagnahmungen wurden alle öffentlichen Kassen und Depositengelder nach Kronach gebracht.⁹³ Um einer Geiselaushebung, wie 1796 geschehen, vorzubeugen, verfügte der Fürstbischof vor seiner Abreise ausdrücklich, dass die Senatssessionen entweder

90 SCHUSTER, Fürstbischöfe, S. 127.

91 BERBIG, Hochstift Bamberg, S. 406.

92 StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 1240, Regierungsprotokolle, Conclusum Regiminis vom 14. Juli 1800.

93 StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 1241, Regierungsreskripte und -resolutive, Entschließung des Fürstbischofs vom 5. Juli 1800.

im Universitäts- oder im Gebäude des Katharinenspitals, also auf der „kaiserlichen“ Stadtseite, abzuhalten waren.⁹⁴

Kurz nach Abschluss des Waffenstillstandes erreichte ein offizielles Schreiben Moreaus die Bamberger Regierung.⁹⁵ Der französische General eröffnete darin den örtlichen Autoritäten seinen Entschluss, eine Kriegskontribution in Höhe von 600.000 Livres für das Hochstift Bamberg anzusetzen.

Wie schon 1796 sollte es auch vier Jahre später nicht bei der Forderung von Geldmitteln bleiben. Sehr zum Missfallen der Bamberger Verantwortlichen kündigte der französische Platzkommandant der von den Franzosen besetzten Bergstadt unter anderem umfangreiche Tücherrequisitionen an. Die geforderte Menge Tuch war offenbar so groß, dass sie unmöglich in der vorgegebenen Frist zur Verfügung gestellt werden konnte, zumal der kaiserliche Platzkommandant der Stadtseite rechts der Regnitz verboten hatte, Waren aus dem kaiserlichen in den französischen Teil Bambergs auszufahren.⁹⁶ Seitens des Senats fürchtete man jedoch bei einer allzu rigorosen Ablehnung der Requisitionsforderung Übergriffe der Franzosen oder gar die Plünderung der Magazinvorräte auf der Bergstadtseite. Zur Entschärfung dieser Besorgnis erregenden Situation führte Hofkanzler Pabstmann ein langes Gespräch mit dem französischen Kommandanten, das eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens schaffen sollte. Eine Einigung in der Sache konnte hierbei allerdings nicht erreicht werden.

Um das Problem der Kontribution im Sinne Bambergs zu lösen, wurde Hofkriegsrat von Reider zu einer diplomatischen Mission in das Hauptquartier Moreaus nach Augsburg entsandt. Sein Auftrag bestand darin, bei dem französischen Obergeneral vorzusprechen und nach Möglichkeit eine Minderung der Kontribution zu erreichen. Der Briefwechsel zwischen Reider und dem geschäftsführenden Bamberger Senat ist in Abschrift vollständig überliefert und verdient insbesondere wegen der Betrachtungen über das diplomatisch klügste Vorgehen und der Beschreibung der „Gerüchteküche“ im Moreauschen Haupt-

94 StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 1241, Regierungsreskripte und -resolutive, Entschließung des Fürstbischofs vom 16. August 1800.

95 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 843 II, Senatsprotokoll vom 28. Juli 1800.

96 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 843 II, Senatsprotokoll vom 10. August 1800.

quartier, in dem sich eine Unzahl Gesandter kleinerer Reichsstände eingefunden hatte, eine eigene Untersuchung.⁹⁷

Reiders beharrliche Versuche, bei Moreau persönlich vorstellig zu werden, zeitigten schließlich Erfolg. Als Hauptargument für eine Reduzierung der Kontribution wurde der Umstand angeführt, dass lediglich drei (Ober-)Amtsbezirke des Hochstifts von den Franzosen besetzt waren, während der Rest jenseits der Parsdorfer Demarkationslinie lag. Dem Bericht des Gesandten zufolge zeigte sich Moreau gegenüber dieser Darlegung einsichtig, nachdem ihm Reider anhand einer farbigen Karte die territoriale Situation im Fürstbistum verdeutlicht hatte.⁹⁸ Eine endgültige Entscheidung hinsichtlich der Kontribution wurde aber trotz dieser beherzten Intervention nicht getroffen.

Derweil erreichten den Senat Nachrichten über neue Pläne der in Mergentheim ansässigen französischen Kontributionskommission, die für die fränkischen Kreisstände eine veränderte Kontributionsordnung angesetzt hatte. In einem Senatsprotokoll von Ende August 1800 wird die Summe von 1,5 Millionen Livres, also mehr als das Doppelte der von Moreau festgesetzten Summe, für das Hochstift genannt.⁹⁹ Reider wurde sofort nach Mergentheim beordert, um diesen neuen Plänen entgegenzuwirken. Genährt durch eine Vielzahl von Gerüchten über ganz unterschiedliche Kontributionssummen setzte nun eine hektische Pendeldiplomatie ein, die Reider in der Folge nach Augsburg, München, Mannheim, Frankfurt und Mergentheim führte.¹⁰⁰

Auf der Oberen Brücke waren Ende September 1800 französische Grenadiere in Stellung gegangen; ihnen gegenüber lagen nach wie vor die befestigten Posten der Blankensteiner Husaren. Einem Bericht der „Bamberger Zeitung“ zufolge verlief der Personenverkehr über die Regnitz hinweg jedoch ohne Einschränkungen. Selbst die jährliche Herbstmesse konnte wie geplant abgehalten werden.

97 Die Korrespondenz findet sich in den Akten StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 843 II, sowie StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 1023.

98 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 843 II, Bericht Reiders vom 13. August 1800.

99 Der Fränkische Kreis sollte nach Berechnung der Regierung insgesamt 5.780.000 Livres an Kontributionen zahlen. Grundlage der Bemessung waren die jährlichen Einnahmen der Kreisstände, wobei für einen Gulden vier Livres berechnet wurden. StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 1019 VII, Fränkischer Kreis, Revolution und Napoleon-Kriege, Kriegskosten 1799–1801, Regierungsprotokoll vom 29. August 1800.

100 Zwischen Ende August und Anfang Oktober 1800 kursierten Gerüchte über Kontributionssummen von 200.000 bis 1,5 Millionen Livres, vgl. bspw. StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 1240, Regierungsprotokolle, Conclusum Regiminis vom 30. August 1800.

In Tagesbefehlen reglementierten die französischen Kommandeure die Einquartierung und Verköstigung der Soldaten. Sonderrequisitionen auf Anordnung einzelner Offiziere waren bei schärfster Strafandrohung untersagt. Wie schon bei der Besetzung im Jahr 1796 ist aber ungeachtet dessen davon auszugehen, dass es im Stadtgebiet vereinzelt zu Requisitionen unbestimmten Ausmaßes kam. In einem Brief an den jungen Erzherzog Johann beklagte Fürstbischof Buseck Gewalttätigkeiten und Willkür auf der französisch besetzten Seite der Stadt, wohl auch um nicht erfolgte Materiallieferungen an die kaiserliche Armee zu rechtfertigen, die man angesichts der aufgelaufenen Belastungen nicht mehr zu leisten bereit oder im Stande war.¹⁰¹

Trotz seines in der gespannten Situation der Waffenruhe denkbar engen Handlungsspielraums versuchte der Bamberger Senat, Erleichterungen für die Bürger und das fürstbischöfliche Ärar zu erreichen. So bemühte er sich in direkten Verhandlungen mit den Kommandeuren um den Abzug der Franzosen aus dem Hochstiftsteil links der Regnitz. Mittels direkter Geldzuwendungen an die anwesenden Generäle, die sich vornehmlich im Hauptquartier in Ebrach aufhielten, sollte die Verlegung des Sitzes der Armeeführung nach Bamberg und damit die Einquartierung zusätzlicher Soldaten, insbesondere vieler hochrangiger Offiziere, in der Stadt verhindert werden. Die Verhandlungen in Ebrach führten die Hofräte Fracassini und Reider. Der aus Bamberg geflüchtete Fürstbischof Buseck wurde mithilfe kurzer Rapporte über den Stand der Verhandlungen auf dem Laufenden gehalten. Er gab den Hofräten Ratschläge zum weiteren Vorgehen und entschied strittige Punkte. Nichtsdestotrotz war es der Senat, der in der konkreten politischen Situation im Herbst 1800 das Heft des Handelns in der Hand hatte, eigenständig agierte und initiativ tätig wurde.

Fracassini und Reider erreichten ein Moratorium der Lebensmittelforderungen der französischen Armee und bedungen sich außerdem eine Ratenzahlung der Kontributionssumme aus. Weiter reichende Vorschläge des Senats, die zum Ziel hatten, schrittweise die Kontrolle über die Stadtverwaltung zurückzuerlangen, bestanden in den folgenden drei Punkten: Erstens sollten alle Wachposten und das Zuchthaus auf der Bergstadtseite wieder mit Angehörigen der Bürgermiliz besetzt werden, nötigenfalls auch gemeinsam mit französischen Soldaten; zweitens sollte

101 StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 1241, Regierungsreskripte und -resolutive, Brief Fürstbischof Busecks an Erzherzog Johann vom 2. Oktober 1800 (Abschrift).

nach Möglichkeit für das Krankenhaus eine besondere Sicherheitsgarantie des kommandierenden Generals Souham erreicht und drittens eine Sondererlaubnis für die Bamberger Soldaten erwirkt werden, damit diese sich ungehindert in der ganzen Stadt bewegen durften.¹⁰²

In den Berichten der beiden Hofräte über die Verhandlungen in Ebrach klingen Hoffnung und Zuversicht an, da sich der französische General dem Anliegen der Senatsgesandten zugänglich zeigte. Wie sich später herausstellte, spielte Souham jedoch ein doppeltes Spiel. Aller geleisteten Überzeugungsarbeit seitens der Bamberger Führung zum Trotz wurde das Hauptquartier der gallo-batavischen Armee schließlich doch nach Bamberg verlegt. Gegen mehrere umfangreiche Geldgeschenke, die die Unterhändler nach Ebrach gebracht hatten, hatte Souham zwar alle Naturalienrequisitionen aufgehoben, war zu diesem Schritt jedoch gar nicht berechtigt gewesen, da dies nur in der Kompetenz des zuständigen (zivilen) französischen Oberkommissars lag.

Die Bamberger Verantwortlichen hatten Souhams Worten Glauben geschenkt, schon weil sie froh waren, offenbar einen französischen General als Fürsprecher gewonnen zu haben. Als aber keine Verbesserung der Gesamtlage in der Residenzstadt eintrat, regten sich im Senat erste kritische Stimmen, die die bisherige Verhandlungstaktik – eindringliches Werben um Verständnis für die Position der Bamberger Führung bei gleichzeitigen üppigen Zuwendungen an die militärischen Kommandeure – in Frage stellten.¹⁰³ Da nun aber just in dieser Phase der taktischen Neuorientierung eine Reise Souhams zu Moreau bevorstand und man die Hoffnung hegte, dass Souham sich im Hauptquartier des Oberkommandierenden für die Sache Bambergs einsetzen würde, entschloss sich der Senat trotz aller Bedenken, erneut Geldgeschenke im Wert von 300 Louis d’Or an ihn zu senden, um ihn gewogen zu stimmen. Wie ein Damoklesschwert hing dabei die Befürchtung über den handelnden Akteuren auf Bamberger Seite, dass Souham bei zu geringer Würdigung seiner Person durch die Unterhändler gewissermaßen als Strafmaßnahme hunderte zusätzliche Soldaten in die hochstiftischen Lande verlegen könnte. Aus den Senatsprotokollen geht eindrücklich hervor, dass sich die Senatsmitglieder dieser Gratwanderung mit ungewissem Ausgang durchaus bewusst waren.¹⁰⁴

102 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 843 II, Senatsprotokolle vom 3. und 5. Oktober 1800.

103 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 843 II, Senatsprotokoll vom 8. Oktober 1800.

104 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 843 II, Senatsprotokoll vom 11. Oktober 1800. Bei den Verhandlungen zwischen Souham und dem Gesandten des Hochstifts, Hofrat von Gross, agierte der

In den Überlegungen des Senats über die angesichts der prekären Finanzlage des Hochstifts vorteilhafteste Lösung fanden eingehende Nachrichten von anderen Reichsständen Erwähnung, die ebenfalls mittels Geschenken an hochrangige Offiziere eine Minderung der auferlegten Kontribution erreicht hatten, so etwa die Reichsstädte Frankfurt und Augsburg.¹⁰⁵ Man kann davon ausgehen, dass Hofrat Reider diese Erkenntnisse auf seinen verschiedenen Missionen gewonnen hatte. Auch das benachbarte Hochstift Würzburg hatte es mit einer engagierten Verhandlungsoffensive offenbar fertig gebracht, die ihm auferlegte Kontribution um ein Drittel zu verringern.¹⁰⁶

Souhams Bericht bei Moreau zeitigte trotz aller Vorbehalte Wirkung. Berechnungen des Senats von Ende Oktober 1800 zeigen, dass trotz noch fehlender offizieller Forderungen intern schon über eine wesentlich geringere Kontributionssumme von umgerechnet knapp einer Viertelmillion Gulden spekuliert wurde.¹⁰⁷ Eine ganz andere Summe an Kontribution und Requisitionen, die dem Hochstift auferlegt worden war, nennt Kestler.¹⁰⁸ Ohne Quellenangabe berichtet er von einer Forderung Augereaus, die 150.000 Livres, 6.000 Paar Schuhe, 15.000 Röcke sowie 60 Pferde umfasste. Es ist durchaus denkbar, dass der französische General im Spätherbst 1800 eine derart stark verminderte Summe ansetzte, um die anhaltende Auseinandersetzung über die Höhe der Beiträge zu beenden. In den Regierungskripten von November und Dezember 1800 ist die Summe von 160.000 Livres

französische Emigrantenpriester P. Georg Peter als Dolmetscher. Peter stammte aus Saarlautern und war 1798 ins Hochstift Bamberg gekommen. Im November 1800 würdigte der Senat Peter, der seit vier Monaten kritische Aufträge für die Regierung *mit zuvorkommendem Eifer und lebhafter Theilnahme, so den Namen Patriotismus verdient habe*, ausgeführt hätte. Da er bisher weder eine Entlohnung erhalten noch sich von den französischen Militärs hatte korrumpieren lassen, empfahl man angesichts seiner dürftigen Lebensumstände eine anerkennende Gratifikation: StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 1240, Regierungsprotokolle, Conclusum Regiminis vom 24. November 1800. Peter arbeitete den Angaben des Senats zufolge in der Redaktion der „Bamberger Zeitung“, die von einem anderen französischen Emigranten herausgegeben wurde, Gérard Gley, vgl. WINKLER, Emigranten der Französischen Revolution, S. 123–131, 191.

105 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 843 II, Senatsprotokoll vom 14. Oktober 1800.

106 StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 1240, Regierungsprotokolle, Conclusum Regiminis vom 4. Oktober 1800. Sowie StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 843 II, Senatsprotokoll vom 22. Oktober 1800.

107 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 843 II, Senatsprotokoll vom 29. Oktober 1800.

108 Stefan KESTLER, Das Ende des Hochstifts Bamberg – Franzosen und Bayern in Forchheim, in: Forchheim in Geschichte und Gegenwart. Beiträge aus Anlass der 1200-Jahr-Feier, hrsg. von Hermann AMMON, Bamberg² 2005, S. 213.

erwähnt, die augenscheinlich als veränderte Verhandlungsgrundlage diene. Der Ausgang dieser Angelegenheit ist aus den Bamberger Akten nicht mit letzter Klarheit zu ermitteln.

Im Oktober 1800 hatte das französische Armeekommando, das inzwischen nach Bamberg verlegt worden war, Befehle erlassen, welche die Verpflegung der einquartierten Soldaten regelten. Man beließ es in etwa bei den Rationen, die schon bei der Besetzung von 1796 gegolten hatten. Jedwede Requisition ohne Zustimmung eines Generals wurde unter schwere Strafe gestellt, was im Umkehrschluss wohl bedeuten muss, dass es bis dato zu willkürlichen Aneignungen von Geld und Naturalien durch französische Armeeangehörige gekommen war.¹⁰⁹ Ende Oktober spitzte sich die Lage in der Stadt zwischenzeitlich zu, da das Gerücht umging, der Waffenstillstand sei aufgekündigt worden. Der Geschäftsverkehr über die Regnitzbrücken wurde vorübergehend untersagt. Die Furcht vor einer Geiselaushebung durch die Franzosen bewegte den Senat zu dem Entschluss, eine größere Summe Lösegeldes vorrätig zu halten, um im Ernstfall sofort reagieren zu können.¹¹⁰

Im November 1800 begann eine neue Requisitionswelle der französischen Armee. Aus dem Schriftverkehr des Senats geht hervor, dass ein dringender Bedarf an Capotröcken und anderen Tuchwaren vorlag. Außerdem forderte der französische Oberkommissar Favier Lebensmittel im Umfang von etwa 2.500 Zentnern Korn, 833 Zentnern Weizen, 2.000 Zentnern Heu, 2.000 Säcken Hafer und über 150.000 Pfund Rindfleisch ein.¹¹¹ Diese Viktualien sollten gemäß der Order des stellvertretenden Kommandanten der in Bamberg kantonierten Armee, Brigadegeneral Des Bruslys (in den Quellen stets Desbruslys), nach Heilbronn geliefert werden. Da nach Angaben des Senats die Menge der eingeforderten Güter die in Bamberg vorhandenen Ressourcen um ein Vielfaches überstieg, beauftragte man erneut den verhandlungserprobten Hofrat Reider mit der Abwicklung dieser Verpflichtung. Er sollte die Güter in einem auswärtigen Staat in der Nähe des angegebenen Ablieferungsorts Heilbronn aufkaufen, um somit auch gleich die anfallenden Transportkosten minimieren zu können.¹¹² Reider begab sich daraufhin zunächst nach Augs-

109 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 843 II, Tagesbefehle aus dem Hauptquartier in Bamberg vom 9. und 11. Oktober 1800.

110 StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 1240, Regierungsprotokolle, Conclusum Regiminis vom 17. November 1800.

111 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 843 II, Senatsprotokoll vom 11. November 1800.

112 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 843 II, Senatsprotokoll vom 12. November 1800.

burg, wo er mit dem Oberkommissar Favier zusammentraf, um erneut über die dem Hochstift auferlegten Belastungen zu verhandeln.¹¹³

Im November 1800 konzentrierten die Franzosen größere militärische Abteilungen in Bamberg. Die Personenkontrollen auf den Regnitzbrücken wurden verschärft. Der Grund hierfür war, dass am 16. November mit zwölf­tägiger Frist der Parsdorfer Waffenstillstand von den Franzosen aufgekündigt worden war. Am Morgen des 28. November 1800 lief dieser endgültig aus. Zuvor hatte das k. k. Militärkommando verfügt, die Kommunikation und den Verkehr zwischen beiden Stadthälften ganz einzustellen, um einer Geiselaushebung durch die Franzosen zuvorzukommen. Alle Verantwortlichen der Stadtverwaltung hatten sich bereits auf der „kaiserlichen“ Seite eingefunden.¹¹⁴

Überraschenderweise zogen die Franzosen am 26. November, also kurz vor Ende des Waffenstillstands, aus Bamberg ab, sodass Simbschen mit seinen Truppen ungehindert auf die Bergstadtseite marschieren konnte. Der unerwartete Rückzug der Franzosen aus der Stadt hatte die kaiserliche Armee ihre gut gesicherte Postenlinie entlang der Regnitz aufgeben lassen, was sich zu einem fatalen taktischen Fehler auswuchs. Anfang Dezember kam es zu mehreren Gefechten westlich und südwestlich von Bamberg, in Folge derer Simbschen wieder weit zurückweichen musste. Nur neun Tage nach dem Abzug der Franzosen wurde Bamberg am 5. Dezember, diesmal vollständig, von ihnen besetzt. Die Österreicher zogen sich derweil in Richtung Forchheim zurück.

3.3 Die zweite französische Besetzung Bambergs von Dezember 1800 bis April 1801

Nachdem eine etwa 800 Mann starke französische Garnison in Bamberg installiert worden war, rückte ein Großteil der Truppen gegen Forchheim vor. Die Generäle Duhesme, Barbou und Treilhard nahmen mit ihren Stäben in der Neuen Residenz Quartier. Als Platzkommandanten und Garnisonsvorsteher fungierten erst Brigadeführer Razont, der zunächst im Künsbergschen, später im Stauffenbergschen Haus logierte, ab Februar 1801 dann der Bataillonschef Chauvel, welcher sich im Red-

¹¹³ StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 843 II, Berichte Reiders aus Augsburg vom 15., 19., 20. und 22. November 1800.

¹¹⁴ StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 843 II, Senatsprotokoll vom 15. November 1800.

witzschen Hof einquartierte.¹¹⁵ Auch General Augereau siedelte am 10. Dezember von Ebrach nach Bamberg über. Zu diesem Zeitpunkt erhob er möglicherweise eine neue Kontributionsforderung.¹¹⁶ Im Verlauf des Dezembers kam es entlang der Regnitz immer wieder zu kleineren Scharmützeln mit den Blankensteiner Husaren, obwohl inzwischen auch Forchheim und Nürnberg von den Franzosen besetzt worden waren. Augereau verließ am 19. Dezember die Stadt Bamberg, folgte der Hauptkampflinie und quartierte sich schließlich in Herzogenaaurach ein.

Zuvor hatte sich der General um die Herauslösung des Fürstbistums Bamberg aus der antifranzösischen Koalition bemüht, indem er Fürstbischof Buseck Verhandlungen über einen Separatfrieden anbot. Diese Offerte barg den Vorteil, dass dem Hochstift die Neutralität und damit eine Befreiung von den enormen Kosten der Kontribution und sonstigen Kriegslasten in Aussicht gestellt wurde. Trotz eiliger Beratungen, unter anderem mit Koadjutor Fechenbach, über das Für und Wider eines Separatfriedens hielt Buseck letztlich an seiner bisherigen politischen Leitlinie fest und lehnte eine derartige Konvention mit Blick auf seine Stellung als Reichsstand ab.¹¹⁷

Unter dem Eindruck des scheinbar unaufhaltsamen Vordringens der Franzosen und der katastrophalen Niederlage der Österreicher bei Hohenlinden am 3. Dezember wurde in Steyr wieder über einen Waffenstillstand verhandelt, welcher am 25. Dezember unterzeichnet wurde und am 1. Januar 1801 in Kraft trat. Die regionalen Konsequenzen dieser Übereinkunft bestanden darin, dass nun auch das Obermaingebiet mit Lichtenfels, Staffelstein und Baunach, des Weiteren die Ortschaften rechts der Regnitz, etwa Forchheim und Baiersdorf, an die Franzosen fielen.¹¹⁸

Zu indirekten Verhandlungen zwischen General Augereau und Fürstbischof Buseck kam es im Januar 1801 durch einen Abgesandten, Hofrat von Lochner. Wie sich schnell zeigte, war keine der beiden Parteien bereit, grundsätzliche Positionen zu räumen, was eine Verständigung unmöglich machte. Auch neuerliche Sondierungsgespräche, die Professor Gérard Gley, ein französischer Emigrantpriester und Herausgeber der „Bamberger Zeitung“, Anfang Februar 1801 im Auftrag des Fürstbischofs mit Augereau führte, konnten die Differenzen nicht beile-

115 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 979, Französischer Einfall 1796 [*sic!*], Verhandlung über die Tafelgelder der hochrangigen französischen Offiziere in Bamberg.

116 Wie Anm. 108.

117 BERBIG, Hochstift Bamberg, S. 406–408.

118 SCHUSTER, Fürstbischöfe, S. 151.

gen, sodass erst der Friede von Lunéville den kriegerischen Auseinandersetzungen auf Bamberger Gebiet Einhalt gebot und die französische Okkupation beendete.¹¹⁹

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Bamberger Bürger mit Einquartierungen der französischen Soldaten zu leben. Offenbar war deren Disziplin wie schon 1796 ein gravierendes Problem. Es kam zu derart vielen Ausschreitungen, dass sich Generalleutnant Duhesme genötigt sah, *den Einwohnern der Stadt Bamberg und der ganzen Gegend einen nicht undeutlichen Beweis zu geben, wie fest der General Lieutenant entschlossen ist, den Personen und dem Eigenthume Achtung zu verschaffen, und durch die strengste Mannszucht die öffentliche Ruhe zu behaupten.*¹²⁰ Vier Punkte wurden festgesetzt:

1. Die Kommandanten und Offiziere sollten grundsätzlich bei ihrem Korps verbleiben und dort persönlich die Aufsicht führen,
2. die Namen der Mannschaften sollten viermal täglich verlesen werden,
3. der Platzkommandant hatte Streifen in die Stadt auszuschicken und
4. die Soldaten, die bei den Appellen nicht anwesend seien, sollten gefasst und ins Hauptquartier gebracht werden.

Sollten sich auch nach dieser Regelung noch Klagen gegen die Soldaten erheben, hätten diese zur Strafe auf freiem Feld zu lagern – im tiefsten Winter keine erfreuliche Aussicht. Es fällt auf, dass es der französischen Generalität offenkundig sehr wichtig war, Ausschweifungen ihrer Mannschaften zu begrenzen. Die Soldaten sollten aus ihrer Sicht von der Bevölkerung weniger als Besatzungstruppen wahrgenommen werden, sondern vor allem als Repräsentanten einer besseren, weil auf den Idealen von Aufklärung und Revolution aufgebauten Nation. Trotz dieser generellen Reglementierungen mussten immer wieder Präzisierungen der Befehle ausgegeben werden.¹²¹

Zu einem stadtweit Aufsehen erregenden Ereignis kam es im Januar 1801: Die aus dem Hochstift Würzburg stammenden Personen Leutheuser, Kömb, Weiß, Krapp und Molitor wurden in Bamberg vor ein französisches Kriegsgericht gestellt. Die Anklage warf diesen fünf Individuen vor, am 1. Dezember 1800, also zum Zeit-

119 BERBIG, Hochstift Bamberg, S. 408–411.

120 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 1106, Bambergensia 1800, Befehl des General-Lieutenants Duhesme aus dem Hauptquartier in Bamberg vom 8. Dezember 1800.

121 Beispielsweise StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 1106, Bambergensia 1801, Verordnung des Platzkommandanten vom 18. Januar 1801 für die Verpflegung der französischen Unteroffiziere und Soldaten, die bei Bamberger Bürgern einquartiert sind.

punkt der andauernden Gefechte zwischen Franzosen und Österreichern, den französischen Bataillonschef Bontemps und den Hauptmann Duceillier im Stettener Wald bei Karlstadt am Main ermordet zu haben.¹²² Die Verdächtigten waren schnell gefasst und sollten nach Bamberg überstellt werden. Dreien der Angeklagten gelang während des Transports die Flucht, sodass gegen sie nur in Abwesenheit verhandelt werden konnte. Vor dem Gericht, das unter dem französischen Brigadechef Watier am 22. Januar 1801 öffentlich tagte, erschienen daher nur Kömb und Leutheuser. Der Hofgerichtsadvokat und nachmalige Bamberger Bürgermeister Hornthal fungierte bei diesem Prozess als Verteidiger.¹²³ Nach Schusters empathischer Beschreibung

bemühte sich [Hornthal] den Mangel des Beweises zu beleuchten und die ihm am Tage zuvor mitgetheilten französischen Zeugnisse zu Gunsten seiner Klienten zu verwerthen; er sprach warm und überzeugend, machte mit der Vertheidigungsrede einen tiefen Eindruck auf die Zuhörerschaft, aber das Kriegsgericht erachtete die Angeklagten für schuldig und sprach nach vierstündiger Sitzungsdauer über dieselben das Todesurtheil aus.¹²⁴

Zwar wurde am Folgetag noch eine Revisionsverhandlung geführt, die Beschwerde jedoch eilig verworfen. Am 24. Januar um acht Uhr morgens durften die Verurteilten mit einem Priester sprechen, um zwölf Uhr dann wurden Kömb und Leutheuser zur Richtstätte in den Schießhausgarten geführt und dort nacheinander erschossen.

Am 9. Februar 1801 verkündete General Pachod in einer Rede vor der französischen Garnison den Abschluss des Friedens zu Lunéville. In den folgenden Tagen gelangten viele französische Offiziere nach Bamberg, welche die Österreicher im Rahmen des im Friedensvertrag festgelegten Austausches von Gefangenen freigelassen hatten.¹²⁵ Am 28. März 1801 begann der Abzug der Franzosen aus der Stadt, der in der ersten Aprilwoche abgeschlossen werden konnte.¹²⁶ Abgesehen

122 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 1106, Bambergensia 1801, Urteil eines französischen Kriegsgerichtes in Bamberg gegen fünf des Meuchelmordes angeklagte Personen vom 22. Januar 1801.

123 SCHUSTER, Fürstbischöfe, S. 154–156.

124 Ebenda, S. 155.

125 Ebenda, S. 157.

126 StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 1242, Regierungsprotokolle, Conclusum Regiminis vom 29. März 1801.

von der kurzen Unterbrechung vom 26. November bis zum 5. Dezember 1800 dauerte die französische Besetzung – zeitweise nur eines Teils – von Bamberg im 2. Koalitionskrieg beinahe ein dreiviertel Jahr. Man kann sich leicht vorstellen, welche Belastung die lange Okkupationszeit für die Einwohnerschaft bedeutet hatte. Einquartierungen, Übergriffe, Erpressungen, Angst vor willkürlichen Requisitionen und das herrschende Kriegsrecht, all dies war Bestandteil des Lebens der Bürger Bambergs geworden.¹²⁷

Nur einige Wochen nachdem die Franzosen die Stadt geräumt hatten, kehrte am 22. April 1801 Fürstbischof Buseck, der sich seit Juli 1800 erst in Saalfeld, dann in Coburg und schließlich in Kronach aufgehalten hatte, in seine Residenzstadt zurück. Da sich im Frühjahr die Klagen von Bewohnern des Hochstifts häuften, die eine Entschädigung der während der Besetzung entstandenen Auslagen an Geld und Naturalien forderten, setzte Buseck im Mai 1801 eine Kommission zur Überprüfung aller im Krieg angefallenen Lasten unter dem Vorsitz des Hofkriegsrats und Obermarschkommissars Martin ein. Diese sollte eingehende Rechnungen, Quittungen und Belege aller Art, die Aufwendungen für Einquartierungen und Requisitionen dokumentierten, sammeln und gegebenenfalls über eine Entschädigung befinden. Neben vielen anderen Petenten wandte sich auch der Abt des Klosters Langheim, Candidus Hemmerlein, im Oktober 1801 an die Kommission mit der Frage, ob er die von Augereau für sein Kloster angesetzte Kontribution von 6.000 Livres von den jährlichen Dezimationsbeiträgen absetzen dürfe.¹²⁸ Eine Vielzahl von kleineren Summen, die etwa Gastwirte aus der Stadt Bamberg, welche für die Verpflegung der französischen Offiziere aufgekommen waren, der hochstiftischen Finanzverwaltung in Rechnung stellten, gingen ebenso bei der Kommission ein wie eine Aufstellung der Ausgaben für Tafelgelder der französischen Generäle, Brigade- und Stadtgarnisonschefs sowie des französischen Kriegskommissars, die allesamt vom fürstbischöflichen Hof bestritten worden waren.¹²⁹

127 Trotz dieser schweren Belastungen ist darauf hinzuweisen, dass es anscheinend auch Phasen geringerer Spannungen gegeben hat. Zum Beispiel verweist SCHUSTER auf öffentliche Lustbarkeiten, etwa ein Ballett im Oktober 1800 und zwei große Bälle am 27. Januar und 11. Februar 1801, die von den Franzosen ausgerichtet wurden, vgl. SCHUSTER, Fürstbischöfe, S. 134f., 156.

128 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 1106, Bambergensia 1801, Ansuchen des Abts Candidus von Langheim vom Oktober 1801.

129 StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 1107, Bambergensia 1802, Rechnungen von Gastwirten aus Bamberg für die Verpflegung französischer Offiziere; des Weiteren Erstattungsfordernungen aus Herzogenaurach und Steinwiesen. Der größte Einzelposten ergab sich aus besagten Tafelkosten in

Die Entschädigungskommission bestand bis zur Besetzung Bambergs durch bayerische Truppen im September 1802. Eine Endabrechnung ist in den Bamberger Aktenbeständen nicht auffindbar.

3.4 Die Versorgung der Kranken und Verwundeten

Um nicht gänzlich von den Sanitätseinrichtungen in der Stadt Bamberg abhängig zu sein, hatten die Österreicher schon im September 1800 die Einrichtung eines größeren Lazarett in der Jägersburg bei Eggolsheim angeregt.¹³⁰ Die Ausstattung desselben ließ allerdings viel zu wünschen übrig. Von Simbschen beschwerte sich aus diesem Grund in äußerst ruppigem Ton bei der Regierung und forderte die notwendige materielle Ausstattung ein. Die Bamberger Regierung war ob dieser Umgangsformen ernstlich irritiert und beklagte *die schreiende Ungerechtigkeit so eines Benehmens gegen einen bis zur Ohnmacht für den allerhöchsten Dienst ohnehin schon sich aufgeopferten Reichsstand, zumal man sich auch nicht zu erinnern weiß, dem Herren Feldmarschall Lieutenant während dessen Hiersein auf irgendeine Art begegnet zu seyn, wodurch dessen Unwillen gegen die diesseitigen erschöpften Lande auch nur im Mindesten hätte gereizet werden können.*¹³¹ Das Spital in der Jägersburg existierte bis in den März 1801 und sollte nach dem Friedensschluss von Lunéville in das Schloss Marloffstein im Amt Neunkirchen verlegt werden.¹³²

Wie schon während des 1. Koalitionskrieges war auch 1800/01 das Bamberger Krankenhaus ein wichtiges Zentrum der medizinischen Versorgung. Trotz dessen Lage auf der Bergstadtseite waren dort auch kaiserliche Soldaten über mehrere Tage behandelt worden, beispielsweise im Oktober 1800 sieben Angehörige des Blankensteiner Husaren- und des Löwensteiner Dragoner-Regiments.¹³³ Nach Wie-

Höhe von über 10.000 Gulden: StadtABa, D 3001 Rep. 3, Nr. 979, Vortrag über die Tafelkosten der französischen Generäle und kommandierenden Offiziere vom 18. August 1802.

130 StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 1588, Obereinnahmeprotokolle, Protokoll vom 28. September 1800. Dazu auch StABa, Geheime Kanzlei, Nr. 1589, Obereinnahmereskripte und -resolutive, Genehmigung des Vorhabens durch den Fürstbischof vom 25. September 1800.

131 StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 1588, Obereinnahmeprotokolle, Entwurf eines Schreibens an Feldmarschall-Lieutenant von Simbschen vom 8. November 1800.

132 StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 1454, Hofkammerreskripte und -resolutive, Entschließung des Fürstbischofs vom 7. März 1801.

133 StadtABa, C 26, Nr. 703, Stiftungsverwaltung: Franz Wick aus Ungarn, 19 Tage; Daniel Tölteschen aus Ungarn, 19 Tage; Karl Klein aus Berlin, 60 Tage; Carl Berchtold aus Stuttgart, 18

deraufnahme der Kampfhandlungen wurden viele Angehörige der französischen Armee, die während der Gefechte im Winter 1800/01 Verwundungen davongetragen hatten, im Krankenhaus erstversorgt und nach Herstellung ihrer Transportfähigkeit per Schiff und auf Karren in Etappenstädte wie Schweinfurt und Würzburg bzw. Ebrach und Kitzingen gebracht.

Schuster zitiert einen eindrücklichen Bericht, der schlaglichtartig die Situation im Krankenhaus am 26. Dezember 1800 beleuchtet:

Täglich werden hier Verwundete der Division Duhesme eingebracht. Schon sind 250 Kranke und Verwundete aus den hiesigen Spitälern nach Klosterbrach und von da nach Kitzingen abgeführt werden [sic!]. Mehr als 100 größtentheils Schwerverwundete liegen noch dahier im Allgemeinen Krankenhaus. Sie sind fast größtentheils durch Kugelschüsse verwundet. Die innerlichen Krankheiten der Franzosen sind größtentheils Lungenentzündungen. [...] Es sind jetzt zwei große Spitäler, die bei 300 Kranke fassen, hier eröffnet und eingerichtet, gefüllt mit Franzosen und Kaiserlichen. Die franz. Generäle und Offiziere sind so außerordentlich mit der Aufnahme und Pflege ihrer Kranken und Verwundeten zufrieden, daß sie die schmeichelhaftesten Zuschriften sowohl an die fürstbischöfliche Regierung als an Hofrath Dr. Marcus, welchem die Regierung die Einrichtung der Spitäler überlassen hat, ergehen ließen. Was die Behandlung und Verpflegung dieser Kranken erleichtert, ist die Anwesenheit einer größeren Anzahl junger und hoffnungsvoller Aerzte, welcher unter Aufsicht der Professoren Dr. Dr. Dorn, Röschlaub, Gotthardt, Scheuring etc. sich dem ärztlichen und wundärztlichen Dienste unterziehen.¹³⁴

Die Arbeits- und Organisationsleistung, die der Direktor des Krankenhauses, Adalbert Friedrich Marcus, in dieser Unruhezeit erbrachte, gereichte ihm zur Anerkennung sowohl der Zeitgenossen als auch der Nachwelt. Selbst bei den französischen Kommandeuren erfreute sich der umtriebige Arzt großen Vertrauens. So wurde er während der französischen Besetzung nicht nur im Direktorium des Allgemeinen Krankenhauses belassen, sondern erhielt auch die Oberaufsicht über alle in der Nähe angelegten französischen Spitäler.¹³⁵ Im Dezember 1800 wurden insgesamt vier Militärlazarette eröffnet.

Tage; Ludwig Danhäuser aus Bamberg, 18 Tage; Trehin Maseo aus Dula (wahrscheinlich Tula) in Russland, 21 Tage, und Franz Viragh, 10 Tage.

¹³⁴ Diesen Bericht zitiert SCHUSTER ohne Quellenangabe, vgl. SCHUSTER, Fürstbischöfe, S. 148f.

¹³⁵ ROTH, Dr. Adalbert Marcus, S. 59f.

Vor dem Hintergrund stetig steigender Anforderungen an die bereitgestellten Versorgungseinrichtungen schickte der Senat Briefe an die Verwalter der sozialen Stiftungen in der Stadt mit der Aufforderung zur Unterstützung. So wurde etwa der Bamberger Bürgermeister Hornung, der qua Amt Verwalter des inneren und äußeren Kurhauses in der Siechenstraße war, beauftragt, alle entbehrlichen Betten, Bettdecken und Kissen aus den Kurhäusern dem Requisitionsamt zu übergeben, damit diese für die Einrichtung eines weiteren Lazaretts verwendet werden konnten. Sollte dieser Aufforderung nicht unverzüglich Folge geleistet werden, so der Senat, drohte die Eröffnung von Spitälern in Klöstern und Stiftungshäusern.¹³⁶ Das Verzeichnis der entbehrlichen Gegenstände, das Hornung einschickte, war kurz. Mehr als ein paar Kissen, eine Matratze und einige Polster konnte oder wollte er dem Krankenhaus nicht zur Verfügung stellen.¹³⁷

Auch dem Waisenhaus am Kaulberg ging der Brief des Senats zu. Dessen Verwalter Hemmerlein beantwortete die Anfrage mit einer langen Liste von Klagen über die missliche Situation der von ihm geleiteten Stiftung. Die dortigen Bettgestelle seien durch Abnutzung kaum mehr zu gebrauchen, Neuanschaffungen kämen aufgrund von Geldmangel nicht in Frage. Auch habe der Amtsvorgänger Hemmerleins, Hübner, durch schlechtes Wirtschaften einen Fehlbetrag von 2.000 Gulden in der Kasse hinterlassen. Auf dem Waisenhaus lasteten ferner Kriegs- und Brandsteuern sowie Kontributions- und Requisitionsbeiträge. Sogar von Einquartierungen blieb es nicht verschont: Seit der Besetzung Bamberg's am 5. Dezember 1800 war ein verwundeter französischer Capitain zu versorgen – und all dies bei laufendem Betrieb. Nach der Aufzählung dieser Schwierigkeiten bat er den Senat inständig, von Forderungen an die ihm unterstellte Stiftung abzusehen.¹³⁸

Zur Ausstattung der Militärlazarette trugen trotz Widerwillens und Unpässlichkeiten viele städtische Institutionen, die Universität, das Franziskanerkloster, das Kapuzinerkloster und auch Einzelpersonen bei. Auch eine Vielzahl von Neuanschaffungen musste getätigt werden, um den Betrieb in ausreichendem Maße gewährleisten zu können.

136 StadtABa, B 9, Nr. 517, Inneres Kurhaus 1800, Brief des Senats an Bürgermeister Hornung vom 17. Dezember 1800.

137 StadtABa, B 9, Nr. 617, Äußeres Kurhaus 1800, Verzeichnis der im inneren Kurhaus befindlichen und entbehrlichen Effekten.

138 StadtABa, B 10, Nr. 126, Waisenhaus 1800, Schreiben des Waisenhausverwalters Hemmerlein an den Senat vom 18. Dezember 1800.

Als im Verlauf des französischen Abzugs Ende März 1801 Bilanz gezogen wurde, stellte sich schnell heraus, dass die Franzosen einen beträchtlichen Teil der Gegenstände, die der Krankenhausleitung zur Verteilung an die Lazarette übergeben worden waren, mitgenommen hatten. Es kam in der Folge zu anhaltenden Streitigkeiten, welche staatlichen Institutionen und welche Stiftungen sich an den entstandenen Kosten zu beteiligen hatten. Die Endabrechnung belegte, dass es ausgerechnet das Krankenhaus war, das noch Zahlungsrückstände hatte. Die beiden städtischen Requisitionsämter, die die Abrechnung erarbeitet hatten, empfahlen jedoch *in Erwägung indes, welche Vortheile sowohl die hiesige Stadt als auch das Land durch das Daseyn und die treffliche Einrichtung des Spitals während der Anwesenheit des Feindes genossen habe, und welche drückende Beschwerden hierdurch von so manchen Staatsbürgern abgewendet worden seyen*, vom Eintreiben der ohnehin geringen Summe abzusehen und diese als Geschenk des Staates an das Krankenhaus zu betrachten.¹³⁹

Laut Abrechnung waren vom 5. Oktober 1800 bis zum 26. März 1801 insgesamt 540 kranke und verwundete Soldaten der gallo-batavischen Armee im Krankenhaus versorgt worden. Renner zitiert eine Übersicht, die von Doktor Marcus eigenhändig angefertigt wurde, wonach im Jahr 1800 sogar 590 Franzosen und Holländer im Bamberger Krankenhaus behandelt worden seien.¹⁴⁰ Genaue Statistiken der Ein- und Abgänge sind in den Akten indessen nicht zu finden. Wir wissen von 29 namentlich genannten französischen Soldaten, die während ihres Aufenthaltes im Krankenhaus verstarben.¹⁴¹ In einem Ausgabenmanual wurden die Kosten für die

139 StadtABa, C 26, Nr. 633, Stiftungsverwaltung, Schreiben der städtischen Requisitionsämter an den Senat vom 26. März und 4. August 1801. Ein Jahr später, im September 1802, gab es für die Krankenhauskommission begründete Hoffnung auf einen größeren Zuschuss zu der von ihr verwalteten Stiftung. Der Mainzer Kurfürst Friedrich Karl von Erthal, Bruder des 1795 verstorbenen Bamberger Fürstbischofs Franz Ludwig, war am 25. Juli 1802 gestorben und hatte Teile seines Vermögens im Hochstift Bamberg zurückgelassen. Da kein Testament gefunden werden konnte, wurde dieses Geld qua fürstbischöflichem Erlass dem Krankenhaus zugesprochen, vgl. StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 1818, Errichtung und Betrieb des neuen Krankenspitals in Bamberg Band 1, Brief der Krankenhauskommission an den Fürstbischof vom 11. September 1802.

140 RENNER, Krankenhaus, S. 61.

141 StadtABa, C 26, Nr. 703, Stiftungsverwaltung, Manual (Januar bis April 1801) über Ausgaben für französische kranke und verwundete Kriegsgefangene und kaiserliche Soldaten. Im Einzelnen: Jean Baptiste Girard, Jean Carred, Carl Buldeaux, Louis Daun, Louis Bailly, John Kuhnlach, Maturin Dellier, Alesir Otto Dehesquelle, Brutace Dugardin, Antoine Silvany, Francois Poly, Antoine Georgin, Pierre Fouchet, Benjamin Leroy, Nouce Lallenuc, Jacques Joseph Limbourg, Jean Chevallier, Matthieu Auçiaume, Renné Lahaye Dragon, Johann Real, Ambriose Boissiere, Augustin

Bestattung der Verstorbenen mit 1 Gulden und 30 Kreuzer für den Sarg sowie 12 Kreuzer für das Herabtragen, Auskleiden und das Begräbnis veranschlagt.

Im August 1800 waren lediglich acht, von September bis Ende November 1800 nur achtzehn französische Soldaten behandelt worden. Der Monat mit dem größten Aufkommen war mit großer Sicherheit der Dezember 1800, für den jedoch keine Statistik vorliegt. Sowohl die kriegerischen Umstände als auch die in dem oben zitierten Bericht von Schuster genannten Zahlen legen dies nahe. Noch im Januar 1801 wurden insgesamt 163 Soldaten und fünf Offiziere im Krankenhaus versorgt. Das Aufkommen ging alsbald merklich zurück. Im April 1801 waren nur noch acht französische Soldaten in Behandlung.¹⁴² Da die eigentlichen Gefechte im Bamberger Raum verglichen mit den Auseinandersetzungen während des 1. Koalitionskriegs insgesamt kürzer und weniger intensiv waren, ist die im Vergleich zu 1796 geringe Anzahl von erkrankten und verwundeten Personen nicht überraschend – trotz der zeitlich längeren französischen Besetzung 1800/01.

Auch dieses zweite französische Zwischenspiel in Bamberg war nicht das letzte in dieser an Kriegen reichen Zeit. Zunächst änderten sich jedoch die politischen Rahmenbedingungen grundsätzlich. Mit dem Einmarsch bayerischer Truppen im September 1802, der formellen Inbesitznahme Bambergs durch den bayerischen Kurfürsten und der Abdankung Fürstbischof Busecks endete die fast 800-jährige Geschichte des Hochstifts. Die Koalitionskriege hingegen dauerten auch nach dem Übergang des geistlichen Fürstentums an Bayern fort.

Neueglise, Philippe Thibaut, Michel Saugé, Joseph Rauscher, Etienne Cornu, Jean Cardain, Jakob Schups und François Jamet.

142 Ebenda.

4. Von der Front- zur Etappenstadt: Bamberg während des französischen Preußenfeldzuges 1806/07

4.1 Ausgangslage

Auf die Auswirkungen der Säkularisation des Bamberger Hochstifts kann hier nicht ausführlich eingegangen werden. Sie sind in mehreren Einzeldarstellungen und in dem umfangreichen Sammelband „Bamberg wird bayerisch“ zur gleichnamigen Ausstellung detailliert aufgearbeitet.¹⁴³ Kurz seien jedoch die politischen Rahmenbedingungen nach dem Frieden von Lunéville zusammengefasst: Die Reichsstände hatten der Abtretung der linksrheinischen Territorien zugestimmt, wodurch das Kurfürstentum Bayern unter anderem die Rheinpfalz und das Herzogtum Jülich verloren hatte. Durch den Hauptschluss der Reichsdeputation vom 25. Februar 1803, der Preußen, Österreich, Kurmainz, Sachsen, Bayern, der Deutschmeister, Württemberg und Hessen-Kassel angehörten, wurden die territorialen Entschädigungen der deutschen Fürsten geregelt. Der zweite Artikel des Hauptschlusses befasste sich mit Bayern: Demzufolge sollte Kurfürst Maximilian Joseph unter anderem das Hochstift Würzburg (mit einigen Ausnahmen), das Hochstift Bamberg, die Abtei Ebrach, die Reichsstädte Rothenburg, Windsheim, Weißenburg, Schweinfurt, Bopfingen und Nördlingen, die Reichsdörfer Sennfeld und Gochsheim sowie Teile des Hochstifts Eichstätt erhalten.¹⁴⁴

Im Jahr 1802 kam es zur Inbesitznahme des Hochstifts Bamberg durch Bayern. Nachdem bayerische Truppen im September 1802 in das Hochstift eingedrückt waren, wurde noch im November die *Civil-Okkupation* vollzogen, d.h. die Annahme der Hoheitsrechte durch den Kurfürsten bei gleichzeitiger Niederlegung der Fürstenwürde des Bamberger Bischofs Buseck und damit der Entlassung der Untertanen aus ihrem Abhängigkeitsverhältnis zum bisherigen Landesherrn. Als neue kurfürstliche Regierung wurde das *General-Kommissariat in Franken* in Würzburg, vertreten durch die Landesdirektion in Bamberg, eingesetzt. Stadtkommandant in Bamberg und kommandierender Offizier der kurbayerischen Garnison war zunächst Oberst von Siebein. Stephan Freiherr von Stengel wirkte als erster Präsident der Bamberger Landesdirektion und war damit auch Vizepräsident

143 BAUMGÄRTEL-FLEISCHMANN (Hrsg.), Bamberg wird bayerisch.

144 ENDRES, Neugestaltung, S. 521.

des General-Kommissariats.¹⁴⁵ Nach diesen wegweisenden Umbrüchen – man beachte: formal existierte das Alte Reich noch – bahnte sich die nächste Episode der Koalitionskriege an.

Die dritte antifranzösische Koalition, bestehend aus Österreich, Großbritannien, Russland, Schweden und Neapel, hatte sich im Jahr 1805 zusammengeschlossen. Die Schauplätze der militärischen Auseinandersetzungen waren im mitteleuropäischen Raum vor allem das südliche Bayern und die österreichischen Lande. Das Kurfürstentum Bayern hatte im Vertrag von Bogenhausen vom August 1805 seine Unterstützung für Napoleon bekundet.¹⁴⁶ Nach der Kapitulation der Österreicher unter General Mack vor Ulm im Oktober brachten die Franzosen in der Schlacht von Austerlitz Anfang Dezember 1805 den russischen und österreichischen Armeen eine vernichtende Niederlage bei. Der Pressburger Frieden vom 26. Dezember 1805 erlegte Österreich Gebietsabtretungen an Bayern, die Anerkennung der französischen Kaiserkrone und die Rangerhöhung des bayerischen Kurfürsten zum König von Bayern auf. Hinzu kamen einige territoriale Veränderungen: Unter anderem musste Bayern auf Würzburg verzichten, das als Großherzogtum an Erzherzog Ferdinand von Salzburg-Toscana verliehen wurde. Als Entschädigung erhielt Bayern neben Gebieten in Tirol das Fürstentum Brandenburg-Ansbach.¹⁴⁷ Auch die ersten Konturen des im Juli 1806 gegründeten Rheinbunds zeichneten sich bereits im Pressburger Frieden ab.

Von den militärischen Auswirkungen des 3. Koalitionskriegs blieb die Stadt Bamberg weitgehend verschont. Ganz anders sah es im Jahr darauf aus. Österreich war durch den Pressburger Frieden als potenzieller Anführer einer antifranzösischen Allianz ausgefallen. Seine Rolle übernahm nun Preußen, das seit dem Frieden von Basel (1795) dem Kriegsgeschehen gegenüber neutral geblieben war, jetzt aber den wachsenden Einfluss Frankreichs in Norddeutschland fürchtete.

145 KESTLER, *Franzosenereignis*, S. 17. Zu Stengel siehe Lothar BRAUN, Stephan Freiherr von Stengel (1750–1822). Erster General-Kommissär des Mainkreises in Bamberg, in: BAUMGÄRTEL-FLEISCHMANN (Hrsg.), *Bamberg wird bayerisch*, S. 419–426.

146 Eberhard WEIS, *Bayern im Napoleonischen Kontinentalsystem (1805–1813). Kampf gegen Napoleon (1813–15)*, in: *Handbuch der Bayerischen Geschichte*, Band 4/I: *Das Neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart*, hrsg. von Alois SCHMID, München 2003, S. 20–44, hier S. 20–22.

147 ARETIN, *Altes Reich* 3, S. 552–554.

4.2 Bamberg während des französischen Preußenfeldzuges 1806/07 (4. Koalitionskrieg)

Vor dem Hintergrund einer neuen Bündnisvereinbarung mit Russland forderte Preußen ultimativ den vollständigen Abzug aller französischen Truppen aus Süddeutschland bis zum 8. Oktober 1806, was im Prinzip einer Kriegserklärung an Frankreich gleichkam. Napoleon erhielt erst am 7. Oktober während seines dreitägigen Aufenthaltes in Bamberg Nachricht von diesem Ultimatum.¹⁴⁸ Die preußische Armee unter dem Kommando des greisen Herzogs von Braunschweig, der schon die preußisch-österreichischen Truppen bei der Offensive von 1792 angeführt hatte, bereitete sich zusammen mit sächsischen Verbänden auf ein Aufeinandertreffen mit den Franzosen noch im Jahr 1806 vor.

Napoleon selbst war am 6. Oktober in Bamberg eingetroffen. In vielen Städten des nördlichen Frankens sammelte sich französisches Militär, auch die Stadt Bamberg war *mit Truppen überschwemmt*, die sich für den anstehenden Feldzug rüsteten.¹⁴⁹ Es kam erneut zu Lebensmittelengpässen, selbst Fourage für die Pferde war nicht in ausreichendem Maße vorhanden.¹⁵⁰ Die akute Getreideknappheit war zum Teil noch den schweren Regenfällen des Jahres 1805 geschuldet, die einen Anstieg des Brotpreises mit sich gebracht und im Sommer 1805 sogar zu Tumulten in Bamberg geführt hatten, als eine aufgebrachte Menschenmenge versuchte, ein Getreidelager im Kapuzinerkloster und mehrere Händlerhäuser zu plündern.¹⁵¹

Schon Monate vor der Eskalation des Konflikts mit Preußen waren in der Bamberger Region wieder Einquartierungen französischer Truppen vorgenommen worden.¹⁵² Die Unterbringung selbst war im Vergleich zu der früheren, teils chaotischen Praxis besser organisiert. Die städtische Polizeidirektion kontrollierte die einzelnen Häuser regelmäßig, indem sie verfügte: *Jeder Haus-Eigentümer hat bey*

148 SCHLESINGER, Napoleon in Kronach, S. 21f.

149 Emil LONGIN (Hrsg.), Feldzugs-Journal des Baron Percy. Chef-Chirurg der großen Armee (1754–1825), Leipzig 1906, S. 90 [Künftig nur: PERCY, Journal]. Pierre-François Percy war *Chirurgien Inspecteur général des armées françaises, Professeur à l'école de Médecine de Paris, Officier de la Légion d'honneur* und *Chirurgien en Chef de la grande armée*.

150 PERCY, Journal, S. 90.

151 THEUERER / ZINK, Bambergs Wandel, S. 352f.

152 Beispielsweise StadtABa, B 9, Nr. 370, Frauen-Siechhof, Einquartierung von französischen Husaren in einem zum Frauen-Siechhof gehörenden Gut bei Schmerldorf im Juni und August 1806. Auch StadtABa, C 26, Nr. 644, Stiftungsverwaltung, Einlieferung von zwei Franzosen ins Krankenhaus im Februar und März 1806 auf Weisung der Einquartierungskommission.

*2 Reichsthaler Strafe täglich Morgens bis 7 Uhr an seiner Hausthüre auf einem Zettel zu bemerken, wieviel in diesem Hause Einquartirte sich wirklich befinden, auch Namen und Grad anzugeben.*¹⁵³ Pfarrer Augustin Schellenberger, in dessen Haus schon bei der Besetzung 1796 Dutzende Soldaten untergebracht worden waren, hatte in seinem Haus an der Eisgrube (Hausnummer 1452) im Verlauf des Jahres 1806 insgesamt acht Soldaten einzuquartieren.¹⁵⁴

In einer Proklamation, die Napoleon am 6. Oktober 1806 in Bamberg veröffentlichte, stimmte er seine Soldaten auf den Krieg gegen Preußen ein, indem er gezielt an dessen Niederlage von 1792 bei Valmy erinnerte:

*Schon stehen die Preußen unseren Vorposten gegenüber [...]. Möge die preußische Armee dasselbe Schicksal treffen, das sie vor 14 Jahren traf. Möge Preußen gewahr werden, dass, wenn es leicht ist, territoriale Vergrößerungen durch die Freundschaft eines großen Volkes zu erlangen, die Feindschaft desselben – die nur der auf sich ziehen kann, dem Vernunft und Klugheit abhanden gekommen sind – schrecklicher ist, als der Sturm auf dem Meere!*¹⁵⁵

Die französischen Truppen rückten zunächst in Richtung Bayreuth, Coburg und Kronach vor. Zu ersten Kampfhandlungen kam es in Coburg in der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober 1806. Kulmbach wurde von den mit Frankreich verbündeten Bayern belagert.¹⁵⁶ Übergriffe auf die Bevölkerung und unkontrollierte Requisitionen, bedingt durch die unzureichende Versorgung der Truppen, griffen erneut um sich. In Bamberg wurde auf Bitte des königlich-bayerischen Generalkommissariats vom General-Intendanten der *Grande Armée* eine Verordnung erlassen, wonach willkürliche Requisitionen unterbunden werden sollten, da solche nur vom General-Intendanten auf Befehl des Kaisers angeordnet werden durften.¹⁵⁷

Am gleichen Tag, dem 14. Oktober 1806, schlug die französische Armee bei der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt die preußische Armee vernichtend.

153 StadtABa, C 30, Nr. 43, Polizeiverwaltung, Verordnung der Stadtpolizei-Direktion vom 6. Oktober 1806.

154 StadtABa, C 30, Nr. 43, Polizeiverwaltung, Einquartierungsscheine Haus Schellenberger im Jahr 1806.

155 Proklamation vom 6. Oktober 1806, überliefert in den Memoiren des Generals Rapp, zitiert bei SCHLESINGER, Napoleon in Kronach, S. 51.

156 KESTLER, Franzoseneinfall, S. 21.

157 Verordnung vom 14. Oktober 1806 zitiert bei KESTLER, Franzoseneinfall, S. 22.

4.3 Die Versorgung der Kranken und Verwundeten

Die Strukturen der sozialen Stiftungen in Bamberg hatten sich im Zuge der Säkularisation des Hochstifts grundlegend verändert. Dem Allgemeinen Krankenhaus brachte Kurfürst (ab 1. Januar 1806 König) Maximilian Joseph großes Wohlwollen entgegen. Die gewissermaßen als Aufsichtsgremium agierende Krankenhauskommission blieb in ihrer Grundstruktur erhalten. Viele der übrigen Stiftungen, das innere und äußere Kurhaus (gen. Franzosenhaus bzw. Pest- oder St. Sebastiani-Kurhaus), das St. Martha-Seelhaus, die Osteinsche Stiftung, die Erthalsche Almosen-Stiftung, die Benefizien St. Martha und St. Elisabeth wurden in die Krankenhausstiftung eingegliedert, die dazugehörigen Immobilien zumeist verkauft.¹⁵⁸ Das Elisabeth- und das Katharinenspital am St. Martinsplatz (heute Maximiliansplatz), seit dem Jahr 1738 unter dem Dach der „Vereinigten Spitäler“ bei getrennter Rechnungsführung zusammengefasst, wurden unter dem neuen Namen „Bürgerhospital“ in der aufgehobenen Benediktinerabtei Michaelsberg untergebracht.¹⁵⁹ Das bisherige Waisenhaus wurde ganz aufgehoben. Im Aufseesanium wurde ein „Haus für Unheilbare“ untergebracht, in der Propstei St. Getreu ein modernes Irrenhaus eingerichtet, in das 1805 die ersten Hilfsbedürftigen einzogen.¹⁶⁰

Inmitten dieser großen institutionellen Umbrüche stand ein Mann, der schon unter Fürstbischof Erthal großen Einfluss in allen *medizinpolizeylichen* Belangen ausgeübt hatte, Adalbert Friedrich Marcus. Nachdem seine Wirkungsmöglichkeiten während der Regentschaft Busecks zunächst eingeschränkt worden waren, koordinierte er im Laufe des 2. Koalitionskriegs (bei Abwesenheit Busecks) die Kranken- und Verwundetenversorgung in der Stadt maßgeblich. Nach dem Übergang des Hochstifts Bamberg an Bayern wurde Marcus von Kurfürst Maximilian Joseph zum Direktor des gesamten Medizinalwesens in Bamberg und Würzburg ernannt. In dieser mit viel Entscheidungs- und Weisungsbefugnis ausgestatteten

158 SCHUSTER, Fürstbischöfe, S. 205–215. Vgl. auch Martin HAHN, Verbleib und Nutzung des Säkularisationsgutes. Umnutzung von Gebäuden in der Stadt Bamberg, in: BAUMGÄRTEL-FLEISCHMANN (Hrsg.), Bamberg wird bayerisch, S. 367–380, hier S. 371.

159 Das Gebäude des Katharinenspitals wurde für die Summe von 33.000 Gulden versteigert, vgl. HAHN, Verbleib und Nutzung des Säkularisationsgutes, S. 371, auch THEUERER / ZINK, Bambergs Wandel, S. 355.

160 Die immer noch maßgebliche Übersichtsstudie zur Geschichte der milden Stiftungen in der Stadt Bamberg stammt von Karl GEYER, Die öffentliche Armenpflege im kaiserlichen Hochstift Bamberg, Bamberg 1909. Dazu ergänzend HAHN, Verbleib und Nutzung des Säkularisationsgutes.

Position initiierte und administrierte er die strukturellen Veränderungen im regionalen Sanitätswesen. Sein vielseitiges Wirken in Bamberg kann hier unmöglich *in extenso* geschildert werden, verdient jedoch angesichts seiner Bedeutung für die Stadt und der recht lückenhaften Forschungsliteratur eine neuere Darstellung.¹⁶¹ Im hiesigen Zusammenhang soll vornehmlich seine Rolle bei der Organisation und Verwaltung der lokalen Militärspitäler Berücksichtigung finden.

Der Bedarf an medizinischen Versorgungseinrichtungen während des 4. Koalitionskrieges war groß. Viele Verwundete der ersten Gefechte um Coburg, Hof und Kulmbach, später um Schleiz und Saalfeld, wurden in die nächstgrößere Stadt in der Etappe gebracht, die über eine institutionelle Infrastruktur der Krankenversorgung verfügte und in der genügend Personal vorhanden war, das Erfahrung im Umgang mit Kriegsversehrten hatte, kurz: nach Bamberg. In weiter nördlich gelegenen Städten, etwa in Kronach und Lichtenfels, waren vergleichbare strukturelle und personelle Voraussetzungen nicht im notwendigen Umfang gegeben.¹⁶²

Wieder war das Allgemeine Krankenhaus Dreh- und Angelpunkt der Versorgung. Schon bald reichte das dort eingerichtete Militärlazarett aus Platzgründen nicht mehr aus, sodass Marcus, dem die Franzosen die Oberaufsicht übertragen hatten, Räumlichkeiten zur Einrichtung weiterer Spitäler erschließen musste. Anders als 1796 und 1800/01 gab es im Jahr 1806 eine große Auswahl an potenziellen Unterbringungsmöglichkeiten, da aufgrund der Aufhebung der Klöster hinreichend geräumige Gebäude im Stadtgebiet zur Verfügung standen.

161 Als einzige Monographie jüngeren Datums liegt eine Biographie Marcus' von GRÜNBECK vor, vgl. GRÜNBECK, Adalbert Friedrich Markus. Diese Arbeit widmet sich jedoch vornehmlich der Darstellung Marcus' im öffentlichen Leben der Stadt, seiner Funktion als Leibarzt Erthals, seinem wissenschaftlichen Wirken und der Administration des Krankenhauses im Allgemeinen. Die kriegsbedingte Verwundetenversorgung in Bamberg beispielsweise wird ganz ausgespart. Daneben besteht eine Reihe von Untersuchungen, die Teilaspekte des Wirkens von Marcus zum Gegenstand haben, etwa Meinhard MEISENBACH, *Miscellanea zu Dr. Adalbert Friedrich Marcus und E. T. A. Hoffmann*, in: BHVB 141 (2004), S. 151–186; Karin DENGLER-SCHREIBER, *Marcus und die Nervenkllinik Bamberg*, in: BHVB 142 (2005), S. 387–401; zur Medizingeschichte im Bamberg des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts s. auch Katharina BRAUNER, *Bamberg als Zentrum der romantischen Medizin. Eine Studie zur Bamberger Heilkunde im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert*, Diss. Würzburg 2007.

162 Am 22. Oktober 1806 fragte das Landeskommissariat bei Marcus an, ob nicht ein *hôpital ambulante* in Lichtenfels, das dichter an den Orten des Kriegsgeschehens lag, eingerichtet werden könne: StadtABA, C 26, Nr. 654, Stiftungsverwaltung. Es ist unklar, ob es schließlich dazu kam. Nichtsdestotrotz bestätigt gerade diese Anfrage, dass Bamberg das Zentrum für die stationäre Versorgung der Verwundeten im nordöstlichen Franken war und blieb.

Marcus' Wahl fiel auf das ehemalige Dominikanerkloster St. Christoph in der bürgerlichen Bergstadt.¹⁶³ Dieses war seit 1804 schrittweise zu einer Kaserne umgebaut worden.¹⁶⁴ Einige Dominikanerkonventualen hatten in den Gebäuden zwar noch Wohnrecht, mussten aber im Zuge der Überlegungen, an dieser Stelle ein Militärlazarett einzurichten, nach Vierzehnheiligen übersiedeln.

Der *Chirurgien en chef* der *Grande Armée*, Pierre-François Percy, berichtet unmittelbar vor dem Beginn des französischen Feldzugs gegen Preußen bei seinem Besuch in Bamberg:

*Am 7. [Oktober] elf Uhr vormittags kam ich in Bamberg an, wo der Spitalverweser Dr. Marcus, ein ausgezeichnete Spitalbeamter, im Dominikanerkloster ein schönes Spital unter seiner Aufsicht und Fürsorge einzurichten begonnen hatte. [...] Das Zivilhospital hat einhundertundfünfzig unserer Kranken bekommen. Im Dominikanerkloster können morgen zweihundert, später dreihundertundfünfzig bis vierhundert Kranke untergebracht werden.*¹⁶⁵

Das Spital im Dominikanerbau erhielt eine französische ärztliche Leitung. In den Akten werden als Chefarzt der Franzose Galliardot und als Chefchirurg ein Monsieur Neffrey¹⁶⁶ genannt. Als Aufsichts- und Verwaltungsorgan des Spitals fungierte die so bezeichnete *Oekonomieverwaltung*, ein Gremium, das vor allem den finanziellen Bedarf und die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen und Versorgungsgütern prüfen und kontrollieren sollte.¹⁶⁷

Anfänglich war die Ausstattung der Spitäler unzureichend. Percy notiert: *Weder Leinwand, noch Charpie, noch Instrumentenkasten sind bisher eingetroffen. [...] Die Frauen in der Stadt zupfen Charpie; welches Elend!*¹⁶⁸ Diese unbefriedigende Situation führte bei den Ärzten und Chirurgen zu einigem Unmut. In den Quellen ist im November 1806 von einer *nicht ganz guten Stimmung* unter dem Leitungspersonal

163 Zunächst war das geräumte Franziskanerkloster zur Unterbringung des Spitals vorgesehen. Man nahm aber bald Abstand davon: StadtABa, C 26, Nr. 648, Stiftungsverwaltung, Bericht Marcus' vom 29. September 1806.

164 HAHN, Verbleib und Nutzung des Säkularisationsgutes, S. 367f.

165 PERCY, Journal, S. 89f.

166 Lesung unsicher.

167 StadtABa, C 26, Nr. 645, Stiftungsverwaltung, Gratifikation seitens des k. Generallandeskommissariats als Kriegsseparat für die Chefs der Medizin und der Chirurgie vom 14. November 1806.

168 PERCY, Journal, S. 90.

die Rede, der mit finanziellen Gratifikationen in Form von zehn Carolin pro Person begegnet werden sollte.¹⁶⁹

Für die drei Militärlazarette liegen in den Akten Tagesstatistiken für den 4. November 1806 vor. Da eine eindeutige Benennung der Spitäler fehlt, ist die genaue Lokalisierung der Einrichtungen, die lediglich nummeriert waren, schwierig. In den Spitälern Nr. 1 und 2 – wahrscheinlich jene im Dominikanerkloster – waren zu diesem Zeitpunkt 195, im Spital Nr. 3 – wahrscheinlich jenes im Krankenhaus – 85 Kranke und Verwundete untergebracht. Verzeichnet sind 56 Soldaten, die unter fiebrigen Erkrankungen litten, 73 weitere laborierten an Verwundungen und zwei waren geschlechtskrank.¹⁷⁰ Alle Übrigen waren möglicherweise noch nicht untersucht und nach den statistischen Vorgaben kategorisiert worden.

Von Bamberg aus wurden die Kranken und Verwundeten mit Schiffen über den Main nach Würzburg transportiert. Die königlich-bayerische Anspannkommission erhielt den Auftrag, die Verfügbarkeit von geeigneten Schiffen sicherzustellen. In den meisten Fällen wurden diese einfach von städtischen Schiffermeistern requiriert. Im Laufe des Oktobers 1806 wurden so fast 600 Personen nach Würzburg transportiert. Jeweils zwei Krankenwärter begleiteten die Verwundeten an Bord. Die Verpflegung für die Reise stellte die Magazinkommission zur Verfügung.¹⁷¹

Für den laufenden Betrieb der Spitäler bedurfte es eines beträchtlichen Personalaufwands. Abgesehen von den französischen Militärärzten standen bei den Spitälern im Dominikanerkloster im Oktober 1806 ein Apotheker, ein Chirurg, ein Hausmeister, zwei Köche, drei Küchenknechte, eine Küchenmagd, eine Weißzeugverwalterin, drei Wäscherinnen, eine Näherin, zwei Küchenknechte in der Apotheke, ein Oberkrankenwärter, siebzehn Krankenwärter und ein Ausläufer auf der Gehaltsabrechnung.¹⁷² Hinzu kam ein wechselnder Bedarf an Tagelöhnern. Um genügend Personal für die Lazarette zusammenzubringen, waren die Gassenhauptleute in der Stadt angewiesen worden, der Spitalverwaltung Personen aus ihrem Einzugsgebiet für den Dienst als Krankenwärter zu melden.

169 Wie Anm. 167.

170 StadtABa, C 26, Nr. 643, Stiftungsverwaltung, Monatsstatistik der Spitäler im Krankenhaus vom November 1806.

171 StadtABa, C 26, Nr. 646, Stiftungsverwaltung, Evakuierung französischer Kranker mit Schiff nach Würzburg über Schweinfurt.

172 StadtABa, C 26, Nr. 652, Stiftungsverwaltung, Verzeichnis des Personals im Dominikanerkloster im Oktober 1806.

Marcus selbst erfreute sich ob seiner unermüdlichen Arbeit für die Verwundetenversorgung der Wertschätzung der Franzosen. Percys Meinung nach galt er als *der beste Spitalbeamte in Deutschland*, dem großes Vertrauen entgegengebracht wurde. Dies drückte sich unter anderem darin aus, dass ihm die Leitung aller Bamberger Militärspitäler übertragen wurde.¹⁷³ Es sind vier französische Empfehlungsschreiben, darunter eines von Percy, überliefert, die Marcus wegen seines Einsatzes für eine besondere Gratifikation vorschlagen. Auch die Landesdirektion sagte eine Belohnung für seine außerordentlichen Verdienste um die Militärspitäler, die er mit *Einsicht, Sachkenntnis und Sparsamkeit* eingerichtet und administriert habe, zu.¹⁷⁴

Die Ausstattung der Spitäler mit medizinischen Versorgungsgütern blieb trotz dieses persönlichen Bemühens ebenso mangelhaft wie ihre finanzielle Ausstattung. Hauptgeldgeber für das Krankenhaus war zu diesem Zeitpunkt die königlich-bayerische Kriegskosten-Vorschusskasse, die bis April 1807 über 4.300 Gulden zur Verfügung stellte.¹⁷⁵ Da diese Summe kaum ausreichend war, um die Ausgaben für die Versorgung mehrerer hundert Verwundeter zu decken, schossen erst Marcus aus seiner Privatschatulle, dann der in Bamberg residierende Herzog in Bayern, Wilhelm, weitere Gelder vor.¹⁷⁶ Im Krankenhaus war bereits Anfang Dezember 1806 die Summe von 5.899 Verpflegungstagen für eingelieferte Soldaten aufgelaufen. Bei einem zu Grunde liegenden Tagessatz von 1 Gulden und 21 Kreuzer pro Person ergaben sich so Ausgaben in Höhe von rund 7.900 Gulden, zu denen noch die Kosten für die erforderlichen Umbauarbeiten im ehemaligen Dominikanerkloster in Höhe von über 2.000 Gulden hinzukamen.¹⁷⁷

173 PERCY, Journal, S. 91.

174 StadtABa, C 26, Nr. 648, Stiftungsverwaltung, Brief der Landesdirektion an Marcus vom 7. Dezember 1807. Die angekündigte Belohnung ließ allerdings lange auf sich warten. Noch im September 1808 wurde lediglich ein Vorschuss in Aussicht gestellt, da der König die Zeit für eine finanzielle Zuwendung noch nicht gekommen sah, vgl. StadtABa, C 26, Nr. 648, Stiftungsverwaltung, Brief der Landesdirektion an Marcus vom 2. September 1808.

175 StadtABa, C 26, Nr. 647, Stiftungsverwaltung, Rechnungen der Kriegskosten-Vorschusskasse von November 1806 bis April 1807.

176 StadtABa, C 26, Nr. 649, Stiftungsverwaltung, Rechnungs-Journal über Einnahmen und Ausgaben an Geld bei der Oekonomieverwaltung des franz. Militärhospitals November 1806 bis Anfang Februar 1807. Herzog Wilhelm in Bayern (1752–1837), Schwager Maximilian Josephs, Pfalzgraf von Zweibrücken-Birkenfeld-Gelnhausen, seit Februar 1799 der erste Herzog in Bayern, von Dezember 1803 bis März 1806 regierender Herzog von Berg, starb am 8. Januar 1837 in Bamberg.

177 StadtABa, C 26, Nr. 651, Stiftungsverwaltung, Berechnung der Ein- und Ausgaben am 12. Dezember 1806. Der Tagessatz von 1 fl. 21 xr. beinhaltete: 1 Pfund Fleisch, ein halbes Maß Wein,

Über die Begleichung dieser Auslagen gab es zwischen den beteiligten Verwaltungsstellen keinen Konsens. Die Franzosen gingen offenkundig davon aus, dass ein Großteil der Summe von der bayerischen Staatskasse getragen werden würde, was in München naturgemäß auf wenig Begeisterung stieß.¹⁷⁸ Dort hoffte man, die Kosten wiederum auf Frankreich umlegen zu können, war aber wohl realistisch genug, nicht zu erwarten, dass dies in absehbarer Zeit geschehen würde. Ein einigermaßen zuverlässiges Refinanzierungssystem, das die unterste Ebene, also die Versorgungseinrichtungen selbst, entlastet hätte, ließ noch etliche Jahre auf sich warten. Bis dahin blieben private Zustiftungen und alternative Finanzierungsverfahren, die in der Folgezeit ausprobiert wurden, unentbehrlich.

Für die Einrichtung des Spitals im ehemaligen Dominikanerkloster wurden allerlei Gegenstände benötigt, die entweder aus anderen städtischen Versorgungseinrichtungen requiriert wurden oder neu angeschafft werden mussten. So wurden aus der Kaserne 124 Doppelbetten, 50 Einzelbetten, 31 große Tische, acht kleine Tische, vier Anrichten, 57 Bänke, vier Stühle, ein Nachtstuhl, 300 Decken, 600 Leinentücher, 250 Strohsäcke, 200 Bund Lagerstroh, ein kupferner Waschkessel und acht eiserne Kanonenöfen in die Klostergebäude gebracht.¹⁷⁹ Viele Einzelrechnungen über abgelieferte Effekten finden sich gesammelt in den Akten. Der Bürger Köberlein verkaufte 24 Matratzen und 24 Kopfpolster an das Spital, der Bürger Winkler 2.021 Ellen Leinwand zu 584 Gulden und 48 Kreuzern¹⁸⁰ Ein Teil der Lebensmittel wurde über die königlich-bayerische Magazinkommission direkt an das Spital „bei den Dominikanern“ geliefert.

Kaum einen Monat nach der Schlacht bei Jena und Auerstedt war der Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten für französische Kriegsverwundete deutlich zurückgegangen, sodass Mitte November 1806 die Schließung des Spitals erwogen wurde. Die dort verbliebenen Soldaten sollten in das Allgemeine Krankenhaus gebracht werden. Der *Oekonomieverwalter* Holler als Vorsteher des Aufsichtsgre-

24 Unzen Brot, Reis, Milch, Zwetschgen, Schmalz, Salz, Eier, Essig, Branntwein, Holz, Kosten für Wärter, Medikamente, Wäsche, Beleuchtung und Bandagen.

178 StadtABa, C 26, Nr. 654, Stiftungsverwaltung, Entschließung König Maximilian Josephs vom 23. Oktober 1806. Der König stellte in diesem Schreiben klar, dass der bayerische Staat nicht für die Kosten aufkommen würde. Auch das Landeskommissariat hielt Marcus an, für die Spitäler keine zu großen Auslagen zu leisten, vgl. StadtABa, C 26, Nr. 654, Stiftungsverwaltung, Instruktion des Generallandeskommissariats vom 28. Oktober 1806.

179 StadtABa, C 26, Nr. 650, Stiftungsverwaltung, Requisitionen für das französische Militärhospital.

180 StadtABa, C 26, Nr. 651, Stiftungsverwaltung, Einzelrechnungen vom Oktober 1806.

miums erstellte ein Gutachten zur gegenwärtigen Lage und empfahl, die Auflösung des Spitals zu verschieben, da zu diesem Zeitpunkt immer noch 149 Kranke im Dominikanerspital behandelt würden und das Krankenhaus unmöglich so viele Personen zusätzlich aufnehmen könne, zumal man die Ankunft eines weiteren Krankentransports mit 60 Verwundeten in Bamberg erwartete. Angesichts des begrenzten Platzes im Krankenhaus riet Holler dringend dazu, die im November 1806 ausgesetzten Evakuierungen über den Main nach Würzburg wieder aufzunehmen, um genügend Unterbringungskapazitäten vorhalten zu können.¹⁸¹

Tatsächlich wurde erst Ende Januar 1807 die Aufhebung des Dominikanerspitals, wie das Lazarett in der amtlichen Korrespondenz inzwischen genannt wurde, durch die Landesdirektion verfügt. Marcus erstellte das abschließende Gutachten. Danach sollte bis zum 1. Februar 1807 das Spital geschlossen, alle verbliebenen Patienten in das Krankenhaus übernommen und das gesamte Personal entlassen werden. Vorausschauend empfahl Marcus, eine gewisse Anzahl von Betten, Matratzen und Strohsäcken zurückzuhalten und an einem geeigneten Ort aufzubewahren, bis der Krieg gänzlich beendet worden sei. Alle noch auf Vorrat liegenden Viktualien und Medikamente sollten von der Krankenhauskommission zum weiteren Gebrauch aufgekauft werden.¹⁸² Offenbar wollte Marcus bei einem neuerlichen Ausbruch von Kämpfen auf die Aufnahme von Verwundeten besser vorbereitet sein, als es noch im Herbst 1806 der Fall gewesen war. Holler und Marcus lieferten ein Inventar aller im ehemaligen Dominikanerkloster vorhandenen Requisiten ab. Der Großteil dieser Effekten wurde in den folgenden Monaten an die Eigentümer zurückgegeben, etwa an die Kasernenverwaltung, das Allgemeine Krankenhaus, die Entbindungsanstalt und das allgemeine Versorgungshaus.¹⁸³

Für den hier betrachteten Zeitraum bis April 1807 liegen keine Angaben darüber vor, wann die letzten Militärangehörigen das Krankenhaus verließen. Es ist davon auszugehen, dass bis auf wenige Ausnahmen alle französischen Soldaten bis zum Frühjahr 1807 zu ihren Einheiten zurückgekehrt sind.¹⁸⁴ Marcus handelte wei-

181 StadtABa, C 26, Nr. 656, Stiftungsverwaltung, Bericht des Oekonomieverwalters Holler vom 14. November 1806.

182 StadtABa, C 26, Nr. 657, Stiftungsverwaltung, Bericht von Dr. Marcus vom 29. Januar 1807.

183 StadtABa, C 26, Nr. 658, Stiftungsverwaltung, Inventaraufnahme des französischen Militärhospitals im Dominikanerkloster bei seiner Auflösung und Überführung ins Krankenhaus.

184 Es handelte sich fast ausnahmslos um Franzosen. Lediglich im November 1806 ist in den Statistiken von vier preußischen und drei sächsischen Soldaten die Rede, welche im Krankenhaus

se, als er die Magazinierung der nötigen Einrichtungsgegenstände für die Spitäler anordnete, um diese binnen kurzer Zeit wieder aufbauen zu können. Kaum anderthalb Jahre später zahlte sich diese vorausschauende Planung aus.

5. Wechselndes Kriegsglück: Franzosen und Österreicher in Bamberg 1808/09

5.1 Ausgangslage

Als im Sommer 1808 in Spanien der Volksaufstand gegen die Franzosen ausbrach, witterte das noch 1805 geschlagene Österreich Morgenluft. Napoleon hatte im Juli 1808 seinem ältesten Bruder Joseph, der seit 1806 König von Neapel war, den Thron Spaniens übereignet, was in der Folge zu heftigen militärischen Auseinandersetzungen auf der Iberischen Halbinsel führte, die die Form eines langwierigen Guerillakrieges annahm und erst im Jahr 1813 mit der Schlacht bei Vitoria endeten. Das Beispiel Spaniens, das seit August 1808 von britischen Truppen unter dem Kommando von Arthur Wellesley, dem nachmaligen Sieger von Waterloo, unterstützt wurde, inspirierte auch in Mitteleuropa Versuche, sich von der französischen Vorherrschaft zu befreien.

Zur fünften Koalition hatten sich Österreich und Großbritannien zusammengeschlossen. Österreich war in erster Linie daran interessiert, die demütigenden Bedingungen des Pressburger Friedens von 1805 zu revidieren. Die Schauplätze dieses vergleichsweise kurzen Konflikts, der von der Kriegserklärung Österreichs an Frankreich vom 9. April bis etwa Mitte Juli 1809 dauerte, waren zunächst Norditalien und dann schwerpunktmäßig Süddeutschland und Österreich.

Nachdem in den Schlachten bei Abensberg und Eggmühl in der Oberpfalz die Franzosen und die mit ihnen verbündeten Rheinbundstaaten Siege davongetragen hatten und Napoleon im Mai 1809 in Wien eingeritten war, brachte Erzherzog Karl, der nach dem Debakel von 1805 das Oberkommando über die österreichischen Truppen zurückerhalten hatte, dem französischen Kaiser und dessen Alliierten einen Monat später in der Schlacht bei Aspern-Eßling eine schwere Niederlage bei.

versorgt wurden, vgl. StadtABa, C 26, Nr. 643, Stiftungsverwaltung, Monatsstatistik der Spitäler im Krankenhaus vom November 1806.

Deren Auswirkung auf die militärische Gesamtlage blieb jedoch gering. Schon im Juli 1809 unterlag Karl einer französisch-bayerisch-sächsisch-italienischen Allianz in der Schlacht bei Wagram und stimmte anschließend ohne kaiserliches Plazet dem Waffenstillstand von Znaim zu.¹⁸⁵ Der 5. Koalitionskrieg endete mit dem Frieden von Schönbrunn im Oktober 1809, welcher Österreich weitere Gebietsabtretungen, zum Teil zugunsten Bayerns, aufbürdete. Der Versuch einer Revision der Pressburger Bedingungen war damit grandios gescheitert.

5.2 Franzosen und Österreicher in Bamberg 1808/09

Obwohl sich das Kriegsgeschehen des 5. Koalitionskriegs hauptsächlich an Schauplätzen entlang der Donau bis in die Region um Wien vollzog, blieb auch Franken im Jahr 1809 von Truppendurchzügen und einzelnen Gefechten nicht verschont. So operierten österreichische Verbände nicht nur auf sächsischem und böhmischem, sondern auch auf Bayreuther Gebiet. Das Fürstentum Bayreuth fiel erst 1810 durch Kauf an Bayern, stand also zum Zeitpunkt des 5. Koalitionskrieges noch unter französischer Militäradministration.¹⁸⁶ Mitte Juni 1809 erfolgte ein rasanter Vorstoß der Österreicher unter Generalmajor Paul von Radivojevics in die bayerische Mainprovinz bis hin nach Bamberg.

Während der kurzen Anwesenheit der österreichischen Truppen in Bamberg sahen sich die städtischen Rentämter sofort mit Requisitionsforderungen konfrontiert. Neben unmittelbar für die Ausstattung der Soldaten benötigten Tuch- und Lederwaren wurden auch größere Mengen Tabak requiriert. Die Forderungsliste der Österreicher umfasste 30.000 Gulden an Kriegskontribution, 1.500 Wiener Ellen weißes, graues und farbiges Tuch, 1.000 Ellen Leinwand, ferner 2.000 Paar

185 Zum Verlauf des 5. Koalitionskrieges siehe Gunther E. ROTHENBERG, *Napoleonische Kriege*, Berlin 2000, S. 118–131.

186 Zur Situation des Fürstentums Brandenburg-Bayreuth in der Epoche der Koalitionskriege und zum Übergang desselben an Bayern im Jahr 1810 siehe Gerhard RECHTER / Andreas JAKOB, *Der Übergang der Fürstentümer Brandenburg-Ansbach und Brandenburg-Bayreuth an das Königreich Bayern*, in: *Vom Adler zum Löwen. Die Region Nürnberg wird bayerisch (1775–1835)*, Begleitband zu den Ausstellungen des Stadtarchivs und Staatsarchivs Nürnberg, der Stadtbibliothek Nürnberg, des Stadtarchivs Erlangen, des Universitätsarchivs und der Universitätsbibliothek Erlangen-Nürnberg sowie des Stadtarchivs Schwabach, hrsg. von Michael DIEFENBACHER, Neustadt an der Aisch 2006, S. 261–279, bes. 261–274.

Schuhe, 300 Pfund Rauchtabak und 100 Pferde. Binnen nur sechs Stunden waren das Geld und die Viktualien am Rathaus abzuliefern.¹⁸⁷ Die Bamberger Kaufleute wurden von der Requisitionskommission ultimativ aufgefordert, die geforderten Mengen Tuch und Leinwand schnellstens auszuhändigen, da sonst die Aushebung von Geiseln drohte. Eine spätere Entschädigung wurde ihnen ausdrücklich in Aussicht gestellt. Das Generallandeskommissariat kam für die Geldkontribution auf.¹⁸⁸

Die Österreicher nahmen die zusammengetragenen Effekten am Rathaus gegen Quittung in Empfang. Freiherr von Geipel, Chef des Generalstabs des nach Franken eingerückten österreichischen Armeekorps, bestätigte die Entgegennahme mit seiner Unterschrift.¹⁸⁹ Der Gesamtwert an Tabak, Tuch und Leinwand bezifferte sich auf über 3.000 Gulden. Hinzu kamen Verpflegungskosten für die knapp 4.000 österreichischen Soldaten und die Fourage für deren Pferde.¹⁹⁰

Kurz nach dem Abzug der Österreicher aus der Stadt rückten französische und bayerische Regimenter in Bamberg ein. Am 8. Juli 1809 kam es bei Gefrees zum größten Gefecht des 5. Koalitionskriegs in Franken, in dem der österreichische Feldmarschall-Lieutenant Michael von Kienmayer mit Unterstützung der berühmten Schwarzen Schar des Herzogs von Braunschweig-Wolfenbüttel den Franzosen unter General Jean Andoche Junot und ihren Verbündeten eine empfindliche Niederlage beibrachte, die jedoch nach der bereits erlittenen Schlappe der Österreicher bei Wagram den Kriegsverlauf nicht mehr entscheidend beeinflussen konnte.

Im Zeitraum des 5. Koalitionskrieges mussten sich die Bewohner Bambergs wieder auf kurzfristige Einquartierungen, wenn auch in weit geringerem Maß als 1796 und 1800/01, einstellen. Die Soldaten entstammten vornehmlich französischen und bayerischen Regimentern. Die städtische Einquartierungskommission erstellte

187 StadtABa, C 30, Nr. 41, Polizeiverwaltung, Brief des Generalkommissariats des Mainkreises an die königliche Requisitionskommission von 14. Juni 1809.

188 StadtABa, C 30, Nr. 41, Polizeiverwaltung, Bericht des Generalkommissariats des Mainkreises an die königliche Requisitionskommission vom 14. Juni 1809.

189 StadtABa, C 30, Nr. 41, Polizeiverwaltung, Quittung über die von den Österreichern eingeforderten Requisiten.

190 StadtABa, C 30, Nr. 41, Polizeiverwaltung, Berechnungen der Kosten für k. k. oesterreichische Truppen bei der am 14 Juni 1809 geschehenen Einrückung.

mittels Quittungen zentrale Ausgabenlisten für die anfallenden Verpflegungskosten, die beim Generallandeskommissariat zur Prüfung eingereicht wurden.¹⁹¹

5.3 Die Versorgung der Kranken und Verwundeten

Ein knappes Jahr vor den Gefechten zwischen Österreichern und Franzosen im Rahmen des 5. Koalitionskrieges in Franken, im August 1808, setzte das Generallandeskommissariat den Direktor des Medizinalwesens in Bamberg, Adalbert Friedrich Marcus, über die unmittelbar bevorstehende Verlegung von 10.000 französischen Soldaten in die mainfränkische Provinz in Kenntnis. Marcus sollte sich demnach darauf vorbereiten, im Krankenhaus zwischen 40 und 100 Kranke dieses Armeeverbandes aufzunehmen. Die Kasernenverwaltung und die Requisitionskommission trugen Sorge dafür, dass dem Krankenhaus die erforderliche Ausstattung rechtzeitig zur Verfügung gestellt wurde.¹⁹²

Im Krankenhaus wurden im August 1808 79 Franzosen versorgt; 57 von ihnen hatten fiebrige Erkrankungen, vierzehn Personen venerische Leiden, der Rest laborierte an kriegsbedingten Verletzungen.¹⁹³ Um einer Überlastung des Krankenhauses vorzubeugen, wurde die Einrichtung eines weiteren Lazarett erwogen. In Absprache mit der Requisitionskommission sollte Marcus kontinuierlich den jeweils aktuellen Bedarf an Sanitätseinrichtungen prüfen und gegebenenfalls Erweiterungen veranlassen. Angesichts der Erfahrungen von 1806 und der vorausschauenden Planung Marcus' schien es möglich, ohne große Zeitverzögerung ein zusätzliches Spital bereitstellen zu können.

Dieses Militärspital sollte abermals an bewährtem Standort im ehemaligen Dominikanerkloster untergebracht werden. Ein entscheidender Vorteil dieses Platzes bestand darin, dass die Klosteranlage geräumig und zentral gelegen war und dennoch einen geradezu hermetischen Gebäudekomplex bildete. Letzterer Aspekt ist besonders vor dem Hintergrund der zur gleichen Zeit geführten Diskussi-

191 StadtABa, C 30, Nr. 42, Polizeiverwaltung, Verzeichnis der Verpflegungskosten von 153 einquartierten bayerischen Soldaten und Offizieren vom 18. Juni 1809.

192 StadtABa, C 26, Nr. 659, Stiftungsverwaltung, Briefe des Generallandeskommissariats an Marcus vom 20., 23., 24., 25. August 1808.

193 StadtABa, C 26, Nr. 662, Stiftungsverwaltung, Listen der im französischen Spital liegenden Kranken im August 1808. In der namentlichen Liste ist auch die Herkunftsregion der Soldaten angezeigt. Die Mehrheit stammte aus den Départements Bas-Rhin, Somme und Ardennes.

on über den Standort des Militärspitals der Bamberger Stadtgarnison zu sehen. In diesem Fall hatten sich die Bewohner des Zinkenwörths beim Generallandeskommissariat über Pläne beschwert, nach denen das Garnissonsspital in der Infanteriekaserne an der Langen Straße vergrößert werden sollte. Aufgrund der unmittelbaren Nähe zu dicht bewohntem Gebiet war dies ihrer Ansicht nach aus *medizinpolizeylichen* Erwägungen nicht zu verantworten, da die Verbreitung von im Spital behandelten Krankheiten zu befürchten stand.¹⁹⁴ Derlei Einsprüche seitens der Stadtbürger sind im Falle des Dominikanerspitals nicht überliefert.

Weiterreichende Pläne, Teile des Bürgerspitals auf dem Michaelsberg als Behandlungsort für 100 geschlechtskranke und krätzigte französische Soldaten einzu richten, wurden von Marcus im März 1809 ausgearbeitet.¹⁹⁵

Der Versorgungsbedarf stieg im Frühjahr 1809 rapide an, sodass der ausgearbeitete Plan umgesetzt und im ehemaligen Dominikanerkloster ein Militärlazarett eingerichtet wurde. Den Auftrag dazu erhielt Marcus von dem zuständigen französischen *Commissaire Ordonnateur*.¹⁹⁶ Wieder war es der Medizinaldirektor, der weitestgehend ohne direkte Aufsicht französischer Stellen das militärische Sanitätswesen in der Stadt organisierte.¹⁹⁷ Schließlich standen mit dem Krankenhaus und dem Dominikanerspital zwei große Einrichtungen für die Versorgung von fremden Soldaten in Bamberg zur Verfügung.

Ende März 1809 befließigte die Requisitionskommission, die nötigen Gegenstände für das Dominikanerspital, in erster Linie Betten, Matratzen und Strohsäcke, heranzuschaffen. Während die Einrichtung des Spitals zügig bewerkstelligt werden konnte, sorgte in den ersten Wochen wiederum der Mangel an me-

194 StABa, K 3 B Militärwesen, Nr. 142 a, Das Militärlazarett dahier betreffend, 1808–09, Eingabe der Bewohner des Zinkenwörths an das Generallandeskommissariat vom 15. November 1808. Die Suche nach einem anderen Standort dauerte viele Monate und erforderte mehrere Gutachten des Stadtphysikus Dorn. Sowohl das ehemalige Dominikanerinnenkloster zum Heiligen Grab als auch das Englische Institut, die ehemaligen Klöster der Karmeliter und Kapuziner sowie die Krankenanstalt der Unheilbaren (Aufseesianum) standen zur Debatte.

195 StadtABa, C 26, Nr. 676, Stiftungsverwaltung, Brief Marcus' an das Generallandeskommissariat vom 30. März 1809. Marcus schlug vor, das ehemalige Refektorium und den leer stehenden Billardraum als Krankenzimmer zu verwenden. Über die detaillierten Pläne für das Bürgerspital und die Kostenentwicklung insgesamt kann aufgrund des schlechten Erhaltungszustands des o.g. Akts keine Auskunft gegeben werden.

196 StadtABa, C 26, Nr. 672, Stiftungsverwaltung, Brief des Commissaire Ordonnateur vom 29. März 1809.

197 ROTH, Dr. Adalbert Marcus, S. 60.

dizinischen Utensilien für Schwierigkeiten. Der im Krankenhaus praktizierende Chirurg Panzer verlangte in einer dringenden Eingabe feste Pappdeckel zum Schienen, Stecknadeln, Leinenband, vier Ellen rotes Vlies, Schwämme und 56 Ellen Leinwand für verschiedene Binden, um überhaupt die chirurgische und wundärztliche Versorgung gewährleisten zu können.¹⁹⁸

In den Gebäuden des ehemaligen Dominikanerklosters waren derweil 31 beheizbare Krankenzimmer eingerichtet worden, in denen insgesamt 287 Betten zur Verfügung standen. Bamberger Handwerker und Kaufleute lieferten dort eine Reihe von Gegenständen ab: der Büttnermeister Göpfert eine neue Badewanne aus Eichenholz, der Glasermeister Burkard Flaschen verschiedener Größe und der Buchbinder Rickinger Lineale, Papier, Faden, Bleistifte, Streusand und Scheren für die neu eingesetzte *Oekonomieverwaltung*, die wieder die Oberaufsicht über alle administrativen Belange führen sollte. Der Jude Samuel Nathan lieferte 5.100 Ellen Tuch, das für Hemden und Bettlaken verwendet werden sollte, im Spital ein.¹⁹⁹ Und auch der Herzog in Bayern, Wilhelm, steuerte aus seiner privaten Tücherkammer zwölf Dutzend Tafelservietten und zwölf Handtücher zur Weiterverwendung als Bandagen sowie sechs Betttücher bei.²⁰⁰

Die täglichen Kosten für Personal, Lebensmittel und sonstiges Material waren bei laufendem Betrieb des Lazaretts beträchtlich. Zwischen dem 24. und 29. März 1809, also für lediglich sechs Tage, betrug sie 1.190 Gulden.²⁰¹ Auf den Rechnungslisten finden sich Schmalz, Eier, Wacholderbeeren, Salz, Flanell, Milch, Weißbrot, Reis, Sand, Essig, Wein, Zwetschgen, Rüböl, Zucker, Pfeffer, Ingwer, Kaffee, gedörrtes Süßholz, französischer Branntwein, Rotwein, Baumöl, Seife, Mehl, Bier, Rindfleisch, Kalbfleisch, Sägespäne, Nägel, Besen, Schwefel, Scheren, weiße Leinenbänder, Stecknadeln, Schwämme, Lichter, Baumwolle und natürlich Medikamente.²⁰² Zwischen 24. März und 4. April 1809 wurden allein im Dominikanerspital

198 StadtABa, C 26, Nr. 673, Stiftungsverwaltung, Eingabe des Chirurgen Panzer vom 1. April 1809.

199 StadtABa, C 26, Nr. 678, Stiftungsverwaltung, Belege aus dem französischen Militärspital 1809.

200 StadtABa, C 26, Nr. 679, Stiftungsverwaltung, Liste der Requisiten im März 1809.

201 StadtABa, C 26, Nr. 673, Stiftungsverwaltung, Kostenaufstellung vom 24. bis zum 29. März 1809.

202 StadtABa, C 26, Nr. 674, Stiftungsverwaltung, Journal über den Einkauf von Viktualien im März und April 1809.

achtzehn Eimer Bier, 24 Eimer Wein, über 6.500 Laib Brot und fast 2.800 Pfund Rindfleisch verbraucht.²⁰³

Bei der Berechnung des Tagessatzes für die Patienten orientierte man sich ungefähr an der Ausgabenpauschale, die schon 1806 gegolten hatte, 1 Gulden 20 Kreuzer pro Person und Tag.²⁰⁴ Die Personalkosten aller im Lazarett Beschäftigten wurden nach der jeweiligen Tätigkeit gestaffelt berechnet. Insgesamt waren 40 Personen im Dominikanerspital angestellt, ausgenommen das ärztliche und chirurgische Personal. Die zwanzig Krankenwärter erhielten pro Tag 15 Kreuzer und Verpflegung, ebenso die Spülmägde und Wasserträger; Koch und Pförtner bekamen 24 xr, die Wäscherinnen ebenfalls 24 xr, allerdings ohne Kost.²⁰⁵ Das ärztliche, chirurgische und pharmazeutische Personal erhielt deutlich höhere Vergütungen: der besagte Chirurg Panzer ebenso wie der Chefapotheker 125 Gulden pro Monat.²⁰⁶ Für die finanzielle Ausstattung der Spitäler kam zunächst wieder die königlich-bayerische Kriegskosten-Vorschusskasse auf. Wie schon 1806/07 entstanden jedoch schon in kürzester Zeit Fehlbeträge.²⁰⁷ Im März 1809 richtete Marcus ein dringendes Gesuch an das Generallandeskommissariat mit der Bitte, zur Deckung der laufenden Kosten einen außerordentlichen Vorschuss von 2.000 Gulden zu gewähren.²⁰⁸

Aufgrund der chronischen Unterfinanzierung der Spitäler in Kriegszeiten und der Unklarheit über die institutionellen Zuständigkeiten bezüglich der Kostenübernahme wurde im Jahr 1809 ein anderes Finanzierungsverfahren erprobt, dessen Praxis aus den Quellen allerdings nicht lückenlos zu rekonstruieren ist. Es handelt

203 StadtABa, C 26, Nr. 675, Stiftungsverwaltung, Tagebuch über empfangene Naturalien für das k. k. franz. Militärhospital in der Dominikaner-Kaserne zwischen 24. März und 4. April 1809.

204 StadtABa, C 26, Nr. 670, Stiftungsverwaltung, Berechnung der Kosten nach dem Tagessatz von 1806.

205 StadtABa, C 26, Nr. 670, Stiftungsverwaltung, Verköstigungs- und Verpflegungsanschlag 1809.

206 StadtABa, C 26, Nr. 677, Stiftungsverwaltung, Ärztliches Personal am französischen Feldspital.

207 StadtABa, C 26, Nr. 649, Stiftungsverwaltung, Rechnungsjournal über Einnahme und Ausgabe an Geld bey der Oekonomie-Verwaltung des französischen Militärhospitals vom 24. März bis 4. April 1809. Die Vorschusskasse hatte 3.000 Gulden zur Verfügung gestellt, nach nur zwölf Tagen betrug das Defizit schon wieder 750 Gulden.

208 StadtABa, C 26, Nr. 676, Stiftungsverwaltung, Brief Marcus' an das Generallandeskommissariat vom 28. März 1809.

sich dabei um eine Art der Verpachtung, die so genannte Admodiation oder Amodiation.

Krünitz' „Oeconomischer Encyclopädie“ zufolge versteht man unter Admodiation *denjenigen Contract, welchen die Cammer mit einer Privatperson schließet, wodurch sich diese verbindlich machet, diesen oder jenen Aufwand, dessen Größe vorher nicht so genau bestimmt werden kann, auf die vorbeschriebene Art für eine vestgesetzte Summe zu bewerkstelligen.*²⁰⁹ Diese Art der Finanzierung sei für den Staat äußerst vorteilhaft, da er sich auf diese Weise alle anfallenden Nebenkosten sparen würde, die Personal und Verwaltung mit sich brächten, und somit auch alle Unregelmäßigkeiten, Veruntreuungen und dergleichen mehr nicht zu Lasten der Staatskasse gehen würden. Der private Unternehmer, der *Entrepreneur*, würde dagegen mit sehr viel mehr Sorgfalt alle Ausgaben kontrollieren. Krünitz empfiehlt: *Man mus demnach sich der Admodiation überhaupt bei allem Aufwande des Staats bedienen, wo ein besonderer Fleiß und Aufsicht erfordert wird, und wo viel ungewisse Ausgaben vorfallen.*²¹⁰ In Bamberg wurde im Jahr 1809 dieses Verfahren im Spitalbetrieb erstmals bemüht.²¹¹

Nachdem am 29. März 1809 die Order an Marcus ergangen war, ein zweites Spital einzurichten, empfahl sich zunächst der Medizinaldirektor selbst, als *Entrepreneur* den Betrieb einer weiteren Versorgungseinrichtung bei 1 Gulden 15 Kreuzer Tagessatz pro Person zu übernehmen, machte jedoch zur Bedingung, dass er Holz zu verbilligten Preisen und *einen verhältnismäßigen Vorschuss* erhalten müsse, ferner er als Unternehmer pünktlich nach jedem Monat zu bezahlen sei und auch *die Etablierungs Kosten* gänzlich von der Staatskasse getragen würden.²¹²

Dem Generallandeskommissariat erschienen diese Bedingungen unvorteilhaft. Daher lehnte es das Angebot rundweg ab und trug Marcus stattdessen auf, einen

209 Artikel „Admodiation“, in: Johann Georg KRÜNITZ (Hrsg.), Oeconomische Encyclopädie, Online-Ausgabe: <http://www.kruenitz1.uni-trier.de/> (1. April 2013).

210 Ebenda.

211 Es hatte allerdings bereits im Rahmen der Naturalienrequisitionen, die Erzherzog Karl im Jahr 1800 für Bamberg angeordnet hatte, einen Versuch gegeben, das Verfahren der Admodiation anzuwenden. Der Hoffaktor Heßlein hatte damals als *Entrepreneur* einen Admodiationskontrakt mit der Obereinnahme für die Hafer-Requisition geschlossen. Pro Sack Hafer sollte Heßlein 7 fl. rh. an Obereinnahme-Obligationen erhalten. Inwieweit sich das Verfahren im konkreten Fall bewährte, ist aus dem überlieferten Schriftgut nicht zu ersehen, vgl. StABa, Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei, Nr. 1589, Obereinnahmereskripte und -resolute 1800.

212 StadtABa, C 26, Nr. 676, Stiftungsverwaltung, Brief Marcus' an das Generallandeskommissariat vom 30. März 1809. Der Brief ist durch Feuchtigkeit stark beschädigt.

anderen Unternehmer zu suchen und namhaft zu machen.²¹³ Marcus rechtfertigte sich in einem Schreiben an das Generallandeskommissariat:

*Mein allerunterthänigster Vorschlag ging dahin, die Admodation der [...] französischen Militärspitäler von 24 März anfangend bis zum 24 Aprile gegen den möglichst geringen Preis zu 1 fl. 15 xr. in Admodiation zu übernehmen – am Ende des Monats die genaue Berechnung des ganzen Aufgangs vorzulegen, um zu sehen, ob es vortheilhaft sey, die Hospitäler auf eigene Regie od. auf dem Wege der Admodation sich zu lassen.*²¹⁴

Er empfahl, nicht das Dominikanerspital über eine Verpachtung zu finanzieren, sondern das Allgemeine Krankenhaus, da laut seiner Berechnung die täglichen Kosten für die Kranken „bei den Dominikanern“ bereits sehr viel höher lagen als der Tagessatz von 1 Gulden 15 xr, der als Grundlage für eine Admodiation gelten sollte. *Für das Hospital aber in dem allgem. Krankenhause wird sich leicht jemand finden, der den Weg der Admodation zu 1 fl. 15 xr. eingeht*, so Marcus.²¹⁵ Ein erstes Angebot des Handelsmannes Elias Eyer lag ihm zu diesem Zeitpunkt schon vor. Marcus bat das Landeskommissariat um baldige Entscheidung, da die Kosten aus dem Ruder zu laufen drohten. Am 9. April 1809 vermeldete die Requisitionskommission, dass über die Admodiation des Militärspitals im Allgemeinen Krankenhaus eine Versteigerung abgehalten werden sollte. Alle Interessenten hätten sich mit Marcus ins Benehmen zu setzen und ihre Bereitschaft zu bekunden, für alle Anschaffungen, die Instandhaltung und die gesamte Verpflegung aufzukommen.²¹⁶ An diesem Punkt der Entwicklung bricht die Überlieferung ab.²¹⁷

Ungeachtet dieser Kosten- und Finanzierungserwägungen angesichts auflauender Defizite hielt der Zustrom von Kranken und Verwundeten in die Militärspitäler an. Anfang April 1809 schrieb der Verwalter des Dominikanerspitals verzweifelt: *Wenn das Eintreten so fort geht, wie es heute angefangen hat, so haben wir heute bis abends wenigstens 400. Wir haben itzt schon beinahe zweihundert und vierzig. Was*

213 StadtABa, C 26, Nr. 672, Stiftungsverwaltung, Brief des Generallandeskommissariats an Marcus vom 31. März 1809.

214 StadtABa, C 26, Nr. 676, Stiftungsverwaltung, Brief Marcus' an das Generallandeskommissariat vom 1. April 1809.

215 Ebenda.

216 StadtABa, C 26, Nr. 657, Stiftungsverwaltung, Brief der Requisitionskommission an Marcus vom 9. April 1809.

217 Siehe Anm. 20.

*ist anzufangen? Wir können keine mehr aufnehmen.*²¹⁸ Für diese erste Zeit nach der Wiedereinrichtung des Dominikanerspitals liegt eine Tagesstatistik der Kranken und Verwundeten vor. Am 4. April 1809 waren 278 Personen in Behandlung, die Mehrheit litt an fiebrigen Erkrankungen (234), 29 Soldaten waren verwundet, vierzehn geschlechtskrank und einer krätzig.²¹⁹ Das Spital hatte folglich im April 1809 eine Auslastung von fast 97 %. Die Soldaten waren zumeist schon krank oder verwundet in Bamberg angekommen, da die Auseinandersetzungen des 5. Koalitionskrieges auf dem süddeutschen Kriegsschauplatz inklusive Frankens noch nicht begonnen hatten. Die Evakuierungen per Schiff setzten ab Ende März wieder ein.

Im Zuge des fortschreitenden Krieges ab Mai 1809 blieb die Zahl der Verwundeten und Kranken auf einem konstant hohen Niveau, bevor sie ab Juli 1809 merklich zurückging. Für den Zeitraum von Juli bis Oktober 1809 sind wieder Monatsstatistiken für das Dominikanerspital überliefert.²²⁰ In den ersten Julitagen waren im Durchschnitt nur noch 35, ab Mitte Juli sogar nur zwei Soldaten vermerkt. Dieses niedrige Niveau wurde in den Folgemonaten in etwa gehalten: Kaum mehr als zehn Soldaten verblieben durchschnittlich im Dominikanerlazarett. Während die Verwundeten recht zügig nach Würzburg evakuiert wurden, kurierten die Fieberkranken ihre Leiden in Bamberg aus. Aus den Listen geht hervor, dass bis Oktober 1809 keiner der eingelieferten Soldaten im Spital verstarb. Als einziger Verstorbener im Spital ist der Artillerieoffizier Bourgois von der Brigade des Generals Menard verzeichnet, der angeblich Ende Oktober einem Schlaganfall erlag.²²¹

Neben den französischen Soldaten wurden auch gefangene oder desertierte Österreicher in den Bamberger Spitälern behandelt. Nach einer Erstversorgung wurden auch sie per Schiff nach Würzburg gebracht.²²²

Der 5. Koalitionskrieg, der mit dem Frieden von Schönbrunn im Oktober 1809 zu Ende ging, hatte für Bamberg einmal mehr große Belastungen durch die öster-

218 StadtABa, C 26, Nr. 650, Stiftungsverwaltung, Bericht des Verwalters des Dominikanerspitals vom 1. April 1809.

219 StadtABa, C 26, Nr. 665, Stiftungsverwaltung, Tageskrankenstatistik des franz. Militärspitals Bamberg vom 4. April 1809.

220 StadtABa, C 26, Nr. 664, Stiftungsverwaltung, Monatskrankenstatistik des französischen Spitals im Dominikanerkloster von Juli bis Oktober 1809.

221 StadtABa, C 26, Nr. 657, Stiftungsverwaltung, Beurkundung des Todes des im französischen Militärspital (Dominikanerkloster) gestorbenen Artillerieoffiziers Bourgois vom 21. Oktober 1809.

222 StadtABa, C 26, Nr. 663, Stiftungsverwaltung, Lazarettinweisungen französischer Soldaten und österreichischer Gefangener und Überläufer von Juli bis Oktober 1809.

reichischen Requisitionen und die seit 1808 besorgte medizinische Versorgung von Angehörigen der französischen Armee mit sich gebracht. Kaum drei Jahre später rüstete Napoleon für seinen Russlandfeldzug, der am 23. Juni 1812 mit der Überschreitung der Memel begann. Das Kriegsglück wendete sich im Winter 1812/13 gegen den französischen Kaiser. Der Krieg kehrte nach Bamberg zurück.

6. Bamberg im europäischen Krieg 1812/13–1815

Im Vorfeld des Russlandfeldzugs Napoleons war die Bamberger Region wieder Aufmarschgebiet französischer und verbündeter Truppen, etwa aus Württemberg und Würzburg.²²³ Die strapaziösen Einquartierungen lasteten zum wiederholten Mal auf der Bamberger Einwohnerschaft. Pfarrer Schellenberger beispielsweise beherbergte in seinem Haus an der Eisgrube im Verlauf des Jahres 1812 sechzehn Soldaten bayerischer Regimente.²²⁴ Der französische Kaiser selbst hielt sich mit seiner Garde am 14. Mai 1812 für kurze Zeit in der Stadt auf, bevor er diese in Richtung Bayreuth verließ. Auf Anweisung des Münchner Staatsministeriums hatte man vor seiner Ankunft eigens die Straßenbauarbeiten auf der geplanten Reiseroute intensiviert.²²⁵ Anlässlich der Ankunft Napoleons hatten auch die Bamberger Stadtoberen weder Kosten noch Mühen gescheut und am oberen Kaulberger Tor einen hölzernen Triumphbogen mit französischer Aufschrift errichtet, den der eilig reisende Feldherr zum Leidwesen der Zeitgenossen jedoch kaum wahrnahm.²²⁶

Nur fünfzehn Monate später, am 2. August 1813, kehrte Napoleon nach Bamberg zurück, dieses Mal als Geschlagener. Nach der Kriegserklärung des preußischen Königs vom März 1813 sah sich Napoleon einer mächtigen Phalanx von Staaten gegenüber, die sich anschickte, die französische Vorherrschaft in Mitteleuropa zu brechen.²²⁷

223 KESTLER, Franzoseneinfall, S. 24f.

224 StadtABa, C 30, Nr. 43, Polizeiverwaltung, Einquartierungsscheine Haus Schellenberger im Jahr 1812.

225 StABa, K 3 B Militärwesen, Nr. 21, Die Durchreise Seiner Majestät des Kaisers von Frankreich durch den Maynkreis und den Marsch der k.k. französischen Gardien durch denselben, 1812.

226 THEUERER / ZINK, Bamberg's Wandel, S. 344f.

227 KESTLER, Franzoseneinfall, S. 25.

Im Zuge der nun folgenden kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Herbst 1813 und Frühsommer 1815, die seit dem 19. Jahrhundert in der deutschen Historiographie unter den Schlagworten „Befreiungskriege“ bzw. „Freiheitskriege“ subsumiert werden, war das Obermaingebiet immer wieder Durchzugsgebiet militärischer Verbände.²²⁸ Nach der (vor-)entscheidenden Schlacht bei Leipzig, der berühmten „Völkerschlacht“, Mitte Oktober 1813 rückten größere Abteilungen der Armee des russischen Zaren von Norden kommend in die Region um Bamberg vor.²²⁹ Das Königreich Bayern hatte bereits am 8. Oktober durch den Vertrag von Ried die Seiten gewechselt und war zur antifranzösischen Allianz übergegangen. General von Wrede kommandierte eine bayerisch-österreichische Armee, die Ende Oktober 1813 zunächst Würzburg belagerte und schließlich bei Hanau im Großherzogtum Frankfurt den sich zurückziehenden Truppen der französischen Armee den Rückweg abschneiden wollte, jedoch Napoleon unterlag.

Während dieser starken Militärpräsenz im Mainkreis versorgte das Krankenhaus in Bamberg wieder viele Soldaten. Vor dem Eintreffen der Alliierten handelte es sich zunächst um eine Reihe von Franzosen, die sich aufgrund fiebriger Erkrankungen nicht der Retirade der Hauptarmee anschließen konnten. Im Verlauf des weiteren Kriegsgeschehens bis zur Niederlage Napoleons vor Paris stellten insbesondere Angehörige der kaiserlich-russischen Armee unter dem Kommando General Barclay de Tollys, aber auch anderer alliierter Armeen den Großteil der medizinisch Behandelten.²³⁰ Für sie sowie für mehrere Abteilungen französischer Kriegsgefangener, die überwiegend aus russischer Gefangenschaft kamen, wurden im Dezember 1813 auch in Bayreuth, Hof und auf der Plassenburg Lazarette eingerichtet. Im Winter 1813/14 fungierte die Plassenburg als eine Art Hauptlazarett der Alliierten im nördlichen Bayern.

Einem Bericht der oberfränkischen Regierung zufolge hielten sich in dieser Zeit allein in Bamberg 450 gefangene Franzosen auf, unter denen fatalerweise eine Typhusepidemie wütete, die viele Opfer forderte.²³¹ Andere in den Bamberger Sa-

228 Zur Begrifflichkeit „Befreiungs“- bzw. „Freiheitskriege“ siehe Ewald GROTHE, Art. Befreiungskriege, in: Enzyklopädie der Neuzeit, hrsg. von Friedrich JAEGER, Bd. 1, Stuttgart / Weimar 2005, Sp. 1139–1146.

229 KESTLER, Franzoseneinfall, S. 25.

230 StadtABa, C 26, Nr. 685, Stiftungsverwaltung; StadtABa, C 26, Nr. 686, Stiftungsverwaltung.

231 StABa, K 3 B Militärwesen, Nr. 26, Die Lazarettanstalten für die k.k. Oesterreichischen, Russischen, Preußischen und aliirten Truppen im Mainkreis 1813–15, Bericht der Regierung von

nitätseinrichtungen versorgte Soldaten entstammten russischen, österreichischen, preußischen, badischen, hessen-darmstädtischen, hessen-homburgischen, fürstlich-primatischen (ehem. Großherzogtum Frankfurt), Hannoverschen, holländischen, königlich-italienischen, königlich-neapolitanischen, polnischen (!), fürstlich-reußischen, spanischen, westphälischen und württembergischen Armeeteilungen – ein buntes Kaleidoskop unterschiedlichster Landsmannschaften und Nationalitäten, das den europäischen Charakter des laufenden Krieges eindrücklich widerspiegelt.²³²

Aus weiter westlich gelegenen Schauplätzen des Feldzugs der Koalition wurden schier unaufhörlich Verwundete nach Bamberg transportiert, sodass man sich schließlich gezwungen sah, weitere Spitäler in Böhmen zu errichten, um den ungeheuren Bedarf decken und gleichzeitig den Mainkreis entlasten zu können.²³³ Die anfallenden Kosten übernahm anders als bisher nicht die Kriegskosten-Vorschusskasse, sondern die königlich-bayerische Peräquationskasse, eine zentrale Stelle, die eine Art finanziellen Lastenausgleich zugunsten der vom Krieg besonders betroffenen Regionen, Kommunen und Institutionen steuerte. Über Mittelengpässe oder rasch auflaufende Defizite im Lazarettbetrieb, wie in den Jahren zuvor üblich, ist in den Akten kein Vermerk zu finden. Dieser Befund legt nahe, dass das Rechnungs- und Refinanzierungssystem der geleisteten Auslagen in den Sanitätseinrichtungen inzwischen weitgehend reibungslos funktionierte.

Abgesehen von der medizinischen Versorgung vor Ort waren auch wieder viele Soldaten verschiedener Herkunftsländer in Bamberger Bürgerhaushalten einquartiert. In Schellenbergers Einquartierungsverzeichnis des Jahres 1813 sind Italiener, Österreicher, Russen, Kosaken und Ungarn aufgelistet, insgesamt 77 Personen im Laufe der letzten drei Monate des Jahres. Da der Geistliche all diese Leute un-

Oberfranken an das Staatsministerium der auswärtigen Angelegenheiten vom 15. Dezember 1813. Dazu auch StABa, K 3 B Militärwesen, Nr. 142 b, Das Militärhospital in Bamberg 1829–33, Bericht des Medizinalrates Marck vom 13. April 1819.

232 StABa, K 3 B Militärwesen, Nr. 26, Die Lazarettanstalten für die k.k. Oesterreichischen, Russischen, Preußischen und alliirten Truppen im Mainkreis 1813–15, Special Tabelle der in den Militär Hospitälern zu Baireuth und Bamberg in den Monaten Oktober 1813 bis März 1814 verpflegten und ärztlich behandelten Truppen.

233 StABa, K 3 B Militärwesen, Nr. 26, Die Lazarettanstalten für die k.k. Oesterreichischen, Russischen, Preußischen und alliirten Truppen im Mainkreis 1813–15, Bericht des Polizeikommissariats vom 28. Dezember 1813.

möglich in seinem eigenen Haus unterbringen konnte, lagerte er sie zum Teil in das Haus der Witwe Coestin (Hausnummer 1081) aus.²³⁴

Knapp drei Monate nach der Schlacht bei Paris, mit welcher der Winterfeldzug der Koalition beendet und die Abdankung Napoleons erreicht werden konnte, zogen im Juni 1814 drei siegreiche Abteilungen der königlich-bayerischen Armee in Bamberg ein. Dem Anlass dieser glanzvollen Parade widmeten der Schriftsteller und Redakteur des „Fränkischen Merkur“, Friedrich Gottlob Wetzel, und der 18-jährige Lyzeumsschüler Friedrich Schauer romantisch-freudetrunkene Gedichte, die der Dankbarkeit über den errungenen Sieg Ausdruck zu verleihen suchten und in gedruckter Form stadtweit verteilt wurden.²³⁵

Im letzten Kapitel der Napoleonischen Ära, der „Herrschaft der Hundert Tage“, gegen die die Alliierten nach der Flucht König Ludwigs XVIII. aus Paris umgehend mobil gemacht hatten, durchquerten vor allem russische und österreichische Verbände die Region um Bamberg.²³⁶ Die russische Militärführung hatte in einem gedruckten Verzeichnis mit großer Präzision ausgeführt, welche Mengen an Versorgungsgütern ihren Mannschaften, Unteroffizieren und Offizieren zum täglichen Bedarf zur Verfügung gestellt werden mussten: Nach streng hierarchischem Prinzip vom Obergeneral an höchster Stelle bis hinunter zum einfachen Soldaten waren die Zuteilungen vorgegeben. Unterschieden wurde beispielsweise zwischen einer täglichen Portion „Branntwein“ für Soldaten und einer Portion „guten Branntweins“ für Offiziere.²³⁷ Für die sonstigen Rationen an Brot, Gemüse und Fleisch wurden exakte Regelsätze bestimmt, die die Unkostenerstattung bei einer Endabrechnung nach dem Kriegszug vereinfachen sollten. Auch an dieser Stelle zeigen sich die im Vergleich zum Beginn der Koalitionskriege viel stärker differenzierten und verfeinerten bürokratischen Verfahren des „Kriegsbetriebs“.

Im Zuge des russischen Aufmarsches wurde das Hauptquartier des 3. kaiserlich-russischen Armeekorps unter General Dmitri Sergejewitsch Dochturow, der bereits in der Schlacht bei Austerlitz und im „Vaterländischen Krieg“ Befehlshaber

234 StadtABa, C 30, Nr. 43, Polizeiverwaltung, Einquartierungsscheine Haus Schellenberger im Jahr 1813.

235 StABa, K 3 B Militärwesen, Nr. 30, Der feierliche Einzug der vaterländischen Krieger in Bamberg und die hierauf ergangenen Kosten 1814. Es handelte sich um das Chevauleger-Regiment Bubenhoven, das Infanterie-Regiment Asenburg und das 15. National-Feld-Bataillon Bayreuth.

236 KESTLER, Franzoseneinfall, S. 29.

237 StadtABa, C 30, Nr. 43, Polizeiverwaltung, Tabelle über den Tarif für die Verpflegung der Rußisch-Kaiserlichen Truppen im Auslande 1815.

auf Seiten der Russen gewesen war, für kurze Zeit nach Bamberg verlegt, bevor der Belgienfeldzug der inzwischen siebenten Koalition begann.²³⁸ Nach dem Sieg bei Waterloo zogen Teile der beteiligten Koalitionsarmeen, in erster Linie sächsische und russische Regimenter, durch den Mainkreis gen Osten ab.

In bewährter Manier fungierte die Stadt Bamberg als Sanitätszentrum des nördlichen Bayern für diesen letzten Aufenthalt fremder Soldaten in der Zeit der Koalitionskriege. Da das Bamberger Garnisonsspital und das Krankenhaus für die zahlenmäßig großen Verbände mit ihren Kranken und Verwundeten wieder kaum ausreichten, stellte sich die Frage nach der Einrichtung provisorischer Versorgungsstationen in der Stadt erneut. Die angekündigte Verlegung eines russischen Militärlazaretts von Würzburg nach Bamberg machte im Mai 1816 eine rasche Organisation erforderlich.²³⁹ Man behalf sich kurzfristig dadurch, dass man jene Soldaten, die bereits auf dem Wege der gesundheitlichen Besserung waren, in einem privaten Fabrikgebäude sowie im Karmeliterkloster, wo allerdings nach wie vor einzelne Pfründner lebten und daher die Raumsituation äußerst beengt war, unterbrachte.²⁴⁰ Da diese Standorte alles andere als geeignet waren, wurde nach zweckmäßigeren Gebäuden gesucht. Auch das ehemalige Dominikanerkloster, das in dem laufenden Krieg als Kaserne und Depot verwendet worden war, wurde als mögliche Unterkunft erwogen. Anders als in den vorhergehenden Kriegen entschied man, die Rekonvaleszenten des Karmeliterlazaretts auf die Altenburg zu verlegen und die Schwerkranken, die auf intensive Betreuung angewiesen waren, auf das Bamberger Garnisonsspital und das Krankenhaus zu verteilen.²⁴¹ Ersteres fungierte als Spital für die Mannschaften und Unteroffiziere, Letzteres für die Offiziere. Die Peräquationskasse stellte eine relativ zeitnahe Übernahme der angefallenen Kosten in Höhe von über 35.000 Gulden in Aussicht.

238 StABa, K 3 B Militärwesen, Nr. 23, Die Durchmärsche fremder Truppen durch den Mainkreis 1812. Zu den russischen Durchmärschen in der Mainregion siehe Walter KOPP, Ein russischer Besuch in Franken (1815), in: Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst 34 (1982), S. 81–92.

239 StABa, K 3 B Militärwesen, Nr. 28, Militärlazarett in Bamberg 1816–17, Protokoll des Generalkreiskommissariats vom 15. Mai 1816.

240 StABa, K 3 B Militärwesen, Nr. 28, Militärlazarett in Bamberg 1816–17, Bericht des Polizeikommissariats Bamberg vom 31. Mai 1816.

241 StABa, K 3 B Militärwesen, Nr. 28, Militärlazarett in Bamberg 1816–17, Bericht des Polizeikommissariats Bamberg vom 4. Juli 1816.

Das Karmeliterhospital wurde über das inzwischen erprobte Verfahren der Admodiation bewirtschaftet. Als *Entrepreneur* betätigte sich Bauinspektor Birkel, der bereit war, das Lazarett von Juni bis Dezember 1816 zu betreiben. Wegen der Verlegung eines Teils des Lazaretts auf die Altenburg kam es allerdings zu Unstimmigkeiten zwischen dem Unternehmer und dem Polizeikommissariat, die dazu führten, dass Birkel von seinem Vertrag zurücktrat. Das „Bamberger Intelligenzblatt“ annanzierte am 9. Juli 1816 eine neuerliche Versteigerung der Bewirtschaftungsrechte, die demjenigen überlassen werden sollten, der den geringsten Tagessatz pro Kopf veranschlagte.²⁴² Ab 16. August 1816 übernahm der Apotheker Groß die Admodiation des russischen Militärlazaretts, das noch bis in das Jahr 1817 bestehen blieb.

Bis 1817 finden sich in den Akten einzelne Einquartierungsscheine. Für das Haus des Pfarrers Schellenberger sind ein Angehöriger der russischen und ein weiterer der sächsischen Armee auf den Quartiersscheinen des Jahres 1817 vermerkt.²⁴³ In den Tabellen über die Verpflegungsleistungen für fremde Truppen im Mainkreis sind sogar noch im Jahr 1819, immerhin vier Jahre nach dem militärischen Sieg über Napoleon, Naturalaufwendungen für sächsische und russische Armeeingehörige erwähnt.²⁴⁴ Hierbei wird es sich allerdings nur noch um wenige „Nachzügler“ gehandelt haben. Es ist davon auszugehen, dass bis Ende 1817 das Gros des ausländischen Militärs Bamberg verlassen hatte.

7. Schluss

Die Frage der Kriegskostenentschädigung

Für die Einwohner der ehemaligen Haupt- und Residenzstadt des Hochstifts Bamberg und nunmehrigen Provinzialstadt des Königreiches Bayern ging mit dem Abzug der letzten Soldaten eine rund 25 Jahre dauernde Kriegs- und Konfliktepoche

242 StABa, K 3 B Militärwesen, Nr. 28, Militärlazarett in Bamberg 1816–17, Hochfürstlich Bambergisches Intelligenzblatt Nr. 53 (9. Juli 1816).

243 StadtABa, C 30, Nr. 43, Polizeiverwaltung, Einquartierungsscheine Haus Schellenberger im Jahr 1817.

244 StABa, K 3 B Militärwesen, Nr. 25, Die Quartals Zusammenhänge über die an Oesterreich., Russische, Preußische Truppen abgegebene Verpflegung Fourage und Vorspann pro 1815–16, Tabellen über Verpflegungsleistungen in Bamberg 1817–1819.

zu Ende, die mit ihren direkten und indirekten Belastungen die Bürgerschaft wiederholt in einen Zustand der Ruhelosigkeit und Anspannung versetzt und materielle Schäden in beträchtlichem Umfang verursacht hatte. Innerhalb jenes Vierteljahrhunderts waren die politischen und sozialen Koordinaten von Stadt und Region grundlegend verschoben worden. Dieser gravierende Wandel, der sich in Folge der Säkularisation des geistlichen Staates vollzogen hatte, machte sich bis in das Stadtbild hinein bemerkbar – man denke nur an den Abbruch von Alt-St. Martin (1805) und St. Anna (1810). In dieser Zeit des beschleunigten Umbruchs waren der Krieg, die Entbehrungen und die weitgehende Unvorhersehbarkeit politischer und militärischer Entwicklungen fortwährende (in den fünf dokumentierten Episoden geradezu bedrückend konkrete) Begleiter des Lebens in Bamberg gewesen.

Unter dem Strich blieben neben den vielen Toten, Verwundeten und wirtschaftlich Geschädigten, neben *den Trümmer[n] abgebrannter Ortschaften, den ausgeraubte[n] Kirchen, zertrümmerte[n] Heiligthümer[n] und verwüstete[n] Felder[n]* vor allem Unmengen offener Rechnungen stehen.²⁴⁵ Die Frage der Kriegskostenentschädigung, die schon während der einzelnen Kriegsphasen in Bamberg, etwa beim kostenintensiven Betrieb der Lazarette oder im Zuge der Geld- und Naturalrequisitionen, eine große Rolle gespielt hatte, war nach 1815 von herausragender Bedeutung und beschäftigte den bayerischen Verwaltungsapparat noch über Jahre und Jahrzehnte hinweg.

Noch bevor Napoleon aus seinem ersten Exil auf Elba nach Frankreich zurückkehrte, hatten die in den Krieg involvierten Staaten zu einer Generalabrechnung aller von jedem Koalitionsmitglied geleisteten Auslagen angesetzt, um Reparationsleistungen im Sinne des Ersten Pariser Friedens von 1814 erhalten zu können. Die so genannte „Liquidation“ der kriegsbedingten Aufwendungen hatte einen enormen bürokratischen Vorlauf, im Rahmen dessen von der kleinsten Kommune bis zur höchsten staatlichen Verwaltungsebene Rechnungslisten angefertigt wurden, welche dann in gesammelter Form an zentraler Stelle zur Begutachtung vorgelegt werden sollten. Erst auf dieser Grundlage konnte über Entschädigungsleistungen entschieden werden.

Im Falle Bambergs erfolgte die Kriegskostenentschädigung in mehreren Schritten, da unterschiedliche Verbindlichkeiten zu berücksichtigen waren. Laut eines Erlasses des Staatsministeriums für auswärtige Angelegenheiten wurde zunächst

die Peräquation der älteren Kriegslasten innerhalb Bayerns geregelt.²⁴⁶ Als *terminus a quo* galt das Jahr 1800. In Rechnung gestellt werden durften die Kosten für Militärspitäler, Verpflegung, Vorspannpferde sowie Geld und Naturalien, die an ein Magazin oder extra bestelltes Amt geleistet worden waren. Plünderungsschäden und requiriertes Vieh, Tafelgelder und beschlagnahmte Schiffe sowie Schanzbaukosten und dergleichen waren ausgenommen. Kredite, die aufgenommen wurden, um die geforderten Naturalien und Kontributionen zu bezahlen, wurden nur im Rahmen der tatsächlich geleisteten Ausgaben erstattet.

Die Liquidationsverhandlungen innerhalb der großen antifranzösischen Koalition sollten Ende 1814 in Frankfurt aufgenommen werden. Hier vertrat ein eigens ernannter Liquidationskommissar, Hofrat von Nau, die Interessen des Königreichs Bayern gegenüber den Staaten, die auf bayerischem Territorium erstattungsfähige Ausgaben verursacht hatten, im Falle des Mainkreises mit Bamberg beispielsweise das Russische Kaiserreich. Auf dem Weg über das Generalkreiskommissariat in Bayreuth und das Staatsministerium in München fanden die in Bamberg während der Kriege angefallenen Kosten (in Form von Tabellen mit beiliegenden, als *borderaux* bezeichneten Quittungen) Eingang in die Entschädigungsrechnung des Königreichs Bayern. Das Generalkommissariat hatte für den Mainkreis ein *Gesamtkonspekt* zusammengestellt, das für die Zeit bis Ende 1815 eine Summe von fast 450.000 Gulden auswies, welche Russland in Rechnung gestellt werden sollte.²⁴⁷ Eine Nachberechnung bei der Liquidationskommission in Frankfurt zeigte jedoch, dass aufgrund von Schreib- und Rechenfehlern, nicht korrekten Quittungen und anderen Irrtümern nur eine Summe von knapp 400.000 Gulden liquidierbar war. Vergleichbare Konspekte wurden auch für die im Mainkreis aufgelaufenen Verpflegungsleistungen der preußischen, österreichischen und sächsischen Armeen angelegt. Für den Zeitraum von 1814 bis 1817 ergaben die bayerischen Forderungen an die Koalitionsstaaten allein für den Mainkreis eine Gesamtsumme von über drei Millionen Gulden.²⁴⁸

246 StABa, K 3 H Statistik, Nr. 473, Die Zusammenstellung der Kriegskosten von Jahren 1806–14 und deren Peräquation, Erlass des Staatsministeriums für auswärtige Angelegenheiten vom 22. Januar 1815.

247 StABa, K 3 B Militärwesen, Nr. 25, Die Quartals Zusammenhänge über die an Oesterreich., Russische, Preußische Truppen abgegebene Verpflegung Fourage und Vorspann pro 1815–16.

248 StABa, K 200 II Kammer der Finanzen, Nr. 5775, Die Erhebung eines außerordentlichen Militair-Verpflegungs Beytrags 1814–17.

Als wesentlich komplizierter erwies sich die Situation, als nach der „Herrschaft der Hundert Tage“ die Frage der Kriegskostenentschädigung seitens des restaurierten französischen Königreiches auf die Agenda rückte. Gemäß Artikel IV des Zweiten Pariser Friedensschlusses von 1815 hatte Frankreich für die den Koalitionären entstandenen Kosten im Maximalrahmen von 700 Millionen Francs zu haften. Es war nun an den Bamberger Stellen, die seit 1792 geleisteten Auslagen namhaft zu machen und über die zentrale königlich-bayerische Liquidationskommission in das Entschädigungssystem einzubringen. So listete etwa das Bamberger Bürgerspital Rechnungen über 2.000 Gulden auf, die durch die Einquartierung französischer Soldaten bis zum Jahr 1813 entstanden waren; das Lyzeum errechnete Ausgaben in Höhe von 7.500 Gulden für die Einquartierungen; das Polizeikommissariat veranschlagte allein für die im Vorfeld des Preußenfeldzuges 1806 geleisteten Fournagelieferungen eine Summe von über 50.000 Gulden. Insgesamt bezifferte man die Naturalienrequisitionen auf fast 100.000 Gulden, welche die bayerische Staatsregierung bei der Liquidation in Paris haftbar machen sollte.²⁴⁹

Ein großes Hindernis, das der raschen Auszahlung von Entschädigungsgeldern im Wege stand, waren fehlende Belege und Originalempfangsscheine der damals verantwortlichen französischen Stellen. Das Staatsministerium zeigte daher recht bald an, dass sich die Bamberger Stadtgemeinde darauf einzustellen hätte, einen Großteil ihrer Forderungen nicht erstattet zu bekommen. Es kam jedoch noch schlimmer als befürchtet. Die Stadtgemeinde hatte mit großem statistischem Aufwand eine Summe von fast 600.000 Francs an Auslagen für den Zeitraum zwischen 1800 und 1814 errechnet, die Frankreich als Reparationsleistung in Rechnung gestellt werden sollte.²⁵⁰ Am 4. Januar 1825 informierte die bayerische Liquidationskommission die Stadtoberen, dass nur knapp 80.000 Francs, gerade 13 % der Gesamtsumme, erstattet werden würden, da für die restlichen Posten die gültigen

249 StABa, K 3 B Militärwesen, Nr. 27, Forderungen der Gemeinden und Stiftungen der Stadt Bamberg an Frankreich, 1816–17, Rechnungslisten der einzelnen Bamberger Institutionen und Behörden.

250 Unter anderem wurde im Kreiskommissariat die Preisentwicklung der wichtigsten Naturalgüter wie Brot, Mehl, Fleisch, Bier, Wein und Heu zwischen 1796 und 1814 berechnet, um die jeweilige kriegs- und requisitionsbedingte Preissteigerung zu extrapolieren. StABa, K 3 B Militärwesen, Nr. 27, Forderungen der Gemeinden und Stiftungen der Stadt Bamberg an Frankreich, 1816–17, Tabellen des Kreiskommissariats über die Preisentwicklung während der französischen Einfälle 1796, 1800, 1801, 1806, 1808, 1809, 1810, 1812, 1813, wegen der Liquidation der Forderungen an Frankreich.

Belege fehlten.²⁵¹ Der Streit über diese enttäuschende Berechnung ist bis in das Jahr 1826 in den Bamberger Akten belegt.

Für die Betroffenen in jeder Hinsicht ernüchternd und symptomatisch für die unbefriedigenden Resultate der Liquidation für die Gemeinden in der Region Bamberg waren die Verhandlungen über die Kriegskostenentschädigung der Gemeinde Strullendorf, die bei dem ersten französischen Einfall von 1796 schwere Zerstörungen erlitten hatte. Die Erstattungsforderungen der relativ kleinen Gemeinde beliefen sich auf fast 370.000 Gulden, die dem Staatsministerium mit der Bitte angezeigt wurden, diese Summe in das *Liquidations-Tableau* des Königreichs Bayern aufzunehmen.²⁵² In einem sehr emotionalen Bericht des Strullendorfer Pfarrers wurden zum wiederholten Mal die erlittenen Zerstörungen, die zum damaligen Zeitpunkt schon über zwanzig Jahre zurücklagen, geschildert: Die Pfarrkirche samt Pfarr- und Schulhaus, 70 Wohnhäuser, 58 Ställe und 30 Nebengebäude, 70 Backhäuser, dazu große Mengen an Getreide, Futter und Wagen waren von der zurückweichenden französischen Armee niedergebrannt, verwüstet bzw. zunichte gemacht worden. Ungeachtet dieses Berichtes und der schwierigen ökonomischen Situation Strullendorfs seit diesen traumatischen Ereignissen behandelten sowohl die Kammer der Finanzen als auch die Kammer des Innern alle Forderungen der Strullendorfer nach Anerkennung des Kriegsschadens abschlägig. Ob die fehlende Verantwortung Bayerns für die Lasten der verheerten Gemeinde des damaligen Hochstifts, die schlicht zu hohe Summe, die ohne die notwendigen Nachweise gegenüber Frankreich letztlich nicht vertreten werden konnte, oder anderweitige Rücksichtnahmen für die ablehnende Haltung der Regierung ausschlaggebend waren, ist auf Basis des Quellenbefundes nicht eindeutig zu eruieren.

Die Korrespondenz zwischen der Gemeinde, die auf der Erstattung der beträchtlichen Gesamtsumme bestand, und den bayerischen Regierungsstellen, die wortreich alle Bitten zurückwiesen, dauerte bis in das Jahr 1843 an, als schließlich die Strullendorfer ihre beharrlichen Versuche, eine Anerkennung des Schadens und eine angemessene Form der Reparation zu erreichen, endgültig aufgaben. Die Schatten der Koalitionskriege reichten somit bis weit in das 19. Jahrhundert hinein.

251 StABa, K 3 B Militärwesen, Nr. 27, Forderungen der Gemeinden und Stiftungen der Stadt Bamberg an Frankreich, 1816–17, Bericht der Liquidationskommission vom 4. Januar 1825.

252 StABa, K 3 B Militärwesen, Nr. 48, Kriegsentschädigung der Gemeinde Strullendorf für den im Jahr 1796 erlittenen Brand, 1816/44, Korrespondenz zwischen der Gemeinde Strullendorf und der königlich-bayerischen Staatsregierung.